

Leitantrag des Parteivorstandes
zum Wahlprogramm
Bundestagswahl 2013

100% SOZIAL

100 Prozent sozial.

1	Einführung.....	3
2	I Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit	10
3	Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs	11
4	Mitbestimmung ausbauen und Arbeitszeit verkürzen gegen den Dauerstress	14
5	Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV.....	16
6	Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen.....	18
7	Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken – Schluss mit der Zwei-	
8	Klassen-Medizin.....	20
9	Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte	23
10	Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar	24
11	Umverteilen für soziale Gerechtigkeit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau	25
12	Verursacher der Krise zur Kasse.....	26
13	Endlich Steuergerechtigkeit herstellen - kleinere und mittlere Einkommen entlasten.....	27
14	Für starke Kommunen und eine bessere öffentliche Infrastruktur.....	27
15	Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen	28
16	Für bezahlbare Mieten und sozialen Wohnungsbau: Spekulation mit Wohnraum stoppen...	32
17	Bildung ist keine Ware. Gute Bildung für alle	35
18	Eine Schule für alle.....	36
19	Gute Ausbildung und gute Weiterbildung.....	37
20	Hochschulen jenseits des Marktes.....	38
21	Demokratische Wissenschaften	39
22	Damit wir leben können, wie wir wollen	41
23	Geschlechtergerecht und solidarisch.....	42
24	Bunt und verlässlich: für eine Familienpolitik,	
25	in der die Menschen im Mittelpunkt stehen	44
26	Vielfalt stärken: unterschiedliche Lebensweisen respektieren	46
27	II Die Krise überwinden. Demokratie und Sozialstaat verteidigen	
28	– hier und europaweit.....	48
29	Für einen gerechten Weg aus der Krise:	
30	keine Bankenrettungen auf Kosten der Bevölkerung	49
31	Neuanfang der Europäischen Union: demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich	51
32	III Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg.....	55
33	Konflikte friedlich lösen - Auslandseinsätze beenden.....	55
34	Soziale Gerechtigkeit weltweit.....	57
35	Das internationale Recht stärken und Menschenrechte für alle.....	58
36	Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben.....	59
37	IV Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft	
38	demokratisieren.....	61
39	Profitlogik in die Schranken weisen	61

40	Industriepolitik für die Zukunft: ändern, was wir wie produzieren	64
41	Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung.....	65
42	Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung.....	66
43	Mobilität für alle: flexibel, ökologisch, bezahlbar.....	68
44	Schutz von Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt.....	71
45	Die ländlichen Räume zukunftsfähig machen. Natur und Tiere schützen	72
46	Verbraucherinnen und Verbraucher stärken.....	74
47	Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse	75
48	Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Löhne und Renten angleichen	77
49	Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht.....	78
50	V Demokratische Teilhabe: für eine Demokratie, in der es was zu entscheiden gibt ...	79
51	Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen.....	81
52	Wirksamer Schutz von Frauen gegen Gewalt	82
53	Keinen Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie	83
54	Demokratie für alle, die hier leben. Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten.....	84
55	Politik für die Minderheiten an europäischen Maßstäben ausrichten.....	85
56	Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten	86
57	Selbstbestimmt und mittendrin: eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse.....	86
58	Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken	88
59	Recht auf Feierabend: freie Zeit genießen.....	89
60	Kultur für alle – statt prekär kreativ	90
61	Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung.....	91
62	Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen	92
63	Bekenntnisfreiheit verwirklichen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln, Staat und	
64	Kirche institutionell trennen.....	95
65	VI Gemeinsam das Land verändern.....	96

68 **100 Prozent sozial.**

69 **Einführung**

70 Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Vor der Wahl und nach der Wahl, in den
71 Parlamenten und in Auseinandersetzungen im Betrieb, auf der Straße, in Initiativen, im Alltag:
72 Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Soziale Grundrechte, gute Arbeit für
73 alle und freie Bildung. Wir wollen eine Wirtschaft, die die natürlichen Lebensgrundlagen erhält
74 und für künftige Generationen wieder verbessert. Wir wollen das öffentliche gemeinsame
75 Eigentum stärken und die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und verbessern. Wir haben
76 eine Vision, wie wir den ökologischen Umbau sozial gerecht gestalten wollen. Wir stehen für
77 den Frieden ein. Wir verteidigen die Bürgerrechte und wenden uns gegen den ständigen
78 Abbau von Bürger- und Menschenrechten. Das macht von Anfang an unsere Politik aus.
79 Unsere Überzeugung wechselt nicht, weil Wahlen sind. Viele reden jetzt – pünktlich zu Beginn
80 des Wahlkampfes – wieder von sozialer Politik, aber Worte kosten nichts. DIE LINKE macht
81 Druck. Wir wollen dafür sorgen, dass auf Worte Taten folgen.

82 Niemand darf arm werden, weil er oder sie alt ist, erwerbslos oder weil die Eltern arm sind.
83 Wir wollen Armut bekämpfen: Das Hartz-IV-System muss weg. Erwerbslose werden
84 drangsaliert, denn sie dürfen auch die schlechtesten Jobs nicht ablehnen, Sanktionen drohen.
85 Das erhöht auch den Druck auf die Beschäftigten, niedrige Löhne und Überstunden zu
86 akzeptieren. Kinder müssen wirksam vor Armut geschützt werden. Wir wollen für Beschäftigte
87 wie für Erwerbslose Respekt, Würde und ein gutes Leben.

88 Unsere Forderungen sind nicht abstrakt, sondern sehr konkret: Für bessere Löhne und
89 Arbeitsbedingungen müssen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden
90 können. Der Druck auf die Beschäftigten muss beendet werden: keine Dumping-Konkurrenz
91 durch Leiharbeit, Werkverträge und Niedriglohn. Viele arbeiten bis zum Umfallen, und es
92 reicht doch vorne und hinten nicht zum Leben. Auch das ist ein Ergebnis der
93 Massenerwerbslosigkeit. Wir brauchen Arbeitsplätze, von denen sich gut leben lässt, für alle.
94 Die Renten dürfen nicht nur vor Armut schützen, sie müssen den Lebensstandard sichern.
95 Endlich auch im Osten Deutschlands! Über 20 Jahre nach der Wende ist das Land immer noch
96 gespalten. Wir werden das nicht hinnehmen.

97 Das sind die Interessen, die wir aufgreifen, verteidigen, die uns am Herzen liegen. Die Lobby
98 der Konzerne und Reichen findet bei uns kein Gehör. Soziale Gerechtigkeit und wachsende
99 Ungleichheit sind unvereinbar. Ungleichheit aber kann nur wirksam bekämpfen, wer den Mut
100 hat, Reichtum zu begrenzen und so umzuverteilen, dass er allen zugutekommt. Wir knicken
101 nicht vor den Reichen ein: Wir wollen Reiche und Reichtum – Millionäre, Milliardäre,
102 Kapitalvermögen – couragiert besteuern und sicherstellen, dass sie zur Finanzierung des
103 Gemeinwesens angemessen beitragen. Wir wollen die Enteignung der Bevölkerung stoppen.
104 Wenige sammeln großen Reichtum in ihren Händen, wir wollen ihn in die öffentliche
105 Daseinsvorsorge investieren: Bildung, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, Gesundheit,

106 Pflege, Wasser, Energieversorgung, bezahlbarer Wohnraum – der Bedarf ist groß. So wird
107 zugleich die Demokratie gestärkt und die Teilhabe von allen gesichert.

108 Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine „marktkonforme Demokratie“. Dafür stehen wir nicht
109 zur Verfügung. Im Gegenteil: Wir wollen die sozialen Rechte und die Bürgerrechte stärken. Die
110 Finanzmärkte wollen wir an die Kette legen und die Märkte und die Wirtschaft der Demokratie
111 anpassen. Deshalb treten wir für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein,
112 das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird. Zwischen den Ländern mögen
113 Grenzen verlaufen; aber die Bevölkerungen und die Beschäftigten dieser Länder haben
114 gemeinsame Interessen: den Kampf gegen Lohndrückerei, Rezession und
115 Massenerwerbslosigkeit.

116 Gerecht ist der ökologische Umbau nur, wenn er auch sozial ist. DIE LINKE hat hierfür mit
117 dem Projekt PLAN B ein Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft
118 vorgelegt. Wir stehen nicht für eine ökologische Politik zur Verfügung, die nur die
119 Besserverdienenden im Blick hat und E.ON, Vattenfall & Co. gestattet, die Kosten der
120 Energiewende auf die Bevölkerung abzuwälzen – und die Ärmsten abzukoppeln. Energie ist
121 ein Gemeingut, es gehört in die Hände der Bevölkerung!

122 DIE LINKE ist die Friedenspartei. Wir haben als einzige Fraktion und Partei im Bundestag den
123 Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und werden es auch in Zukunft nicht
124 tun. Die deutschen Truppen müssen aus Afghanistan sofort abgezogen werden. Die
125 Verantwortung von Deutschland geht noch weiter: Waffenexporte müssen gestoppt werden,
126 erst recht an diktatorische Regime wie das in Saudi-Arabien.

127 DIE LINKE ist die sozialistische Bürgerrechtspartei. Der Einschränkung und dem Abbau von
128 Grund- und Bürgerrechten haben wir konsequent widersprochen. Jede andere im Bundestag
129 vertretene Partei hat bislang erhebliche Eingriffe in die Bürger- und Menschenrechte
130 vorgenommen, die, wenn überhaupt, nur durch das Bundesverfassungsgericht wieder
131 rückgängig gemacht werden konnten. Wir wenden uns auch zukünftig gegen den Eingriff in
132 Bürger- und Menschenrechte, denn deren Bestand gehört für uns zu den elementaren
133 Bestandteilen einer gerechten Gesellschaft.

134 Diese Positionen und Forderungen machen den Kern unserer Politik aus. An ihnen richten wir
135 unsere Arbeit im nächsten Bundestag aus. Wir bringen sie immer wieder in die Diskussion –
136 und mit Erfolg. Die anderen Parteien schrecken vor einer Politik der sozialen Gerechtigkeit
137 spätestens dann zurück, wenn es darum geht, Armut und Niedriglohn wirksam zu bekämpfen
138 und die Sozialpolitik mit einer Umverteilung des Reichtums zu finanzieren, en Beschäftigten in
139 betrieblichen Auseinandersetzungen den Rücken zu stärken und allen denselben Zugang zur
140 Gesundheitsversorgung zu sichern. Und Renten so zu erhöhen, dass sie nicht nur vor Armut
141 schützen. In diesem Sinne: DIE LINKE macht Druck.

142 Gemeinsam können wir Politik entwickeln, gestalten und Widerständigkeit entfalten. Uns
143 bewegt mit anderen zusammen die Frage, wie wir morgen leben wollen. Das ist eine Frage
144 der Demokratie: Was stärkt unseren Zusammenhalt, was schafft gerechten Zugang für alle,
145 worauf können wir in Zukunft verzichten? Wir wollen Erfahrungen und Ideen verbinden, die
146 unser Zusammenleben friedlicher, produktiver, nachhaltiger und auch sicherer machen. Wir
147 brauchen keine Banken, die riskant spekulieren und unternehmerische Vorhaben
148 ausbremsen. Niemand darf wegschauen, wenn in einem reichen Land Kinder morgens mit
149 leerem Magen zur Schule gehen. Das ist Ausgrenzung statt Freiheit. Die Armut von Kindern
150 und Alten in unserer Gesellschaft wächst. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs von
151 Ungerechtigkeiten, die unser Zusammenleben bedrohen. Wenn es aussichtslos ist,
152 Erwerbsarbeit zu finden, wenn das Einkommen entwürdigend ist, wenn Menschen mit
153 Behinderung oder Asylsuchende gleich mehrfach benachteiligt werden – wenn Existenzangst
154 und Perspektivlosigkeit zum Alltag geworden sind, dann hat Politik versagt. Die sozialen und
155 die Freiheitsrechte der Menschen werden dabei missachtet und Teilhabe und Inklusion
156 bleiben auf der Strecke.

157 Unsere Antwort ist demokratisch, kreativ und offen für Neues. Wir bringen unterschiedliche
158 Erfahrungen ein: aus den gewerkschaftlichen Kämpfen für gute Arbeit und Sozialstaat, aus
159 feministischen und antirassistischen Bewegungen, aus der Friedensbewegung. Auch aus dem
160 Aufbruch von 1989 gegen repressiven Staatssozialismus. Über die Erfahrungen aus dem
161 Staatssozialismus kritisch zu sprechen, so dass sie nicht die vielfältigen Lebenserfahrungen
162 delegitimieren, ist auch eine linke Aufgabe. All diese Erfahrungen bringen wir ein in unsere
163 Politik gegen repressiven Kapitalismus, für die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge und
164 einen sozial-ökologischen Umbau, gegen Rüstungsexporte, für gute Löhne und Renten, für
165 soziale Freiheitsrechte.

166 Freiheit für die Menschen, das ist etwas anderes als die Freiheit der Märkte oder die „freie“
167 Konkurrenz, die Menschen in Deutschland und weltweit in Gewinner und Verlierer einteilt. Wir
168 wehren uns dagegen, dass die Ärmsten noch beschimpft werden und dass Flüchtlinge wie
169 Kriminelle behandelt werden. Auf den sozialen Rissen und Spaltungen der Gesellschaft bauen
170 alltäglicher Rassismus und die Ungleichheitsideologien der Nazis auf. Offensichtlich haben
171 staatliche Strukturen hier versagt, verharmlost und vertuscht. Aus den sozialen Rissen und
172 Spaltungen wachsen Sexismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegen Schwule, Lesben und
173 Transmenschen. Die Kosten dieser Risse und Verwerfungen kommen uns letztlich teurer, als
174 die Erneuerung dessen, was den Zusammenhang stärkt und das soziale Gewebe der
175 Gesellschaft ausmacht. Dafür brauchen wir soziale Investitionen.

176 Die Bundesregierung wirbt mit der Lüge, „wir“ seien gut durch die Krise gekommen. Drohend
177 zeigen Regierung und Medien auf die Entwicklungen in den anderen Ländern in Europa und
178 behaupten, dass es „uns“ dagegen gut gehe. Gut durch die Krise gekommen sind die Banken,
179 die Reichen – hier, in Europa und weltweit. Die Gesellschaft jedoch treibt auseinander. Die
180 offiziell gemessene Erwerbslosigkeit ist in Deutschland geringer als in anderen Ländern.
181 Richtig. Doch wenn die Zahlen bereinigt werden, sind es immer noch fünf Millionen

182 Menschen. Und was sind das für Arbeitsverhältnisse? Niedriglöhne, Befristungen und prekäre
183 Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Viele Beschäftigte leiden unter den zunehmenden
184 Belastungen an ihrem Arbeitsplatz. Sie machen sich Sorgen, weil Mieten und Strompreise
185 steigen oder ob sie genug Zeit für ihre Kinder finden. Viele müssen bei schlechter Bezahlung
186 länger arbeiten, damit sie gerade noch über die Runden kommen. Andere müssen in weniger
187 Zeit noch mehr leisten. Viele können nicht so lange arbeiten, wie sie wollen, andere werden
188 vom Jobcenter in schlecht bezahlte Tätigkeiten, unentgeltliche Praktika oder Ein-Euro-Jobs
189 gezwungen. Stress und Erschöpfung gehören bei vielen zum Alltag: bei denen, die niedrige
190 Löhne erhalten, bei den Selbständigen, die um jeden Auftrag kämpfen müssen, bei denen, die
191 in der Produktion oder im Krankenhaus arbeiten. Die Ursachen sind die gleichen: Vor der
192 Drohkulisse Hartz IV und ohne gesetzlichen Mindestlohn können Unternehmen leichter Löhne
193 drücken und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Der finanzgetriebene Kapitalismus ist auf
194 kurzfristigen Profit an den Finanzmärkten ausgerichtet. Öffentliche Güter werden privatisiert
195 und auf Profit getrimmt: Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Gesundheit. Die
196 Ausweitung von Leiharbeit und Hungerlöhnen, die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67, die
197 Abschaffung der paritätischen Finanzierung der Sozialsysteme, die Deregulierung der
198 Finanzmärkte und die Steuergeschenke an Konzerne sowie die Senkung des
199 Spitzensteuersatzes sind Ergebnis der Politik von CDU, FDP, SPD und Grünen. Diese
200 Umverteilung von unten nach oben ist von SPD und Grünen unter der Schröder- Fischer-
201 Regierung eingeleitet worden, wurde dann von der großen Koalition und jetzt von der Merkel-
202 Regierung fortgesetzt. Der SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück hat sowohl als Ministerpräsident
203 in Nordrhein-Westfalen als auch als Finanzminister in der großen Koalition diese Politik
204 mitgetragen.

205 Die weltweite Krise zeigt: Eine Gesellschaft, die vorrangig auf Profit und Markt ausgerichtet
206 ist, kann und will die Bedürfnisse und Interessen von immer mehr Menschen nicht
207 befriedigen. Trotzdem macht die Bundesregierung einfach weiter so. Wenn die Menschen in
208 Europa arm werden, wenn Löhne und Gehälter überall sinken, droht auch in Deutschland die
209 Rezession, wirtschaftlicher Abschwung. Die Regierung will die Konkurrenz zwischen den
210 Beschäftigten in Europa verschärfen. Sie will den Druck auf die Löhne und Gehälter in
211 Deutschland erhöhen. Sie setzt auf einen schlanken, ausgehungerten Staat und damit auf
212 eine marode, arme öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Die Bundesregierung stellt
213 die Menschen und ihre Ansprüche an ein gutes Leben als Ursache der Krise dar, statt zu
214 sehen, dass es die Aufgabe demokratischer Politik ist, dieses gute Leben für alle Menschen
215 möglich zu machen. Die Loyalitäten der Regierung Merkel liegen anderswo. Sie ordnet
216 Demokratie und soziale Gerechtigkeit den Interessen der Unternehmen und der Finanzmärkte
217 unter. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es gibt mehr Arme – und mehr Reichtum. Das ist die
218 alltägliche Krise.

219 Dagegen stehen für uns LINKE die Menschen an der ersten Stelle. Gemeinsam drängen wir
220 Profitorientierung und Privatisierung zurück, um Raum und Luft für solidarische Alternativen
221 zu schaffen. Dafür kämpfen wir im Parlament, in den Betrieben, auf den Straßen, in den

222 Genossenschaften, in den Bürgerinitiativen.

223 Wir wollen ein Zukunftsprogramm: Es fehlen Kita-Plätze, Schulen, öffentliche
224 Dienstleistungen, die Infrastruktur muss verbessert werden. Wir haben in unserem Programm
225 Investitionen vorgesehen, die sich zusammengenommen auf etwa 100 Milliarden Euro
226 belaufen. Damit wollen wir die Versorgung der Bevölkerung verbessern,
227 Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und den Sozialstaat wieder stärken. Wir wollen die
228 öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – durch Investitionen in Bildung, Krankenhäuser und
229 Pflege –, die Energiewende sozial gerecht gestalten und den öffentlichen barrierefreien
230 Personenverkehr verbessern. Und wir wollen zusätzliche tariflich geschützte Beschäftigung
231 schaffen. Die Ausgaben dieses Zukunftsprogramms sind durch unser Konzept zur
232 Umverteilung gedeckt.

233 Unser Programm ist machbar, bezahlbar und ein Einstieg in eine bessere, menschlichere
234 Gesellschaft. In Kürze umfasst es die folgenden Punkte:

- 235 • Wir wollen, dass niemand im Alter und in der Arbeit arm ist. Die Löhne müssen steigen
236 und das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden.
- 237 • Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto – darunter droht die
238 Armut.
- 239 • Wir stehen dafür, dass die Reichen und Unternehmen an der Finanzierung des
240 Gemeinwesens gerecht beteiligt werden und privater Reichtum nicht zu öffentlicher
241 Armut führt.
- 242 • Hohe Einkommen müssen wieder mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent
243 besteuert werden. Zudem wollen wir eine Millionärsteuer auf hohe Vermögen
244 einführen und eine Reform der Erbschaftsteuer.
- 245 • DIE LINKE verteidigt die sozialen Grundrechte der Menschen als Grundlage von
246 Demokratie und Gerechtigkeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle
247 Menschen am gesellschaftlichen Reichtum, an Kultur und Bildung teilhaben – und mit
248 bestimmen, wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt. Wir fordern bessere
249 Leistungen für Erwerbslose und weg mit dem Hartz-IV-System. Im ersten Schritt
250 müssen die Sanktionen beseitigt und die Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro erhöht werden.
251 Um Kinder wirksam vor Armut zu schützen, wollen wir eine Kindergrundsicherung
252 einführen.
- 253 • Wir stehen für ein friedliches, weltoffenes und solidarisches Europa, in dem
254 gemeinsam Sozialstandards ausgehandelt und die Reichen über Vermögensabgaben
255 an der Finanzierung beteiligt werden.
- 256 • Die Finanzmärkte und Banken müssen wirksam kontrolliert und in den Dienst der
257 Gesellschaft gestellt werden. Wir wollen eine Finanztransaktionsteuer und eine
258 europaweite einmalige Abgabe für Vermögen über eine Million Euro.
- 259 • Wir wollen Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch umbauen und dabei die soziale
260 Frage ins Zentrum des Umbaus rücken. Die Grundversorgung mit Energie muss als

261 Grundrecht gewährleistet, die Verschwendung von Energie eingedämmt werden. Die
262 Versorgung darf nicht in den Händen von Konzernen liegen. Strom- und Gassperren
263 wollen wir verbieten. Mittelfristig soll der Nahverkehr kostenfrei zur Verfügung stehen
264 und das Angebot ausgebaut werden.

- 265 • Wir wollen Bürgerrechte stärken und die sozialen Grundlagen der Demokratie
266 ausweiten. Den Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik wollen wir beenden.
267 Demokratie bedeutet, dass gemeinsam und öffentlich über wichtige Dinge des Lebens
268 entschieden wird. Dafür muss öffentliches Eigentum gestärkt und die Beteiligung der
269 Menschen sichergestellt werden. Es gibt viele Möglichkeiten: Die Mitbestimmung in
270 den Unternehmen wird ausgebaut. Private Unternehmen der öffentlichen
271 Daseinsvorsorge werden rekommunalisiert. Genossenschaften im Wohnungsbau
272 werden gestärkt. Die Möglichkeiten werden verbessert, dass Belegschaften ihre
273 Betriebe übernehmen oder Genossenschaften gründen.
- 274 • Statt Überwachung, Einschränkungen des Rechtsschutzes und schleichenden Verlusts
275 von rechtsstaatlichen Standards muss eine Umkehr stattfinden. Datenschutz muss
276 gewährleistet, der – auch soziale – Zugang zu den Gerichten muss gesichert und
277 staatliches Handeln wieder an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichtet werden.
- 278 • Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung: eine Kasse für alle. Alle zahlen
279 ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt. Alle Zuzahlungen und Zusatzbeiträge
280 werden abgeschafft, und die paritätische Finanzierung wird wieder hergestellt. Für die
281 meisten werden die Beiträge gesenkt, private Krankenkassen werden abgeschafft.
- 282 • Die LINKE ist die Partei des Friedens – die einzige im Parlament. Wir stehen für einen
283 sofortigen, bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen und
284 den Stopp von Waffenexporten. Die Produktion von Waffen muss beendet und – unter
285 Beteiligung der Belegschaften – in eine Produktion von zivilen Gütern überführt
286 werden.

287 Wer will, kann schnell in eine machbare andere Politik einsteigen: Einführung des
288 Mindestlohns, Erhöhung der Renten, Rücknahme der Rente erst ab 67 Jahren, Lohn- und
289 Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland, solidarische Gesundheitsversicherung,
290 Vermögensteuer, Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf
291 500 Euro, Abzug aus Afghanistan, Verbot von Waffenexporten – das sind Entscheidungen, die
292 eine neue Regierung sofort treffen könnte, das sind unsere Sofortforderungen für einen
293 Politikwechsel.

294 Für uns sind diese Maßnahmen nur ein Anfang. Sie können Einstiege in ein neues Modell von
295 Gesellschaft sein, eine Alternative zum Finanzkapitalismus. Ein Modell des Miteinanders, der
296 praktischen Solidarität. Solidarität ist nicht ein Aufruf zum persönlichen Verzicht. Die Idee der
297 Solidarität drückt sich darin aus, wie wir unsere Gesellschaft organisieren: in der
298 gemeinsamen Gestaltung des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Infrastruktur; in einem
299 verantwortlichen und zukunftsfähigen Modell des Wirtschaftens, das Soziales und
300 Ökologisches verbindet, das Klassen überwindet und das der Demokratie dient und ihr nicht

301 schadet. Wir wollen einen demokratischen – freiheitlichen, ökologischen, lustvollen –
302 Sozialismus gestalten. Auf dem Weg dahin gilt es, viele Schritte zu gehen. Sie beginnen bei
303 den Nöten und Sorgen, Wünschen und Träumen der Menschen.

304 Wir haben ein Programm machbarer Alternativen, das wir zusammen mit möglichst vielen
305 anderen weiterentwickeln und umsetzen wollen. Wir entwerfen ein Bild einer veränderten
306 Bundesrepublik: Sie ist sozial gerechter, macht Ernst mit der Energiewende, sie ist friedlich
307 mit Blick auf internationale Verantwortung und arbeitet auf ein solidarisches Europa hin. Sie
308 ermöglicht allen, unabhängig von der Herkunft an Bildung und Entwicklung, überhaupt am
309 gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben.

310 Veränderungen gelingen nur mit den Menschen. Deshalb bedarf es auch eines neuen
311 demokratischen Alltags: in den Parlamenten ebenso wie in den Betrieben und im öffentlichen
312 Leben. Wir machen keine Politik stellvertretend für andere. Wir sind Teil der Vielen, die für
313 mehr Gerechtigkeit und Freiheit, Würde und Gemeinsinn kämpfen. Unsere Vorstellungen und
314 Konzepte, unsere Theorien und Glaubensvorstellungen mögen unterschiedliche sein.
315 Gemeinsam ist uns: Wir mischen uns in soziale Kämpfe ein, unterstützen Initiativen, soziale
316 Bewegungen und Gewerkschaften. Und wir geben denjenigen eine Stimme, die von der Politik
317 allein gelassen werden, denen existenzielle Not und fehlende Perspektiven den Mut
318 genommen haben. Unser Platz ist an ihrer Seite – und das bleibt auch so.

319 Wir setzen uns für die Stärkung des Öffentlichen, für mehr Selbstbestimmung und damit für
320 mehr Demokratie ein, machen Druck auf andere Parteien, damit sie eine andere Politik
321 einschlagen.

322 Alle großen Veränderungen beginnen mit ersten, entschlossenen Schritten. Unser Programm
323 für die Bundestagswahl ist eine Einladung, den Weg mit uns zu gehen.

324

325 **I Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit**

326

327 Der Einstieg in eine gerechte Gesellschaft bedarf mehrerer Entscheidungen gleichzeitig:
328 Armut und Reichtum abgrenzen, also mit Steuern und Abgaben für die Reichen die Gelder
329 einnehmen, mit denen öffentliche Dienstleistungen und eine gute Infrastruktur finanziert
330 werden können; die ungleichen Einkommen regulieren und verhindern, dass die Menschen
331 sich arm arbeiten; die Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und die Erwerbslosen vor
332 Entwürdigung schützen; gesellschaftliche Teilhabe garantieren und verhindern, dass die Angst
333 vor Hartz IV die Menschen in schlechte Arbeitsverhältnisse zwingt; verhindern, dass der Job
334 das ganze Leben beherrscht, so dass Zeit bleibt für Erholung, Familie, Spaß, auch um sich
335 politisch einzumischen; ein Leben im Alter mit gesichertem Lebensstandard garantieren. Es
336 muss sicher sein, dass für Bildung und Kindererziehung eine ausreichende und gute
337 öffentliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit
338 haben, seine Gesundheit gut zu erhalten.

339 Eine solidarische Gesellschaft muss Reichtum von oben nach unten, von privat nach
340 öffentlich verteilen und damit auch Neues schaffen: vor allem eine leistungsfähige öffentliche
341 Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Energieversorgung etc. – für alle
342 bereitstellen. Dabei geht es um große Investitionen ebenso wie um die kleinen praktischen
343 Schritte für einen besseren Alltag, beispielsweise ein unentgeltliches warmes und gesundes
344 Mittagessen in allen Kitas und Schulen. Es ist nur gerecht, zur Finanzierung dieser
345 Maßnahmen diejenigen sehr viel stärker heranzuziehen, die wohlhabend und reich sind.
346 Insofern sind gute Arbeit, ein guter Lohn, Schutz vor Erwerbslosigkeit und Armut sowie
347 leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen einerseits und höhere
348 öffentliche Einnahmen aufgrund von Reichen-, Millionärs- und höheren Unternehmenssteuern
349 andererseits zwei Seiten einer Medaille. Beides zusammen bildet die Grundlage einer
350 gerechten und solidarischen Gesellschaft. DIE LINKE steht für einen solchen Einstieg in eine
351 neue Gerechtigkeit.

352

353 **Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs**

„Ich arbeite als Krankenschwester bis zur Erschöpfung, und es reicht doch nicht für die Familie. Für die Patienten ist kaum Zeit, die müssen immer schnell abgefertigt werden, seit der Privatisierung geht es nur noch um Zeiteinsparen und Profit. Oft arbeite ich länger, um mich mehr mit Patienten befassen zu können. Dann fehlt mir zu Hause oft die Zeit für die Kinder, und ich habe ein schlechtes Gewissen. Die Kinder stehen in der Schule enorm unter Druck. Und ich weiß nicht, wie ich ihnen noch was bieten kann, mal in den Urlaub, das Haus abbezahlen. Und wenn das mit der Rente so entschieden wird, komme ich gerade mal auf 730 Euro, wenn ich bis 67 durchhalte. Und das schaffe ich nicht, jeden Tag die Patienten heben und so. Wann gibt's für uns einen Rettungsschirm?“ Katrin, 42, Krankenschwester aus Zwickau

354

355 Gute Arbeit bedeutet, dass wir von unserer Erwerbsarbeit leben, unser Leben eigenständig
356 gestalten und uns weiterentwickeln können. Der Anspruch, dass die Arbeit gut sein muss,
357 bezieht sich auf die Höhe von Lohn und Gehalt, den Inhalt, die Arbeitsabläufe und die
358 Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Arbeitszeiten. Viele Menschen arbeiten zu lang, weil
359 sie zu wenig verdienen oder weil die Arbeit so organisiert ist, dass sie sie buchstäblich mit
360 nach Hause nehmen und nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Viele leiden unter Stress und
361 Erschöpfung. Zusätzlicher materieller und psychischer Druck entsteht aufgrund unsicherer
362 Arbeitsverhältnisse.

363 Der Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen sind mit der Agenda 2010 im Interesse der
364 Unternehmen umgebaut worden, die sozialen Rechte von Beschäftigten und Arbeitsuchenden
365 wurden erheblich eingeschränkt. In den vergangenen zehn Jahren sind über zwei Millionen
366 Vollzeit-Arbeitsplätze abgebaut worden – gleichzeitig sind fast doppelt so viele schlechte Jobs
367 neu entstanden. Befristete Stellen, Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs sind heute Alltag:
368 Sie höhlen die Tarifverträge aus und werden bewusst eingesetzt, um die fest angestellten
369 Beschäftigten mit ihren meist höheren Löhnen unter Druck zu setzen. Gleichzeitig hat sich die
370 Massenerwerbslosigkeit verfestigt. Sie funktioniert zusammen mit Hartz IV als Drohkulisse
371 und Disziplinierung der Beschäftigten. Wir wollen Erwerbslosigkeit bekämpfen und den
372 Personalmangel in der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgleichen. Dafür sind öffentliche
373 Investitionen und eine andere Ausrichtung der Industrie- und Wirtschaftspolitik dringend
374 notwendig (vgl. Kapitel IV). DIE LINKE will die Arbeit, ihre Verteilung, ihre Bezahlung, ihre
375 Organisation neu und besser regeln: Die Löhne müssen steigen, Tarifverträge
376 allgemeinverbindlich sein, befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nicht Normalität, sondern
377 müssen Ausnahme sein.

378 Alle müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können, Zeit und Ruhe haben, sich zu erholen, das
379 Leben mit der Familie zu pflegen, Hobbys und Interessen nachzugehen und politisch aktiv zu
380 sein.

- 381 • DIE LINKE fordert ein Verbot der Leiharbeit. Bis zu dessen Umsetzung ist mit
382 sofortiger Wirkung die gleiche Bezahlung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und

383 Beschäftigte der Stammebelegschaft durchzusetzen. Die Verleihdauer soll auf wenige
384 Monate begrenzt und eine Flexibilitätszulage von zehn Prozent des Lohnes für
385 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingeführt werden. Sie müssen vom Verleiher im
386 Grundsatz fest beschäftigt werden; Befristungen mit dem Ziel der Synchronisation mit
387 Zeiten der Verleihung sind unzulässig.

- 388 • Kein Lohndumping über Werkverträge! Der Missbrauch von Werkverträgen – ob als
389 Scheinselbständigkeit oder über Auslagerung – muss wirksam unterbunden werden.
390 Ohne Zustimmung des Betriebsrates dürfen keine Werkverträge vergeben werden.
- 391 • Wir wollen, dass Minijobs von der ersten Stunde an in voll
392 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden. Ziel muss es sein,
393 dass Teilzeitarbeit nicht unter 18 Stunden in der Woche geleistet wird, außer auf
394 ausdrücklichen Wunsch des oder der Beschäftigten.
- 395 • Die ausufernden Befristungen der Arbeitsverhältnisse wollen wir zurückdrängen und
396 auf wenige sachliche Gründe begrenzen.

397 Die Reallöhne sind in den Jahren von 2000 bis 2011 um fünf Prozent gesunken. Viele spüren
398 das in ihrem Alltag: Das Geld reicht hinten und vorne nicht. Damit wurde nicht der
399 Wirtschaftskrise vorgebaut, wie die Regierung behauptet, sondern die Abwärtsspirale der
400 Löhne in Gang gehalten. Um diese Entwicklung umzukehren, müssen die Rechte der
401 Beschäftigten und der Gewerkschaften gestärkt werden.

402 Im öffentlichen Dienst gibt es dabei direktere politische Gestaltungsmöglichkeiten. Die Politik
403 kann dafür sorgen, dass vor allem im Bereich der sozialen Dienstleistungen die Löhne und
404 Gehälter deutlich angehoben werden.

405 Wir setzen uns dafür ein, dass die Lohnentwicklung mindestens die Produktivitäts- und
406 Preissteigerung ausgleichen muss.

- 407 • Wir wollen den Niedriglohnbereich zurückdrängen und diese schlechten
408 Arbeitsverhältnisse in gute umwandeln.
- 409 • Lohndumping muss verhindert werden: mit einem flächendeckenden gesetzlichen
410 Mindestlohn von zehn Euro.
- 411 • Die Einkommen von fast acht Millionen Beschäftigten würden direkt und spürbar
412 steigen. Der Mindestlohn muss jährlich ansteigen, dabei ist mindestens die
413 Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Bis zum Ende der
414 Wahlperiode sollte der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro steigen.
- 415 • Der gesetzliche Mindestlohn ist nicht genug: Wir wollen, dass branchenspezifisch
416 höhere Mindestlöhne sowie die sich darauf aufbauende Lohnstruktur, die von
417 Gewerkschaften ausgehandelt werden, leichter als bisher und auch ohne Zustimmung
418 der Arbeitgeber für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Tarifverträge müssen
419 auf Antrag einer Tarifvertragspartei allgemeinverbindlich erklärt werden, der
420 Gewerkschaftsseite ist ein Vetorecht einzuräumen.

- 421 • Wir fordern, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Mindestlöhne und an die
422 Einhaltung ortsüblicher Tarifverträge geknüpft wird. Wir setzen uns dafür ein, dass
423 Tarifverträge wieder in allen Bereichen öffentlicher Vergabe vorgegeben werden
424 dürfen.
- 425 • Wenn der Inhaber eines Betriebes wechselt, müssen die bisherigen Tarifverträge
426 dauerhaft in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben. Tarifflicht
427 und Lohndumping durch Betriebsübergänge können so verhindert werden.
- 428 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die strukturelle Unterbezahlung von Frauen
429 muss beendet werden. Ungleiche Bezahlung darf nicht durch unterschiedliche
430 Beschäftigungsverhältnisse wie zum Beispiel Leiharbeit ermöglicht werden. Die Tarife
431 in Ost und West müssen angeglichen werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der
432 gesetzliche Mindestlohn stehen auch Menschen mit Behinderung zu.
- 433 • Entscheidend ist, dass das Sanktionsregime von Hartz IV – der Zwang zur Aufnahme
434 jedes noch so mies bezahlten Jobs – beseitigt wird. Es ist nicht nur unsozial, sondern
435 führt auch zur Erpressbarkeit der Beschäftigten. Die Androhung eines
436 Arbeitsplatzabbaus ist vor diesem Hintergrund bedrohlicher.

437 Wer niedrige Löhne kritisiert und, dass Menschen trotz ihrer Erwerbsarbeit arm bleiben oder
438 werden, darf von Managergehältern und explodierenden Vorstandsgehältern in DAX-
439 Unternehmen nicht schweigen. Wenn der (meist männliche) Vorstand eines DAX-
440 Unternehmens im Durchschnitt das 54fache dessen erhält, was seine Angestellten verdienen,
441 dann ist das nicht mit Leistung zu erklären. Was ist daran gerecht? Wir wollen gemeinsam mit
442 Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden und
443 Wissenschaft – selbst verantwortlichen Unternehmen – eine Debatte anstoßen, wie viel
444 Ungleichheit bei den Einkommen akzeptabel ist und ab wann der Zusammenhalt und die
445 Demokratie in unserer Gesellschaft darunter leiden.

446 Wir schlagen vor, dass niemand mehr als 40-mal so viel verdienen sollte wie das
447 gesellschaftliche Minimum – bei der derzeitigen Verteilung wären das noch knapp eine halbe
448 Million Euro im Jahr. Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen – die
449 Begrenzung von Managergehältern bei den Landesbanken kann hier ein Vorbild sein – und
450 streiten dafür, dass solche Regelungen in allen Unternehmen gelten. Wir fordern die
451 Mitglieder in Aufsichtsräten auf, überhöhten Gehältern nicht mehr zuzustimmen und auf eine
452 freiwillige Selbstverpflichtung des Unternehmens hinzuwirken.

- 453 • Wir fordern zudem ein Ende der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern über
454 eine halbe Million Euro. Boni und überhöhte Abfindungen wollen wir insgesamt
455 ausschließen.

456

457 **Mitbestimmung ausbauen und Arbeitszeit verkürzen gegen den Dauerstress**

458 Dass wir immer mehr Güter und materiellen Reichtum schaffen können mit immer weniger
459 Arbeit, ist eigentlich eine gute Nachricht. So könnte deshalb die Arbeitszeit verkürzt werden,
460 damit die Menschen mehr freie Zeit zur eigenen Verfügung haben. Jedoch kommen die
461 Vorteile dieser Entwicklung nur den Unternehmen zugute. Nicht den Beschäftigten. Die einen
462 müssen viele Überstunden machen, andere müssen sich mit erzwungener Teilzeit und
463 wenigen Stunden zufriedengeben. Flexibilität, die den Beschäftigten auch mehr
464 Selbstbestimmung bringen könnte, ist zu einem Drohwort geworden. Damit die Erwerbsarbeit
465 sich besser verbinden lässt, beispielsweise mit Familienleben und der Erziehung von Kindern,
466 brauchen wir neue Arbeitszeit-Modelle. Dann können Eltern die Arbeiten im Haushalt und die
467 Erziehung der Kinder gerechter als bisher untereinander aufteilen. Das Konzept von
468 Flexibilität muss sich im Arbeitsleben endlich an den Bedürfnissen der Beschäftigten
469 orientieren. Beispiel: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben,
470 für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr).

471 Die Beschäftigten brauchen größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre
472 Arbeitszeit und die Gestaltung ihrer Arbeit – Überbelastungen müssen abgebaut werden. Nur
473 so bleibt genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Der
474 Profitdruck wird heute zunehmend an jeden einzelnen Beschäftigten weitergegeben. Das
475 Unternehmen will nicht nur die Arbeitskraft, es will den ganzen Menschen: seine Motivation,
476 seine Kreativität, sein Wissen, um Kosten zu sparen und die Leistung noch mehr zu steigern.
477 Es ist Zeit, diese Tendenz umzudrehen: Arbeit und Arbeitsplätze müssen nach den
478 Bedürfnissen der Beschäftigten gestaltet werden. Es gibt ein Recht auf Feierabend.

- 479
- 480 • Ausbau der kollektiven Mitbestimmung der Beschäftigten und der betrieblichen
481 Interessenvertretungen: Im Büro, in der Werkshalle, in Behindertenwerkstätten, auf
482 Station und im Geschäft müssen die Rechte der Beschäftigten sowie die der
483 Betriebsräte und ihre Mitbestimmung bei der Gestaltung ihrer individuellen Tätigkeiten
484 gestärkt werden – beispielsweise mittels Vetorechten und im Hinblick auf
485 Stellenpläne, bei der Ausgestaltung von kollektiven Arbeitsabläufen und bei der
486 Personalbemessung.
 - 487 • Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige wöchentliche
488 Höchstarbeitszeit von derzeit auf 48 auf höchstens 40 Stunden gesenkt wird.
489 Überstunden müssen effektiv begrenzt werden.
 - 490 • Sofort umsetzbar ist die Einführung einer Anti-Stress-Verordnung, wie sie auch von der
491 IG Metall gefordert wird, und eines individuellen Veto-Rechts bei der Umgestaltung
492 von Arbeitsaufgaben.
 - 493 • Wir wollen den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das
494 Jugendarbeitsschutzgesetz verbessern.

494 Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzen. Die
495 Vorstellung, dass „Vollzeit“ ein Acht-Stunden-Arbeitstag ist, stammt aus den Kämpfen des 19.

496 Jahrhunderts und wurde 1918 gesetzlich vorgeschrieben. Wir brauchen dringend ein neues
497 Ziel: Sechs Stunden sind genug. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen –
498 das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Wir unterstützen die Initiativen aus
499 Gewerkschaften, eine neue gesellschaftliche Debatte um eine Arbeitszeitbegrenzung
500 voranzubringen. Wir streben eine Obergrenze von 35, längerfristig von 30 Stunden an. Damit
501 verkürzte Arbeitszeiten nicht zu Arbeitsverdichtung und damit zu Lohnkürzungen
502 „verkommen“ und so konterkariert werden, müssen die Mitbestimmungsrechte der
503 Beschäftigtenvertretungen bei Personal- und Stellenplänen erweitert werden.

504 Kapital und Arbeit stehen sich in unserer Gesellschaft immer gegenüber. Die Vorstellungen
505 davon, was gerecht und angemessen ist, werden in politischen und sozialen Kämpfen
506 ausgehandelt. Die Kräfteverhältnisse sind im Neoliberalismus zu Gunsten des Kapitals
507 verschoben worden.

- 508 • Die Mitbestimmungsrechte müssen ausgebaut und auf wirtschaftliche Fragen sowie
509 auf die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen ausgeweitet werden.
- 510 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in
511 Eigenregie weiterführen wollen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen
512 auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen
513 mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.
- 514 • Das Streikrecht ist unteilbar – das gilt auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie
515 und Caritas. Es wird Zeit, dass Beschäftigte kirchlicher Einrichtungen die gleichen
516 Rechte bekommen wie alle anderen Beschäftigten. Das Mitarbeitervertretungsgesetz
517 muss verbessert und inhaltlich dem Betriebsverfassungsgesetz angeglichen werden.
518 Kirchliche Einrichtungen, die öffentliche Zuschüsse empfangen, müssen für alle als
519 Beschäftigte sowie Nutzerinnen und Nutzer zugänglich sein. Das Allgemeine
520 Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden.
521 Das Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein aus der Sicht der Kirchen „fehlendes
522 privates Wohlverhalten“ nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen
523 Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf.

524 Starke Gewerkschaften sind unerlässlich für gute Arbeits- und Lebensbedingungen. DIE
525 LINKE will die Flächentarife wiederherstellen. Dafür gilt es, das Streikrecht der
526 Gewerkschaften zu verbessern und ein Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen
527 und gesetzlichen Bestimmungen einzuführen. Tarifverträge müssen auf Antrag einer
528 Tarifpartei als allgemeinverbindlich gelten.

529

530

531 **Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV**

Jörg (51) und Anja (43) sind arbeitslos, seit der Automobilzulieferer vor drei Jahren Insolvenz anmeldete. Das Jobcenter schickt Jörg und Anja regelmäßig Einladungen. Jedesmal wollten sie mit ihnen über ihre berufliche Situation sprechen, konnten aber nichts anbieten. Jörg war KFZ-Mechaniker-Meister. Schließlich wollte ihm der Fallmanager einen Job als Wachmann aufzwingen, bei dem er gerade 5 Euro die Stunde erhalten hätte. Er wollte eine Arbeit, die seiner Qualifikation entsprach. Aber der Hauptgrund war, dass sie den Lohn als entwürdigend empfanden. Der Fallmanager kürzte Jörg daraufhin das Geld.

532

533 Die soziale Sicherheit schafft das Fundament, damit Menschen in Würde leben können. So
534 kann an ihr abgelesen werden, wie wichtig Gerechtigkeit für eine Gesellschaft ist: Wer arm
535 ist, darf nicht am Rand stehen, Armut und ihre Ursachen zu bekämpfen, gehört ins Zentrum
536 der Politik. Es sollte selbstverständlich sein, dass alle am Leben der Gesellschaft teilhaben
537 können. Weil die sozialen Sicherungen systematisch geschwächt wurden, sind immer mehr
538 Menschen gezwungen, schlechte Jobs mit schlechten Löhnen anzunehmen: Das sei
539 „zumutbar“ und gehöre zu einer „neuen Freiwilligkeit“. In Wahrheit werden auf diese Weise
540 die strukturellen Probleme der Gesellschaft den einzelnen Menschen aufgebürdet.
541 Zunehmend treiben Armut und Sanktionsdruck sie in die Isolation, sie werden von der
542 Teilhabe an der Gesellschaft, ihrem Reichtum, ihren Kulturgütern und den vielen kleinen und
543 doch so wichtigen Begegnungen und Ereignissen im Alltag ausgeschlossen.

544 Wir brauchen einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik:

545 1| eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert und einen
546 Absturz in Armut verhindert.

- 547 • Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten
548 Lebensstandard annähernd sicherstellen. DIE LINKE fordert ein Erwerbslosengeld, das
549 leichter zugänglich ist und länger gezahlt wird. Selbständige wollen wir in die
550 Erwerbslosenversicherung einbeziehen, so dass sie im Falle einer Insolvenz Anspruch
551 auf Erwerbslosengeld haben. Die Sperrzeiten müssen abgeschafft werden, weil sie
552 Ansprüche verwerfen, die regulär erworben und erarbeitet worden sind.
553 Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren berufliche Qualifikation
554 berücksichtigen und deren ethische Überzeugungen; niemand darf gezwungen sein,
555 gegen seine oder ihre Überzeugung eine Erwerbsarbeit anzunehmen.

556 2| eine Arbeitsmarktpolitik, die mit öffentlichen Mitteln mehr gute Arbeitsangebote schafft.

- 557 • Mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) wollen wir Menschen,
558 die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, neue Perspektiven auf
559 dem Arbeitsmarkt eröffnen. Der ÖBS schafft zusätzliche, sinnvolle, existenzsichernde
560 und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze. Damit können zivilgesellschaftliche
561 Strukturen wie Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte gestärkt werden.

562 Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sich an den Bedürfnissen der Erwerbslosen
563 und an den regionalen Gegebenheiten ausrichten. Die Entlohnung darf einen
564 Stundenlohn von 10 Euro und (wenn die Wochenarbeitszeit darunter liegt) einen
565 Bruttolohn von monatlich mindestens 1.500 Euro nicht unterschreiten. Die
566 Eingliederung beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

- 567 • Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen vollwertige, tarifliche
568 Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.
- 569 • Es müssen sofort mehr Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen zur
570 Verfügung gestellt werden.
- 571 • Die Krise kehrt zurück: Wir brauchen eine neue Initiative, um Arbeitsplätze zu
572 schützen. Der Kündigungsschutz muss gestärkt und profitablen Unternehmen müssen
573 Massenentlassungen verboten werden.

574 3| Schließlich sagen wir immer noch laut und deutlich: Hartz IV muss weg! Stattdessen
575 brauchen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert
576 und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Wir wollen öffentliche soziale Dienstleistungen und
577 Infrastruktur ausbauen: öffentlicher entgeltfreier und ökologischer Nahverkehr, eine
578 Gesundheitsversorgung ohne Zuzahlung, freier Zugang zum Internet sowie Kultur- und
579 Kunstangebote, eine öffentlich organisierte Stromversorgung mit sozialer Preisgestaltung,
580 kostenfreie und qualitativ hochwertige Essen in Schule und Kita, der Zugang zu einem
581 Computer mit Internetzugang für jeden Schüler und jede Schülerin, Sozialtickets bei der
582 Bahn.

- 583 • Kurzfristig müssen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen
584 abgeschafft werden. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine
585 Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt.
- 586 • DIE LINKE drängt darauf, anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften das
587 Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen
588 einzuführen. Die Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr
589 müssen abgeschafft werden.
- 590 • Die Prozesskosten- und Beratungshilfe muss ausgebaut statt eingeschränkt werden.
591 Rechtlicher Beistand bei Gerichtsverfahren muss auch Menschen mit einem geringen
592 Einkommen ermöglicht werden.

593 Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das
594 Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der
595 Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese
596 Diskussion wollen wir weiterführen. Wir befürworten auch die Einsetzung einer Enquete-
597 Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.

- 598 • Gemeinsam mit Sozialticket-Initiativen aus der gesamten Bundesrepublik werden wir
599 in den Ländern und Kommunen für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr Druck

600 machen. Perspektivisch ist der öffentliche Nahverkehr entgeltfrei zu organisieren.

- 601 • Wir unterstützen die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Geringverdienenden
602 und werden gemeinsam mit Erwerbsloseninitiativen im Parlament und auf der Straße
603 für eine sanktionsfreie Mindestsicherung aktiv werden.

604 Wir stehen an der Seite der Menschen, die aus ihren Wohnungen und Wohnvierteln vertrieben
605 werden und sich dagegen zur Wehr setzen.

- 606 • Zwangsumzüge müssen gestoppt werden.

607 DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge
608 oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes
609 verschlechtert.

610

611 **Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen**

„Ich habe mein Leben lang als Verkäuferin gearbeitet, als Rente bekomme ich 846 Euro. Wenn das mit den Rentenplänen so weitergeht, kriegt meine jüngere Kollegin 2030 gerade noch 677 Euro, obwohl sie bis 67 schuften muss. Wenn sie das überhaupt durchhält.“ Emily, Berlin

612

613 Die Beiträge, die in die Rentenversicherung eingezahlt werden, sind zunehmend weniger
614 „wert“: Durch den rentenpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahre soll das
615 Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 noch weiter sinken – bis auf 43 Prozent.
616 Eine Rente von ehemals 1.000 Euro ist dann nur noch 800 Euro wert. Die Lücken sollen die
617 Beschäftigten selbst schließen, indem sie privat vorsorgen. Diese Rechnung geht nicht auf:
618 Viele brauchen ihr ganzes Einkommen, um den Alltag zu finanzieren und können sich eine
619 zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht leisten. Zudem sind die Versicherungsangebote
620 oft schlecht. Bei vielen Riester-Verträgen sind die Verwaltungskosten so hoch und die
621 Renditen so schwach, dass das Geld genauso gut unter die Matratze gelegt werden könnte.
622 Die milliarden schwere Förderung der Privatvorsorge durch die Steuerzahlenden nützt vor
623 allem der Versicherungsindustrie und erhöht gravierend das nach Rendite suchende
624 Privatkapital auf den Finanzmärkten. So werden vorhandene Krisen geschürt und neue
625 geschaffen. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grundsicherung beantragen oder trotz
626 ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten.

- 627 • Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht
628 werden, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für
629 alle spürbar steigen.
- 630 • Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne,

631 der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert
632 werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

- 633 • Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von
634 Selbständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern.
- 635 • Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche
636 auf die gesetzliche Rente zu übertragen.

637 Alle wissen, dass die Rente erst ab 67 für die meisten Menschen nicht machbar ist. Sie
638 können gar nicht so lange arbeiten, weil sie nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr
639 gesund sind oder in diesem Alter keine Arbeit mehr haben oder bekommen. So kommt die
640 Rente erst ab 67 meist einer erheblichen Rentenkürzung gleich. Der materiell halbwegs
641 abgesicherte Lebensabend gerät so in Gefahr oder wird von vornherein zur Illusion.

- 642 • Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden – ohne Wenn und Aber. Jede und jeder
643 muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.
- 644 • Nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – wollen wir einen
645 abschlagsfreien Einstieg in die Rente schaffen. Das soll bereits ab dem 60. Lebensjahr
646 möglich sein.
- 647 • Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden, die Abschläge
648 wollen wir streichen.

649 Um die drohende Altersarmut zu verhindern, müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt
650 erheblich verbessert werden. Die Menschen können nur dann ausreichende eigene
651 Rentenansprüche erwerben, wenn es genügend gute Arbeitsplätze mit gutem Lohn oder
652 Gehalt gibt. Auch brauchen wir genügend öffentliche Angebote zur Kindererziehung und zur
653 Pflege von Familienangehörigen. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und
654 Armut zuverlässig verhindern. Eine solche Rentenpolitik ist machbar und bezahlbar, wenn das
655 gesetzliche System gestärkt wird und die Unternehmen wieder gleichmäßig an den Kosten
656 der Alterssicherung beteiligt werden.

- 657 • Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den
658 Beschäftigten selbst und den Unternehmen bzw. Auftraggeberinnen und
659 Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die Beitragshöhe
660 soll sich nach dem angestrebten Sicherungsziel richten und nicht nach der
661 Zahlungswilligkeit der Unternehmen.
- 662 • Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden
663 brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE
664 eine Solidarische Mindestrente einführen. Diese soll aus Steuern finanziert werden
665 und sicherstellen, dass kein Mensch im Alter ein Einkommen unterhalb der
666 Armutsrisikogrenze hat. In der kommenden Wahlperiode werden wir eine Solidarische
667 Mindestrente von 1.050 Euro netto in die politische Diskussion einbringen. Höhere
668 Mietkosten sollen mit dem Wohngeld aufgefangen werden.

669 DIE LINKE streitet für eine Politik, die die öffentlichen Systeme stärkt und die Privatisierung
670 von Risiken bekämpft. Sie steht für eine Politik, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und
671 sozialer Sicherheit im Alter ermöglicht. LINKE Rentenpolitik bedeutet mehr als bloße
672 Mindestabsicherung. Ein gutes Leben im Alter heißt, den Lebensstandard aus der
673 Erwerbsphase ohne allzu große Abstriche halten zu können. Deshalb gehören für uns
674 Lebensstandardsicherung und Mindestabsicherung zusammen.

675 • Wir vergessen nicht, dass die Regierung Merkel eines ihrer zentralen Wahlversprechen
676 gebrochen hat: die Angleichung der Renten im Osten an das Westniveau. DIE LINKE
677 fordert, den Rentenwert Ost zügig an das Westniveau anzugleichen. Die Angleichung
678 muss spätestens bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Die Lebensleistung in Ost und
679 West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden. Die Angleichung darf nicht
680 zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb muss die Hochwertung der
681 ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke
682 Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt.

683

684 **Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken – Schluss mit der Zwei-** 685 **Klassen-Medizin**

686 Arme sterben im Durchschnitt früher als Reiche und sind häufiger krank. Und ausgerechnet
687 für sie kann die Gesundheitsversorgung sehr teuer werden. Für fast alle
688 Gesundheitsleistungen werden Zuzahlungen fällig – egal, ob für Arzneimittel,
689 Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel.

690 • Jegliche Zuzahlungen und Zusatzbeiträge müssen abgeschafft werden. Die
691 Überschüsse der Krankenkassen sind zum Wohle der Versicherten zu verwenden.
692 • Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse
693 bezahlt werden. Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, medizinische Angebote zu
694 rationieren.
695 • Wir treten für eine effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise ein. Die
696 verantwortlichen Behörden sollen diese Preise festsetzen. Die Einführung einer
697 Positivliste ist überfällig: Alle sinnvollen Medikamente müssen vollständig erstattet
698 werden – teure Medikamente, die nur scheinbar neu sind, gehören dagegen nicht in
699 den Leistungskatalog.

700 In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen noch stärker an Markt- und
701 Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass
702 notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen
703 Nutzen angeboten werden. Die Beschäftigten müssen immer mehr Arbeiten übernehmen, so
704 dass sie für die einzelnen Patientinnen und Patienten immer weniger Zeit haben.

705 Hunderttausende Arbeitsplätze wurden in Krankenhäusern abgebaut. Das sollte die
706 Krankenhäuser billiger, besser und effizienter für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten
707 machen, hieß es. Das Gegenteil trat ein: Für die Beschäftigten folgten aus diesem Abbau
708 Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung und Stress. Um die gesundheitliche Versorgung
709 flächendeckend und für jeden und jede zu sichern, muss sektorenübergreifend geplant und
710 versorgt werden. Alle Gesundheitsberufe müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden.
711 Ein Vergleich: In Deutschland betreut eine Pflegekraft im Durchschnitt 21 Patientinnen oder
712 Patienten, in Dänemark zehn, in Norwegen neun und in den USA acht.

- 713 • Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Länder
714 müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen.
715 Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern.
- 716 • Es darf keine weitere Privatisierung geben, bereits privatisierte Krankenhäuser wollen
717 wir in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften überführen. Die Beschäftigten
718 müssen zudem bei der Organisation und Planung ihrer Arbeit stärker mitbestimmen
719 können.
- 720 • Der Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten
721 Versorgung und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden. Deshalb streiten wir
722 dafür, eine verbindliche und bundesweit einheitliche Personalbemessung einzuführen.

723 Das System der Fallpauschalen (DRGs) setzt falsche Anreize: Es belohnt, möglichst viele Fälle
724 mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Kosten werden zu Lasten
725 der Beschäftigten gesenkt. Krankenhäuser bemühen sich um lukrative, aber medizinisch
726 unnötige Eingriffe. Für die Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen frühe
727 Entlassung und häufig Wiedereinweisung („Drehtüreffekt“).

- 728 • Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss gestoppt werden. Die DRGs als
729 marktwirtschaftliches Entgeltsystem sind unvereinbar mit Sinn und Zweck von
730 Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung muss sich am Bedarf, an
731 medizinischen, nicht wirtschaftlichen Kriterien orientieren.
- 732 • Die Qualität in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung ist
733 sicherzustellen. Die Einführung eines Entgeltsystems mit Tagespauschalen in der
734 Psychiatrie (analog zum DRG-System) gefährdet eine gut abgestimmte, integrierte
735 humanistische Psychiatrie. Stattdessen müssen ausreichend ambulante und
736 stationäre Behandlungsmöglichkeiten und Therapieplätze und genügend Personal
737 bereitstehen.
- 738 • Damit die gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land flächendeckend gesichert ist,
739 muss sektorenübergreifend geplant und versorgt werden. Alle Gesundheitsberufe
740 müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden, nicht nur Ärztinnen und Ärzte.
- 741 • Die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung muss aufgehoben und den
742 Krankenhäusern muss erlaubt werden, eine Ambulanz oder Poliklinik zu führen.

- 743 • Die soziale Selbstverwaltung wollen wir stärken. Wir unterstützen die demokratische
744 Mitbestimmung der Versicherten, der Patientenvertretungen und der Beschäftigten.
745 • Gesundheitsförderung und Prävention müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen
746 für ungleiche Chancen auf Gesundheit zu verringern. Wir fordern hierfür ein
747 Präventionsgesetz und eine Koordinierungs- und Entscheidungsstelle auf
748 Bundesebene.
749 • Über den Einsatz der elektronischen Gesundheitskarte entscheiden allein die
750 Versicherten. Arbeitgebern und öffentlichen Dienststellen ist ein Zugriff auf die dort
751 gespeicherten Daten gesetzlich zu untersagen.

752 Um eine gute Versorgung für alle zu gewährleisten, braucht es eine solidarische
753 Gesundheitsversicherung: eine Kasse für alle („Solidarische Bürgerinnen- und
754 Bürgerversicherung“). Damit kann der Beitragssatz zur Krankenversicherung auf Jahre hinaus
755 konstant niedrig bei etwas über zehn Prozent des Einkommens gehalten werden. Auf Löhne
756 und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur noch einen Anteil von 5,25 Prozent
757 statt derzeit 8,2 Prozent zahlen. Selbst die Arbeitgeber würden einen Anteil von 5,25 Prozent
758 statt bisher 7,3 Prozent zahlen. Dieser niedrigere Beitragssatz führte bis zu einem Einkommen
759 von 5.800 Euro im Monat zu deutlichen Einsparungen für die Versicherten.

760 Die Gesundheitsausgaben liegen seit 20 Jahren konstant bei zehn bis elf Prozent des
761 Bruttoinlandsprodukts – es gibt also keine Kostenexplosion. Die Beiträge der gesetzlichen
762 Krankenversicherung steigen nur aus einem Grund: Sie werden allein aus den Lohn- und
763 Gehaltsanteilen gezahlt, und diese sinken. Die am schnellsten wachsenden Einkommen –
764 Gewinne und Kapitalerträge – werden nicht herangezogen. Gut verdienende und gesündere
765 Versicherte wandern seit ihrer Einführung in die private Krankenversicherung ab.

- 766 • In die solidarische Gesundheitsversicherung (Solidarische Bürgerinnen- und
767 Bürgerversicherung) zahlen alle Menschen, die in Deutschland leben, mit allen
768 Einkommensarten solidarisch ein.
769 • Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen
770 Beitragsbemessungsgrenze wollen wir künftig gerecht mit dem gleichen Beitragssatz
771 in die solidarische Finanzierung einbeziehen.
772 • Die private Vollversicherung ist damit überflüssig und wird abgeschafft. Die private
773 Krankenversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt und den Beschäftigten der
774 Versicherungsunternehmen ein sozial verträglicher Übergang in die gesetzlichen
775 Krankenkassen ermöglicht.
776 • Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte der
777 Beiträge, bei Renten trägt die Rentenversicherung die Hälfte des Beitrags.

778

779

780 **Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte**

„Als meine Mutter aus dem Krankenhaus entlassen wurde, war nichts mehr, wie es vorher war. Plötzlich war sie auf Pflege und Betreuung angewiesen. Ich muss mir extra frei nehmen und riskiere meinen Job. Alles geht schnell, schnell, auch bei mir auf Arbeit im Pflegeheim. Für alles ist Geld da, nur für die wichtigsten Dinge nicht. Wie ergeht es da erst Leuten, die gar nicht wissen, wie Pflege funktioniert?“ Johanna, 42, Pflegehelferin in Kassel

781

782 Der Bundesregierung ist es nicht gelungen, die Pflegeversicherung so weiterzuentwickeln,
783 dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Die Pflegeversicherung ist eine
784 „Teilkaskoversicherung“ und zudem chronisch unterfinanziert. Sie gewährt Menschen mit
785 Pflegebedarf nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, welche die familiäre,
786 nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Pflege ergänzen soll. Die Betroffenen müssen auf ihr
787 Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Viele werden von der Sozialhilfe oder von der
788 Unterstützung ihrer Angehörigen abhängig. Diese wiederum sind oft überfordert und stark
789 belastet.

- 790
- Der seit 2009 vorliegende neue Pflegebegriff und das neue Begutachtungsverfahren
791 müssen endlich vom Gesetzgeber umgesetzt, kognitive und/oder psychische
792 Einschränkungen ebenso wie körperliche erfasst werden.
 - Das neue Begutachtungsverfahren muss auch eine Methode beinhalten, nach der die
793 Pflegebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt werden kann. Menschen
794 mit Demenzerkrankungen sind endlich angemessen in die Pflegeversicherung
795 einzubeziehen.
796

797 DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der
798 öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive,
799 menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung
800 organisieren und finanzieren. Schluss mit dem Teilkasko-Prinzip: Eine sozial gerechte
801 Pflegeversicherung muss perspektivisch alle nötigen Leistungen übernehmen.

802 Vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter –
803 übernehmen Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild, die
804 Erwerbsbiographien von Frauen ändern sich – und das ist gut so. Auch wollen
805 pflegebedürftige Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen gepflegt werden. Eine
806 selbstbestimmte Entscheidung über die Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht
807 möglich: Pflege hängt in zunehmendem Maße von der Größe des eigenen Geldbeutels ab.

- 808
- DIE LINKE fordert, die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist,
809 selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre
810 Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des
811 bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums ist dafür unerlässlich.
 - Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein.
812

813 Damit eine solche neue Pflege-Politik gelingt, muss das Leistungsniveau der
814 Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Das bietet den Betroffenen die
815 Möglichkeit, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen.

- 816 • Wir fordern, die mit fünf Euro im Monat geförderte private Pflegezusatzversicherung
817 („Pflege-Bahr“) zu stoppen. Der Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge ist
818 unsozial, volkswirtschaftlich unsinnig und benachteiligt Geringverdienende und
819 Menschen mit Behinderungen. Während Geringverdienende und Menschen mit einem
820 potenziellen Pflegerisiko sich die Zusatzversicherung nicht leisten können, ist es
821 Besserverdienenden und Gesunden möglich, auf günstigere, nicht geförderte Produkte
822 zurückzugreifen. Das führt am Ende zu einer Zwei-Klassen-Pflege, gegen die wir uns
823 entschieden wenden.

824 Gute Pflege hängt entscheidend von qualifizierten und engagierten Beschäftigten ab. Der
825 Alltag von Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter
826 Bezahlung geprägt. Darunter leiden alle Beteiligten: das Pflegepersonal und die zu pflegenden
827 Menschen sowie deren Angehörige. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die
828 gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt werden muss.

- 829 • Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet den finanziellen
830 Spielraum, Pflegekräfte besser zu bezahlen. Mini- und Midijobs in der Pflege müssen
831 in reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Damit
832 Lohndumping in der Pflege verhindert wird, ist als unterste Grenze ein
833 flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro einzuführen.
- 834 • Um die Qualität der Pflege zu sichern, fordert DIE LINKE bundesweite Standards über
835 eine qualitätsbezogene Personalbemessung. Bis dahin müssen Bund und Länder sich
836 gemeinsam das Ziel setzen, mindestens die Hälfte der Personalstellen mit Fachkräften
837 zu besetzen.
- 838 • Um die gleichberechtigte Teilhabe der Betroffenen in der Mitte unserer Gesellschaft zu
839 sichern, müssen kommunale Hilfestrukturen wie Pflegestützpunkte und Wohnberatung
840 ausgebaut werden.
- 841 • Die Pflegeausbildung ist zeitgemäß weiterzuentwickeln, um den Ansprüchen an eine
842 qualitativ hochwertige Versorgung gerecht zu werden und die Pflegeberufe attraktiver
843 zu machen. Dazu sollen die Pflegeberufe zu einer dreijährigen dualen Ausbildung
844 zusammengeführt werden. Einer zweijährigen Grundausbildung folgt die einjährige
845 Schwerpunktsetzung in allgemeiner Pflege, Kinderkrankenpflege oder Altenpflege.

846 847 **Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar**

848 Wenn in einer demokratischen Gesellschaft die finanzielle Hauptlast auf denen liegt, die am
849 wenigsten Einfluss haben, wenn Demokratie nicht bedeutet, dass alle zum Gemeinwesen
850 beitragen – dann ist etwas aus dem Gleichgewicht. Um das Gleichgewicht

851 wiederherzustellen, brauchen wir ein neues Modell: Die Wohlhabenden und die Unternehmen
852 müssen ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens, der öffentlichen Daseinsvorsorge
853 und der sozialen Dienste leisten. Oft wird behauptet, dass DIE LINKE vor allem Geld ausgeben
854 wolle. Tatsächlich ist DIE LINKE die einzige Partei, die ein durchgerechnetes Steuerkonzept
855 hat, das machbar und sozial gerecht ist. Wir setzen auf Umverteilung von oben nach unten,
856 von privat zu öffentlich und auf Umverteilung zugunsten eines zukunftsfähigen Wirtschafts-
857 und Gesellschaftsmodells, das sich an sozialen und ökologischen Bedürfnissen und
858 Interessen ausrichtet.

859 Der private Reichtum in Deutschland ist trotz Krise gewachsen – und infolge neoliberaler
860 Politik immer ungerechter verteilt: Die obersten zehn Prozent verfügen über mehr als die
861 Hälfte aller Vermögen, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt fast gar nichts. Das ist nicht
862 akzeptabel.

863

864 *Umverteilen für soziale Gerechtigkeit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau*

865 Der private Reichtum nimmt zu, auch weil die Steuern für Reiche und für Unternehmen vor
866 rund zehn Jahren von SPD und Grünen drastisch gesenkt wurden. Wer viel hat, erhält
867 zahlreiche Möglichkeiten, das Vermögen weiter zu vermehren und sich der Finanzierung des
868 Gemeinwohls zu entziehen. Wer wenig hat, muss viel und mehrfach bezahlen – beispielsweise
869 aufgrund der Privatisierung öffentlichen Eigentums und des Rückbaus sozialer
870 Sicherungssysteme. Hohe Vermögen, Spitzeneinkommen, Kapitalgewinne,
871 Finanztransaktionen und große Erbschaften müssen stärker beziehungsweise überhaupt
872 besteuert werden.

- 873 • Wir fordern, eine Millionärsteuer – also eine Vermögensteuer für Millionäre –
874 einzuführen. Dabei bleibt die erste Million des Vermögens steuerfrei. Danach wird ein
875 Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben. Für
876 betriebsnotwendiges Sachvermögen von Einzelunternehmerinnen und
877 Einzelunternehmern und Personenunternehmen gilt ein erhöhter Freibetrag von zwei
878 Millionen Euro. Für ein privates Geld- bzw. Immobilienvermögen von zwei Millionen
879 Euro müssten zum Beispiel 50.000 Euro Steuern im Jahr bezahlt werden. Jährliche
880 Mehreinnahmen: 80 Milliarden Euro
- 881 • Große Erbschaften werden in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten viel zu
882 gering besteuert. Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen
883 wir die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Normales
884 selbstgenutztes Wohneigentum und sonstige kleinere Immobilien bleiben von der
885 Erbschaftsteuer verschont. Die zur Sicherung von Arbeitsplätzen unnötigen, nur dem
886 Erhalt von privaten Multimillionenvermögen dienenden Begünstigungen von
887 Unternehmenserben wollen wir abschaffen. Jährliche Mehreinnahmen: 7 Milliarden
888 Euro
- 889 • Die Unternehmenssteuern wurden in den letzten Jahren massiv gesenkt. Die

890 Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. DIE LINKE setzt sich
891 für eine europaweite Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung zur
892 Verhinderung von Steuerwettbewerb ein. Die Befreiung von Veräußerungsgewinnen
893 wollen wir zurücknehmen. Jährliche Mehreinnahmen: 35 Milliarden Euro
894 • Die „Mövenpicksteuer“ (ermäßigter Umsatzsteuersatz für Hotels und
895 Beherbergungsleistungen) muss zurückgenommen werden. Jährliche
896 Mehreinnahmen: 1 Milliarde Euro
897 • Der Steuervollzug auf Länderebene muss verbessert, insbesondere muss mehr
898 Fachpersonal eingestellt und der Steuervollzug bundesweit vereinheitlicht werden. Um
899 Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wirksamer bekämpfen zu
900 können, tritt DIE LINKE zusätzlich für den Aufbau einer Bundesfinanzpolizei ein. Es ist
901 realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von
902 Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr
903 einzunehmen.

904 Unberechtigte Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Industrie bei Ökosteuer und
905 Energieabgaben müssen abgeschafft werden. Ökologisch kontraproduktive Vergünstigungen
906 und Subventionen sollen u. a. durch die Einführung einer Kerosinsteuer, die Umgestaltung
907 des Dienst- und Firmenwagenprivilegs sowie der Kfz-Steuer abgeschafft werden.
908

909 *Verursacher der Krise zur Kasse*

910 Während in der Krise die Reichsten der Gesellschaft ihr Vermögen deutlich vermehren
911 konnten, trägt der Großteil der Bevölkerung die Lasten der Krise. Die Ursachen der Krise
912 werden nicht beseitigt, sie werden nicht einmal benannt: Es gibt viel zu viel privates Kapital,
913 für das Investmentbanker händeringend profitträchtige Anlagen suchen – auf den
914 Finanzmärkten und in der Spekulation.

915 • In Deutschland und in allen EU-Staaten soll eine einmalige Abgabe auf große
916 Vermögen erhoben werden. Damit sollen die durch Bankenrettungen und Finanzkrise
917 entstandenen höheren Staatsschulden zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der
918 öffentlichen Hand verbessert werden. Für Deutschland fordert DIE LINKE eine
919 einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 10 Prozent ab einem persönlichen
920 Freibetrag von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro), 20
921 Prozent ab 10 Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. Die Mehreinnahmen
922 betragen dann einmalig mindestens 300 Milliarden Euro.
923 • Mit einer Finanztransaktionsteuer wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten
924 eindämmen und die Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen. Zudem fordern
925 wir, dass die eingenommenen Gelder zu gleichen Teilen für eine nachhaltige
926 Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie
927 für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits genutzt
928 werden. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden.

929 Jährliche Mehreinnahmen in Deutschland: mindestens 30 Milliarden Euro

930

931 *Endlich Steuergerechtigkeit herstellen – kleinere und mittlere Einkommen entlasten*

932 Nicht nur die Vermögen und der private Reichtum haben sich ungleich entwickelt, auch die
933 Schere der Einkommen hat sich weiter geöffnet. DIE LINKE will eine Reform der
934 Einkommensteuer, die sich von folgendem Grundsatz leiten lässt:

935 Wer weniger als 6.000 Euro im Monat Einkommen hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer
936 über ein höheres Einkommen verfügt, wird belastet.

937 Im Einzelnen gilt Folgendes:

- 938 • Indem der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöht wird, werden auf Bruttolöhne bis
939 1.000 Euro im Monat keine Steuern mehr fällig. Der Tarifverlauf der Einkommensteuer
940 wird geglättet. Das bedeutet konkret: Bei einem monatlichen Verdienst in Höhe von
941 2.500 Euro müssen rund 85 Euro weniger Steuern gezahlt werden. Der
942 Spitzensteuersatz dagegen soll ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000
943 Euro pro Jahr wieder auf 53 Prozent (wie unter der Kohl-Regierung) erhöht werden.
- 944 • Sehr hohe Einkommen wollen wir besonders besteuern: Jeder Euro, der – nach Abzug
945 der Sozialversicherungsbeiträge – über einer Million Einkommen liegt, soll mit 75
946 Prozent besteuert werden (Reichensteuer).
- 947 • DIE LINKE will die Abgeltungsteuer abschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen
948 wieder gemäß dem individuellen Einkommensteuersatz besteuern.
- 949 • Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Stattdessen wollen wir eine
950 individuelle Besteuerung einführen. Damit Lebensgemeinschaften mit Kindern nicht
951 schlechter gestellt werden, wollen wir die Einsparungen nutzen, um das
952 Zusammenleben mit Kindern zu fördern.

953

954 *Für starke Kommunen und eine bessere öffentliche Infrastruktur*

955 Die derzeitige soziale Ungleichheit ist so gravierend, dass sie die gesamte Gesellschaft
956 blockiert und eine positive Entwicklung bremst. Zukunftsinvestitionen – beispielsweise in eine
957 sozial-ökologische Energiewende, in eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle
958 oder in ein gerechtes Bildungssystem – können nicht finanziert werden. Eine gerechte
959 Gesellschaft ist für alle besser. Die Kommunen benötigen endlich wieder ausreichend
960 Finanzmittel. Wir wollen Städte und Gemeinden mit – und nicht ohne – Bibliotheken, Kitas,
961 Schwimmbäder, Theater und Kulturzentren.

962 DIE LINKE will die bisherige Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellen und in eine
963 Gemeindefiskussteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage ausgeweitet
964 (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren) und der Kreis der
965 Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbständigen und Freiberuflerinnen und
966 Freiberufler). Der Freibetrag wird auf 30.000 Euro angehoben und die festgesetzte Steuer bei
967 der Einkommensteuer berücksichtigt. In diese Reform einbegriffen ist die Abschaffung der
968 Gewerbesteuerumlage, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für
969 die Kommunen: 15 Milliarden Euro

970 *Unterm Strich:*

971 Das Steuerkonzept der LINKEN führt zu jährlichen Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte
972 von insgesamt 180 Milliarden Euro. Damit sind unsere Forderungen gegenfinanziert. Mit der
973 Vermögensabgabe werden zur Rückführung der Staatsschulden aufgrund von
974 Bankenrettungen und Finanzkrise einmalig 300 Milliarden Euro eingenommen.

975

976 **Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen**

977 Zum „Wohl der Allgemeinheit“ zu handeln, gilt als Aufgabe von Politik und Staat. Was aber als
978 Allgemeinwohl verstanden wird und wie ihm am besten zu dienen ist, ist Gegenstand und
979 Ergebnis der demokratischen Diskussionen, von sozialen Konflikten und Kämpfen. Wer
980 verfügt über den gesellschaftlichen Reichtum? Wer bestimmt, was, wann, wie, wo und in
981 welchem Umfang produziert wird? Und wem steht es zur Verfügung? Diese Fragen betreffen
982 den Kern der Demokratie.

983 Der Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge muss von
984 Anstrengungen begleitet sein, den Staat zu demokratisieren. Es muss mehr Partizipation und
985 Transparenz geben. Partizipation heißt nicht nur, mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen
986 wirksam beeinflussen zu können. Das heißt auch, dass zum Beispiel bei der Planung von
987 Infrastrukturprojekten nicht nur über das „Wie“, sondern auch über das „Ob“ entschieden
988 werden kann.

989 Auf allen politischen Ebenen, insbesondere in der Kommune, sollten Menschen auch in
990 Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der
991 Bildung sowie der Gestaltung der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden
992 können: durch partizipative Haushalte und Planungsprozesse bis hin zu regionalen Räten für
993 eine sozial-ökologische Strukturpolitik, die Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen
994 umfasst. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich nach unserer Auffassung in einem
995 öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen. Nur diese Art von
996 Reichtum kommt allen zugute und bildet die Grundlage für ein demokratisches Miteinander.
997 Ohne leistungsfähiges öffentliches Eigentum, ohne staatliches, kommunales, regionales, aber

998 auch genossenschaftliches oder gemeinschaftliches Eigentum kann eine Demokratie nicht
999 funktionieren.

- 1000 • DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher
1001 Unternehmen mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen
1002 kontrollieren können; sie müssen an Entscheidungen und an der Gestaltung ihres
1003 Lebensumfeldes beteiligt sein.
- 1004 • Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und
1005 Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden. Die
1006 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen ausgeweitet werden. Leiharbeit,
1007 Privatisierungen oder Dienst- und Werkverträge untergraben grundlegende Rechte der
1008 Beschäftigten und deren Mitbestimmung. Um diese Beschäftigten zu schützen,
1009 müssen nicht nur solche Arbeitsformen bekämpft werden: DIE LINKE tritt dafür ein,
1010 dass das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle Menschen gilt, die für
1011 eine Dienststelle tätig sind.

1012 In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft:
1013 Wohnungen, Krankenhäuser, Stromerzeuger, Verkehrs- und Wasserbetriebe, Rathäuser,
1014 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Es wurde versprochen: Die Privatisierung macht
1015 alles besser. Nachweisbar ist das Gegenteil eingetreten. Bürgerinnen und Bürger und
1016 Kommunen müssen oft für schlechtere Leistungen mehr und teuer bezahlen. Privatisierung
1017 bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für private Vorsorge, Arztbesuche,
1018 Zahnersatz, Schwimmbad, Musikschule. Diese Regel ist ebenso primitiv wie unbarmherzig:
1019 Wer zahlen kann, kann teilhaben. Wer zu wenig Geld hat, ist außen vor. Die Reichen grenzen
1020 sich ab und haben schon längst ihre eigene Welt gegründet.

1021 Die Regierung verweist auf die Staatsschulden. Angeblich könnten „wir“ uns das Öffentliche
1022 nicht mehr leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden
1023 hinterlassen. Wir stellen dagegen fest: Gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel dürfen
1024 wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überantworten. Denn: Wo Daseinsvorsorge in privater
1025 Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund,
1026 sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen. Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft
1027 werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie, Nahverkehr bis zur Bildung zerstört.

- 1028 • Wir stehen für ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen
1029 Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
- 1030 • Alle müssen öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, unabhängig davon,
1031 wo sie wohnen.
- 1032 • Öffentliche Dienstleistungen müssen für jeden erschwinglich, diskriminierungs- und
1033 barrierefrei sein.
- 1034 • Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

1035 Privatisierungen werden von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Bürgerentscheide wie

1036 beispielsweise in Leipzig, Düsseldorf oder in Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen
1037 Privatisierungen wächst. Auch die Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen
1038 der Privatisierung zu kämpfen. Die Finanzkrise offenbart schonungslos, wie risikoreich
1039 grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder undurchsichtige
1040 Zinsgeschäfte sind. Diese finanziellen Bruchlandungen werden ebenso wie die teurer
1041 werdenden Kredite die Kommunalhaushalte auf Jahre hinaus erheblich belasten. Etliche
1042 Privatisierungen sind rückgängig gemacht und Einrichtungen der öffentlichen
1043 Daseinsvorsorge erfolgreich wieder kommunalisiert worden. Nicht selten haben dabei
1044 Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide eine entscheidende Rolle gespielt.

1045 DIE LINKE setzt auf Privatisierungsbremse statt Schuldenbremse. Wir werden uns an keiner
1046 Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.

- 1047 • Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt
1048 wird wie Public-Private-Partnership-Projekte.
- 1049 • Es muss wieder Regel werden: Öffentliche Einrichtungen werden in öffentlicher
1050 Verantwortung betrieben.
- 1051 • Bürger- und Volksentscheide zu Privatisierungen sind in der Vergangenheit häufig
1052 zugunsten des öffentlichen Eigentums ausgegangen.
- 1053 • Wir wollen, dass Wasser und andere Güter der Daseinsvorsorge unverkäuflich sind. Bis
1054 das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und
1055 Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden. DIE LINKE kämpft auch auf EU-Ebene
1056 gegen Privatisierungsdruck und Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung. Wir
1057 wenden uns aktuell gegen solche Vorstöße bei der Wasserversorgung und
1058 Abwasserbeseitigung, die aus geplanten Änderungen der Dienstleistungsrichtlinie und
1059 der Konzessionsrichtlinie der EU folgen können. Wir unterstützen deshalb das
1060 Europäische Bürgerbegehren „Wasser ist ein Menschenrecht“.
- 1061 • Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen
1062 die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnen, Bildung,
1063 Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, öffentlichen Personennahverkehr, Fernverkehr
1064 und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren.
- 1065 • Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nichtkommerzielle
1066 Trägerschaften überführen.
- 1067 • Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am
1068 gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es wird kein Personal
1069 mehr abgebaut. Verwaltungen werden entsprechend dort umgebaut, wo der Bedarf
1070 sich geändert hat.
- 1071 • Der öffentliche Dienst ist Vorbild in Sachen Ausbildung. Der Anteil von Beschäftigten
1072 mit Migrationshintergrund soll erhöht werden, auch um dort, wo es den Bedarf gibt,
1073 die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.
- 1074 • Die Beschäftigten in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen
1075 müssen Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können, also an Entscheidungen in

- 1076 den Einrichtungen und Unternehmen direkt beteiligt werden.
- 1077 Öffentliches Eigentum zu privatisieren, bedeutet den Verlust an Transparenz, öffentlicher
1078 Einflussnahme und Mitentscheidung an der Entwicklung kommunaler Dienstleistungen sowie
1079 an öffentlicher Kontrolle. Nur öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die
1080 Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger
1081 sowie Beschäftigte. Öffentliches Eigentum und Bürgerbeteiligung gehören zusammen.
1082 Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Es
1083 muss öffentlich diskutiert werden, welche Aufgaben und Angebote in öffentlicher
1084 Verantwortung erledigt und hergestellt werden.
- 1085 Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch
1086 gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Den Unternehmen müssen die Ziele des
1087 Wirtschaftens und ein klar definierter Handlungsrahmen durch die Parlamente vorgegeben
1088 werden. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Der
1089 Finanzsektor muss demokratisch kontrolliert werden. In Zukunft sollen alle Banken dem
1090 Gemeinwohl dienen. Deshalb ist es geboten, die privaten Großbanken zu vergesellschaften.
1091 Denn gerade sie sind es, die mit ihrer Macht Staaten erpressen und gegeneinander
1092 ausspielen. Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört ebenso auf die Tagesordnung. Wer den
1093 Unternehmen und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies
1094 erleben wir jetzt täglich. Jedes einzelne Unternehmen muss bei seinen Entscheidungen der
1095 Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht werden.
- 1096 Wir wollen private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle
1097 unterwerfen und strikt regulieren, den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand
1098 überführen und – entsprechend den Sparkassen – auf das Gemeinwohl verpflichten (vgl.
1099 Kapitel II).
- 1100 Die Wirtschaft wollen wir demokratisieren: Belegschaften sollen sich an den großen
1101 Unternehmen beteiligen können; staatliche Hilfen werden nur im Tausch gegen
1102 entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben;
1103 Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sind mit demokratischer Kontrolle und mehr
1104 Mitbestimmung zu verbinden. Um solidarische Ökonomie zu unterstützen, müssen
1105 Genossenschaften stärker gefördert werden, auch mit dem Instrument der
1106 Arbeitsmarktpolitik.
- 1107 In verschiedenen sozialen Bewegungen, besonders im globalen Süden, hat sich das Konzept
1108 der „Commons“, der Gemeingüter, verbreitet. Freie Software, die nicht für den Markt
1109 entwickelt und verbreitet wird, hat diese Diskussion weiter befördert: Computer, Internet,
1110 Digitalisierung spielen im Leben von immer mehr Menschen eine große Rolle. „Commons“
1111 meint häufig „Ressourcen“ wie Land, Wohnen, Wasser, auch nicht materielle Güter wie
1112 Wissen und Information. Im Vordergrund steht, dass die Güter gemeinschaftlich genutzt
1113 werden. Sie werden nicht besessen und nicht im freien Wettbewerb (auf)gebraucht – und wie

1114 sie genutzt werden, darf nicht nach Regeln verlaufen, die von Konzernen diktiert werden. Wir
1115 wollen weiter diskutieren, wie Formen von bedarfsorientierter, demokratisch organisierter
1116 und solidarischer Produktion und Nutzung unterstützt werden können und welche Bedeutung
1117 den „Commons“ und der Gemeingüterwirtschaft dabei zukommt.

1118

1119 **Für bezahlbare Mieten und sozialen Wohnungsbau: Spekulation mit Wohnraum**
1120 **stoppen**

1121 Wohnungen sind zu einem beliebten Objekt für Finanzspekulation geworden. In den
1122 Metropolen kämpfen Initiativen gegen „Gentrifizierung“, gegen die Verdrängung
1123 einkommensschwacher Anwohnerinnen und Anwohner aus ihren Stadtteilen. Sie kämpfen
1124 dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und Zweckentfremdung
1125 vernichtet werden und dass massenhaft Wohnungen und Gewerberäume aus spekulativen
1126 oder subventionsbedingten Gründen leer stehen.

1127 Mieterinnen und Mieter werden aus ihren Wohnungen vertrieben, um diese nach Sanierung
1128 mit hoher Rendite zu vermarkten. Gerade in den Ballungsräumen steigen die Mieten rasant.
1129 Viele können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und
1130 Heizung nicht mehr leisten. Hartz-IV-Betroffene werden zum Umzug gezwungen. Die
1131 Bevölkerung ganzer Quartiere wird ausgewechselt. Maklerfirmen suchen sich mit halb legalen
1132 und illegalen Methoden die lukrativsten Bewerber unter den Wohnungssuchenden. Der
1133 Deutsche Mieterbund spricht von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in Ballungsräumen, der
1134 soziale Wohnungsbau ist faktisch zum Erliegen gekommen. Der Staat hat sich aus der
1135 Lenkungsfunktion für eine sozial orientierte Wohnungsversorgung völlig zurückgezogen und
1136 beschränkt sich nur noch auf Subventionsgeschenke für die Bau- und Immobilienwirtschaft.

1137 Wohnen ist zu einem Feld sozialer Auseinandersetzungen, die Wohnungsfrage eine zentrale
1138 soziale Frage geworden. Die Finanzkrise verschärft diese Entwicklung; sichere Anlagen sind
1139 gefragt. Finanzinvestoren kaufen in großem Stil Wohnungen auf, um sie dann mit maximaler
1140 Rendite zu betreiben. Gleichzeitig stehen in strukturschwachen Regionen, insbesondere in
1141 Ostdeutschland, viele Wohnungen leer. Die anhaltende Belastung mit Altschulden und das
1142 Auslaufen von Stadtumbauprogrammen erschweren eine soziale Stadtentwicklung.

1143 Der Rückzug des Staates aus einer sozial steuernden Wohnungspolitik und die Liberalisierung
1144 des Wohnungsmarktes führen zu einem dramatischen Rückgang von bezahlbarem Wohnraum.
1145 Barrierefreier bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden. Der Wohnungsneubau ist innerhalb
1146 der vergangenen 20 Jahre auf ein Drittel geschrumpft.

1147 Kommunale Wohnungsbestände werden privatisiert. Mietwohnungen werden massenhaft in
1148 Eigentumswohnungen umgewandelt und als Ferienwohnungen oder für sonstige Nutzungen
1149 zweckentfremdet. Zahlreiche Wohnungen und als Wohnraum nutzbare Gewerbeimmobilien
1150 stehen aus spekulativen Gründen leer.

1151 Da die Rechte der Mieter abgebaut wurden, können die Mieten von den Eigentümern in die
1152 Höhe getrieben werden. Wir wollen die Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken. Ihre
1153 Interessen müssen im Vordergrund stehen, nicht Marktgesetze und Rendite.

1154 Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Das Recht auf Wohnen ist im
1155 Grundgesetz zu verankern. Wir unterstützen die Kommunen beim Aufbau
1156 wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe, die nicht profitierorientiert, sondern
1157 gemeinwohlorientiert agieren, die öffentlich kontrollierbar sind und unmittelbar Einfluss auf
1158 gute Wohnqualität zu niedrigen Mieten nehmen. Hierzu fordern wir einen
1159 Rekommunalisierungsfonds als Bundesprogramm, damit die Gemeinden ehemals privatisierte
1160 Wohnungsbestände wieder zurückerwerben können. Um dies zu erleichtern, sollen die
1161 Gemeinden ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht für diese und andere Mietwohnungen
1162 erhalten. Wir unterstützen die Demokratisierung von Wohnungsgenossenschaften und wollen
1163 das Genossenschaftsrecht entsprechend ändern, damit die Genossenschaftsmitglieder mehr
1164 Mitsprache erhalten und über die Höhe der Miete sowie über Investitionen und
1165 Modernisierungen selbst entscheiden können. Die Geschäftsprozesse und Geldströme der
1166 Genossenschaften müssen gegenüber ihren Mitgliedern vollständig offengelegt werden.

1167 Der soziale Wohnungsbau muss wiederbelebt und neu ausgerichtet werden. Er soll
1168 öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Die Fördermittel dafür müssen
1169 dauerhaft erhöht und dürfen nicht am privaten Kapitalmarkt refinanziert werden.
1170 Privatinvestoren, die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, wollen wir zum anteiligen
1171 Bau von Sozialwohnungen verpflichten. Die Mietpreisbindung muss unbefristet sein.

- 1172 • Mindestens 150 000 Mietwohnungen mit Sozialbindung müssen jährlich entstehen.
1173 Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese bedarfsgerecht, barrierefrei und
1174 energieeffizient geplant werden.
- 1175 • Die mieterfeindlichen Regelungen der jüngsten Mietrechtsreform müssen
1176 zurückgenommen werden.
- 1177 • Grundstücke öffentlicher Eigentümer dürfen nur in Erbpacht und bevorzugt an dem
1178 Gemeinwohl verpflichtete Wohnungsunternehmen vergeben werden.
- 1179 • Wir wollen die Mieten deckeln: Der Mietspiegel muss flächendeckend eingeführt
1180 werden und sich an allen Bestandsmieten orientieren, nicht nur an den Abschlüssen
1181 der letzten Jahre. Die Kommunen erhalten das Recht, auf der Grundlage dieser
1182 Mietspiegel Höchstmieten festzulegen, um den Preisanstieg zu stoppen. Die
1183 Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen darf ohne maßgebliche
1184 Wohnwertverbesserung grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches
1185 maximal bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden.
1186 Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig.
- 1187 • Wir wollen erreichen, dass auch Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen
1188 nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für angemessenen Wohnraum
1189 ausgeben müssen.

1190 Wir wollen die Spekulation mit Wohnungen bekämpfen.

- 1191 • Die steuerbegünstigte Veräußerung von Wohngebäuden ist abzuschaffen.
1192 Wohnungsverkäufe im Rahmen von Firmenverkäufen sind steuerlich den privaten
1193 Wohnungsverkäufen gleichzusetzen. Für Wohnungsbestände, die mit öffentlichen
1194 Mitteln gebaut worden sind, sollen die Kommunen ein gesetzlich geregeltes
1195 Vorkaufsrecht erhalten. Ansonsten soll für gewerbliche Wohnungsverkäufe eine
1196 Haltefrist gelten, um Spekulationsgeschäften vorzubeugen.
- 1197 • Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die
1198 Zweckentfremdung von Mietwohnungen wollen wir stoppen. Kommunen müssen die
1199 Möglichkeit erhalten, dies auf dem Verordnungsweg zu verbieten.
- 1200 • Leerstand zu Wohnraum. Der massenhafte Leerstand von Wohn- und Gewerberäumen
1201 ist durch Nutzung bzw. Umnutzung zu beseitigen. In Gebieten mit hoher
1202 Wohnungsnachfrage wie in Universitätsstädten sind in leerstehenden Immobilien
1203 vorrangig Wohnräume zu schaffen. Hierzu sollen die Kommunen nach einer
1204 Leerstandsfrist von 6 Monaten die Möglichkeit erhalten, die Leerstandsräume für
1205 Wohnzwecke herzurichten und zu belegen. Für die Kontrolle, Ahndung und Beseitigung
1206 von Leerstand sind den Kommunen ausreichende Personalmittel zur Verfügung zu
1207 stellen. Leerstand aus spekulativen Gründen wollen wir unterbinden. Die steuerliche
1208 Absetzbarkeit von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung aufgrund von Leerstand
1209 gehört abgeschafft.
- 1210 • Maklerprovisionen sind grundsätzlich vom Auftraggeber zu tragen. Wenn ein
1211 Vermieter einen Makler beauftragt, dann dürfen die Kosten nicht auf die Mieter
1212 umgelegt werden.
- 1213 • Wir wollen Modernisierungen mieterfreundlich gestalten: Die Umlage für Sanierung
1214 und energetische Modernisierung ist deshalb von elf auf fünf Prozent zu reduzieren
1215 und nach einer Frist von 20 Jahren zurückzunehmen.
- 1216 • Die energetische Gebäudesanierung muss öffentlich gefördert werden, damit sie nicht
1217 einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht.
- 1218 • Die entsprechende Bundesförderung ist bedarfsgerecht aufzustocken (5 Milliarden).
1219 Die Mieterinnen und Mieter dürfen nach den baulichen Eingriffen nicht mehr Miete
1220 zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen (Warmmietenneutralität).

1221 Menschen, die Transferleistungen erhalten oder geringes Einkommen erzielen, dürfen aus
1222 ihren Wohnungen nicht verdrängt werden:

- 1223 • Zwangsumzüge sind auszuschließen. Die Übernahme von Kosten der Unterkunft muss
1224 den Mieten entsprechen, die in einfachen und mittleren Wohnlagen verlangt werden.
- 1225 • Das Wohngeld muss individualisiert und auf die Bruttowarmmiete bezogen werden,
1226 die regionalen Wohngeldtabellen sollen überprüft und angepasst werden. Heizkosten
1227 müssen wieder im Wohngeld enthalten sein.

- 1228 • Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind bei den Altschulden zu entlasten. Der
1229 Stadtumbau Ost ist vom Bund weiterhin zu unterstützen und muss die
1230 **Qualitätsverbesserung der Wohnungen zum Ziel haben**

1231 **Bildung ist keine Ware. Gute Bildung für alle**

1232 Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit
1233 zu sorgen. Oft wird angenommen, mittels mehr Bildung könnten soziale Missstände bekämpft
1234 werden. Doch das Bildungssystem erhält die Klassenstrukturen der Gesellschaft, statt sie
1235 aufzubrechen. Es zementiert Privilegien und soziale Ausgrenzung, statt sie zu überwinden. In
1236 kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über die
1237 Bildungslaufbahn wie in Deutschland.

1238 Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht. Bildung trägt dazu bei, dass Menschen ihr
1239 Leben selbstbewusst, selbstbestimmt und selbständig gestalten und gesellschaftliche
1240 Zustände kritisch bewerten und verändern können. Deshalb muss jedem Menschen der
1241 Zugang zu Bildung ermöglicht werden – ein Leben lang. Niemand darf ausgegrenzt werden,
1242 Bildungsbarrieren müssen abgebaut, Nachteile ausgeglichen werden. Gleicher Zugang zu
1243 Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe und
1244 soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen ein inklusives Bildungssystem, das darauf ausgerichtet
1245 ist, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihren sozialen und
1246 persönlichen Voraussetzungen den bestmöglichen Lernfortschritt zu ermöglichen:

- 1247 • Dafür ist es erforderlich, allen Kindern von Anfang an ganztägig das gemeinsame
1248 Lernen mit anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen.
1249 • Dazu muss die frühe Zuteilung von Bildungschancen durch ein gliederndes
1250 Schulsystem überwunden werden.
1251 • Dazu müssen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.
1252 • Dazu muss der Zugang zu höherer Bildung, also auch zum Studium bis zum Master, für
1253 alle erleichtert werden.

1254 Bildung muss als öffentliche Aufgabe auch öffentlich finanziert werden und demokratisch
1255 organisiert sein. Wir lehnen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Bildung ab
1256 und wollen nicht, dass Bildungsinhalte und Bildungsziele einseitig nach wirtschaftlicher
1257 Verwertbarkeit bestimmt werden.

- 1258 • Gute Bildung kostet Geld. In Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und in
1259 der Aus- und Weiterbildung fehlt es an allen Ecken und Enden. Wir fordern eine
1260 sofortige Aufstockung der öffentlichen Bildungsausgaben.

- 1261 • Gute Bildung für alle zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern.
1262 Nur wenn sie an einem Strang ziehen, können notwendige Reformen angegangen und
1263 die nötigen Finanzmittel aufgebracht werden. Doch das ist im Moment verboten. SPD

- 1264 und Union haben 2006 ein Kooperationsverbot für Bund und Länder in der Bildung
1265 verhängt. Das muss umgehend wieder rückgängig gemacht und eine
1266 Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden.
- 1267 • Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir kämpfen für die Abschaffung von
1268 jeglichen Gebühren im öffentlichen Bildungssystem.
 - 1269 • Damit Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte gut arbeiten können, müssen die
1270 Rahmenbedingungen stimmen. Wir kämpfen für eine größere Wertschätzung für die
1271 Bildungsberufe. Das betrifft auch die Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern,
1272 Lehrenden in Aus- und Weiterbildung und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und
1273 Mitarbeitern an den Hochschulen. Wir kämpfen dafür, dass der branchenspezifische
1274 Mindestlohn in der Weiterbildung erhöht wird, und wollen, dass die Vergabe der
1275 Arbeitsagenturen in der beruflichen Weiterbildung die Qualität von Bildung und eine
1276 gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellt.
 - 1277 • Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder
1278 Universitäten werben dürfen. An allen Universitäten soll mit einer Zivilklausel
1279 militärische Forschung ausgeschlossen werden.
- 1280

1281 *Eine Schule für alle*

1282 Wir wollen das gegliederte Schulsystem überwinden. Die Gemeinschaftsschule (Eine Schule
1283 für alle) soll zur Regelschule werden, in der alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen.
1284 Kinder werden hier nicht nach ihrer vermeintlichen Leistungsfähigkeit sortiert und aussortiert.
1285 Gemeinschaftsschulen sind inklusive Ganztagschulen mit kleineren Lerngruppen und mehr
1286 Lehrerinnen und Lehrern, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und anderen
1287 pädagogischen Fachkräften.

1288 Kurz gefasst wollen wir mehr Ganztagschulen, kleinere Klassen und mehr Lehrerinnen und
1289 Lehrer.

1290 Unser Bildungssystem benachteiligt Migrantinnen und Migranten in besonderer Weise. Dies
1291 muss beendet werden. Das Bildungssystem muss so verändert werden, dass eine Vielfalt der
1292 Herkunft und des kulturellen Hintergrundes als Chance begriffen werden kann. Besondere
1293 Fähigkeiten wie Zweisprachigkeit müssen gezielt gefördert werden, um schlechtere
1294 Startchancen auszugleichen.

- 1295 • Wir wollen, dass an allen Schulen die Bedingungen für inklusive Bildung geschaffen
1296 werden. Kein Kind soll mehr auf eine Förderschule abgeschoben werden. Dazu muss
1297 der Bund seine Verantwortung finanziell und inhaltlich besser wahrnehmen.
- 1298 • Wir fordern von der Bundesregierung wirksame Initiativen zur Angleichung der
1299 Lehrerausbildung zwischen den Ländern. DIE LINKE steht für eine
1300 schulformunabhängige Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarstufe.
- 1301 • Wir wollen, dass an allen Schulen Schulsozialarbeit gesichert wird. Dazu müssen auf

1302 der Bundesebene die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen
1303 werden, und es muss eine dauerhafte Bundesbeteiligung bei der Finanzierung
1304 sichergestellt werden.

- 1305 • Wir setzen uns für Lehr- und Lernmittelfreiheit ein sowie für einen kostenlosen Zugang
1306 und offenen Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln. Dazu kann unter anderem
1307 der Aufbau von „Open Educational Resources“ (OER), also den gemeinschaftlich und
1308 selbstbestimmt von Pädagogen/innen, Schüler/innen und Studierenden erstellten
1309 und frei nachnutzbaren Lehr- und Lernmaterialien einen Beitrag leisten. DIE LINKE
1310 setzt sich deshalb für ein Förderprogramm des Bundes ein, dass OER-Pilotprojekte
1311 finanziert, koordiniert und die Konzeptionierung wissenschaftlich begleitet.

1312

1313 *Gute Ausbildung und gute Weiterbildung*

1314 Eine gute berufliche Ausbildung meint eine umfassende und moderne Ausbildung mit hoher
1315 Qualität. Sie dient allen jungen Menschen, ihre eigenen Interessen, Neigungen und
1316 Fähigkeiten zu verwirklichen und zu erweitern. Wir wollen ihr Recht auf ein selbstbestimmtes
1317 Leben und berufliche Teilhabe an der Gesellschaft garantieren.

- 1318 • Die berufliche Erstausbildung soll für alle Ausbildungsformen gebührenfrei sein.
1319 Ausbildungsgebühren gehören abgeschafft.
- 1320 • Es muss eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden, die
1321 Ausbildungsrahmenbedingungen müssen tarifvertraglich geregelt werden, und es
1322 besteht Sozialversicherungspflicht. Perspektivisch muss die Ausbildungsvergütung ein
1323 selbständiges Leben ermöglichen.
- 1324 • Unternehmen, die nicht ausbilden, wollen wir mit einer Umlage belegen, mit der wir
1325 die Unternehmen unterstützen, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur
1326 Ausbildung nachkommen. Damit soll ein auswahlfähiges Angebot an betrieblichen
1327 Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden.
- 1328 • Menschen, die bisher von einer Ausbildung ausgeschlossen waren, müssen
1329 unterstützt werden, damit sie einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können.
1330 DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm, das die nötigen Rahmenbedingungen sowie die
1331 notwendigen Ressourcen bereitstellt.
- 1332 • Nach wie vor ist die Berufswahl von Frauen und Männern stark geschlechtsspezifisch
1333 geprägt. Deshalb wollen wir Betriebe, die Frauen in nicht frauentypischen Berufen
1334 ausbilden, gezielt fördern.
- 1335 • Auch Betriebe, die verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden, ihr
1336 Ausbildungsangebot inklusiv ausgestalten und diejenigen integrieren, die seit Jahren
1337 von Ausbildung ausgegrenzt sind, wollen wir gezielt fördern.
- 1338 • Die Beschäftigten sollen die Möglichkeit zur regelmäßigen beruflichen Weiterbildung
1339 haben – für die persönliche Entwicklung des Einzelnen ebenso wie für die nachhaltige
1340 Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben.

- 1341 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten
1342 in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds eingerichtet
1343 werden, in die Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen. Wir
1344 setzen uns für ein Bundesweiterbildungsgesetz ein, das Weiterbildung als öffentliche
1345 Aufgabe definiert und einen Rechtsanspruch sichert. Wir unterstützen Initiativen für
1346 einen Bildungsurlaub für alle Beschäftigten in den Bundesländern.
- 1347 • Die prekäre Beschäftigung in der Weiterbildungsbranche muss zurückgedrängt
1348 werden.
1349

1350 *Hochschulen jenseits des Marktes*

1351 Hochschulen sind zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet
1352 worden. Die finanzielle Ausstattung wird an marktförmige Kriterien gebunden. Direkte
1353 privatwirtschaftliche Einflussnahme auf die Lehre und Forschungs Kooperationen mit
1354 Großkonzernen nehmen zu. Gleichzeitig fehlen Studienplätze, Hörsäle, Lehrende, universitäre
1355 Infrastruktur und Wohnraum für Studierende. Die Einführung von Bachelor und Master im
1356 Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengänge zusätzlich verschult: Studieren wird von
1357 Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

- 1358 • Wir wollen eine grundlegende Reform des Bologna-Prozesses – weg von repressiven
1359 Studienordnungen hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen
1360 Studieren.
- 1361 • Die Studienplätze sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden: für alle
1362 Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen wollen. Die Studienplätze müssen so
1363 finanziert werden, dass das Betreuungsverhältnis verbessert und gute Lehre
1364 gewährleistet werden kann.
- 1365 • Wir wollen die Bundesmittel aus der ehemaligen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau
1366 für ein Infrastrukturprogramm einsetzen. Daraus sollen soziale Infrastrukturen wie
1367 Wohnheimplätze und Mensen sowie digitale Infrastrukturen für die Uni 2.0 finanziert
1368 werden.

1369 Immer noch hat die soziale Herkunft einen hohen Einfluss auf die Entscheidung für oder
1370 gegen ein Studium. Die sozialen Hürden zur Hochschule wurden durch
1371 Zugangsbeschränkungen und Auswahlgespräche vielerorts sogar erhöht. Und die
1372 Hochschulen sind immer weniger in der Lage, ihrer Funktion als kritische Instanz gegenüber
1373 der Gesellschaft und als gesellschaftlicher Träger von unabhängiger Wissenschaft gerecht zu
1374 werden.

- 1375 • Wir setzen uns für die Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren ein. Gebühren
1376 wirken abschreckend auf einkommensschwächere Schichten und drängen
1377 Studierende in vermeintlich marktnahe Studiengänge.

- 1378 • Wir wollen eine bedarfsorientierte öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen in der
1379 Breite statt einseitiger Exzellenzförderung und ausgewählt vergebenen Drittmitteln.
1380 Nur so kann garantiert werden, dass nicht im Interesse finanzstarker Einzelinteressen
1381 und Großkonzerne sowie politischer Einzelinteressen gelehrt und geforscht wird.
- 1382 • Wir wollen die Hochschulen öffnen. DIE LINKE setzt sich für die Überwindung von
1383 Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie NC, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder
1384 Bewerbungsgespräche sowie für den freien Zugang zum Master für alle Studierenden
1385 im Rahmen eines Bundesgesetzes zur Hochschulzulassung ein. Die Studierenden
1386 sollen selbst bestimmen können, welches Fach und wo sie studieren und welchen
1387 Abschluss sie absolvieren möchten. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit
1388 zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen erhöht werden.
1389 Hochschulstudiengänge müssen auch für diejenigen, die über eine berufliche
1390 Ausbildung gemäß dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder eine vergleichbare
1391 Ausbildung verfügen, geöffnet werden.
- 1392 • Das BAföG wollen wir elternunabhängig und bedarfsdeckend umbauen und die
1393 Anpassung der Höchstdauer der Zahlung an die reale durchschnittliche Studiendauer
1394 voranbringen. Zukünftig soll das BAföG wieder als Vollzuschuss gezahlt werden.
1395 Angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten setzen wir uns für eine sofortige
1396 Erhöhung um zehn Prozent inklusive einer jährlichen Anpassung und für die
1397 Abschaffung der Altersgrenzen ein.
- 1398 • DIE LINKE kämpft für die Demokratisierung der Hochschulen. Wir wollen stärkere
1399 Mitspracherechte für alle Beschäftigten und Studierenden. Wir wollen bundesweit
1400 verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolemischen Mandat durchsetzen.
1401 Hochschulgremien sollten viertelparitätisch besetzt werden, damit allen
1402 Statusgruppen der Hochschule die Mitbestimmung gesichert wird.
1403 Aufsichtsratsähnliche Gremien wie Hochschulräte haben an der Hochschule keinen
1404 Platz, denn Hochschulen sind keine Unternehmen.

1405

1406 **Demokratische Wissenschaften**

1407 Wissenschaft hat eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft. Sie ist mit Kritik und
1408 Analyse von Herrschaft und Ausbeutung, von gesellschaftlichen und sozialen Missständen
1409 und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung für soziale Bewegungen und linke Politik von
1410 zentraler Bedeutung. Und Forschungsergebnisse, Innovationen und Technologien gestalten
1411 unser Leben und die Arbeitswelt von morgen mit. Damit neue Forschungsergebnisse und
1412 Innovationen allen zugutekommen, muss Forschung und Lehre vor einseitigen, unmittelbaren
1413 Einflüssen der Wirtschaft geschützt werden. Auch durch finanzielle Unabhängigkeit. Und die
1414 Forschungsförderung muss auf das Ziel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert
1415 werden.

1416 DIE LINKE will die Entscheidungen über die milliardenschwere öffentliche Forschungs- und
1417 Innovationsförderung demokratisieren und mehr Transparenz in die Zusammenarbeit von
1418 Hochschulen und Wirtschaft bringen. Moderne Forschung ist offen. Wissen, das mit
1419 Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine
1420 verpflichtende Open-Access-Veröffentlichung ein. Die Forschungsdaten sollen nach dem
1421 Prinzip von Open Data zugänglich sein.

- 1422 • Kooperationsvereinbarungen und sonstige Verträge zwischen öffentlichen
1423 Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen müssen
1424 offengelegt werden.
- 1425 • Wir unterstützen alle Initiativen zur Verankerung von Zivilklauseln in den
1426 Hochschulgesetzen sowie in einem zu schaffenden Bundesforschungsgesetz:
1427 Forschung soll ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecke dienen.
- 1428 • Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder
1429 Nahverkehrsträger sollen zu Nachfragern von Forschungsdienstleistungen werden
1430 können.
- 1431 • Die Beratungsgremien und Förderstrukturen der Bundesregierung wollen wir um
1432 Nichtregierungsorganisationen, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften sowie
1433 weitere zivilgesellschaftliche Akteure erweitern.

1434 Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und
1435 Wissenschaftler. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden. Die Promotion
1436 sehen wir als Einstieg in die wissenschaftliche Berufslaufbahn. Sie sollte in der Regel auf
1437 einer tariflichen Stelle absolviert werden, die die Arbeit an der eigenen Qualifikation in der
1438 Arbeitszeit ermöglicht. Althergebrachte Hierarchien müssen überwunden und die
1439 Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft muss gefördert werden.

- 1440 • Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur für wissenschaftliche Qualifikationsprojekte
1441 und für die gesamte Dauer des Vorhabens abgeschlossen werden. Für bessere
1442 Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau schlagen wir ein
1443 bundesfinanziertes Anschubprogramm für 100 000 unbefristete Stellen vor.
- 1444 • Urheberrechtlich geschützte Werke sollen im Rahmen einer Ausnahmeregelung für
1445 Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre nutzbar gemacht werden.
- 1446 • Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen ein unabdingbares
1447 Zweitveröffentlichungsrecht für ihre Werke bekommen, damit die Nutzungsrechte
1448 nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.
- 1449 • DIE LINKE fordert eine verbindlich sanktionierte Quotierung in
1450 Wissenschaftseinrichtungen, die den Anteil von Frauen auf jeder Karrierestufe deutlich
1451 stärkt.

1452

1453 **Damit wir leben können, wie wir wollen**

1454 Wie wir unseren Alltag gestalten, wen wir lieben, mit wem wir leben, ob wir uns für oder
1455 gegen Kinder entscheiden: Diese Entscheidungen wollen wir frei von wirtschaftlichen
1456 Zwängen und Sorgen fällen und von Vorstellungen über das, was „normal“ ist.

1457 Die Politik der Regierung hat neue Spaltungen geschaffen und jene vertieft, die mit der
1458 Agenda 2010 entstanden sind. Damit unter anderem mehr Frauen in Erwerbsarbeit kommen,
1459 wurde ein Niedriglohnsektor aufgebaut, in dem (meist) schlecht bezahlte Frauen die Arbeit in
1460 Haushalt und Pflege und die Kindererziehung erledigen.

1461 Die Regierung versucht besonders Besserverdienende zu animieren, Kinder zu bekommen,
1462 statt sozialen Ausgleich zu schaffen und die Bildung für alle Kinder zu verbessern. Für die
1463 Ärmsten ist das Erziehungsgeld faktisch abgeschafft. Die Maßnahmen zielen darauf,
1464 Erwerbstätigkeit und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern, die „stille Reserve“ am
1465 Arbeitsmarkt zu mobilisieren – die Kriegsmetaphern sind kein Zufall.

1466 Wir stellen die Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen in den Mittelpunkt.
1467 Soziale Gleichheit bedeutet keine Gleichmacherei. Der Staat muss Voraussetzungen und
1468 Rahmenbedingungen schaffen, damit Unterschiedlichkeit nicht mit sozialer Ungleichheit
1469 verknüpft wird. Alle Menschen müssen gleichen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum
1470 haben – damit wir ohne Angst verschieden sein können.

1471 Die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen allein reicht uns
1472 nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik. Unsere Forderungen erschöpfen
1473 sich nicht darin, dass Frauen den Wettlauf auf die besten Plätze meistern sollen, während
1474 Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen unbearbeitet bleiben. Genauso wenig
1475 wollen wir, dass alle Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleich mieser Bezahlung ausüben
1476 dürfen. Stärken, wie soziale Kompetenzen aller Geschlechter und der Reichtum an
1477 Fähigkeiten und Fertigkeiten, dürfen nicht nur gewinnbringend in Arbeits- und
1478 Verteilungskämpfen ausgebeutet werden.

1479 *Geschlechtergerecht und solidarisch*

Eine Großhandelskauffrau erhält circa 564 Euro weniger Monatsgehalt als ein Mann. In 40 Jahren ergibt das eine Summe von knapp 271.000 Euro. Bei einer Köchin beträgt die monatliche Differenz 210 Euro. Das sind nach 40 Jahren 100.000 Euro. Einer Ärztin entgehen in 35 Jahren 441.000 Euro, nur weil sie eine Frau ist. Wenn wir gleichwertige Arbeiten vergleichen, nämlich die einer Erzieherin und die eines Maschinenschlossers, muss die Kollegin, die sich um den Nachwuchs kümmert, für 231.000 Euro weniger Gehalt arbeiten als der Mann. Das sind stattliche Summen, die entgangene Rentenversicherung und die geringere Lebensqualität noch nicht einmal mit eingerechnet.

1480

1481 Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten
1482 Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine
1483 gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.
1484 Benachteiligungen wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe
1485 Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen, Sexismus und Menschenrechtsverletzungen
1486 verweisen auf Herrschaftsstrukturen, die es zu überwinden gilt.

1487 Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern kann verändert und gerechter werden, indem
1488 wir die Erwerbsarbeitszeit radikal verkürzen und die gesellschaftlich notwendige Arbeit neu
1489 verteilen. Im Leben aller soll genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für
1490 Kinder, Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde, für politisches Engagement, für
1491 individuelle Weiterbildung, Muße und Kultur sein. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle
1492 Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekommen, wie sie ihre Lebenszeit
1493 verbringen.

1494 Berufssparten, in denen überwiegend Frauen tätig sind, sind in der Regel schlechter bezahlt.
1495 Frauen arbeiten stärker im Bereich der sorgenden, pflegenden und häuslichen
1496 Dienstleistungen – bezahlt und unbezahlt, immer zu wenig anerkannt. Dabei sind es gerade
1497 diese Arbeiten, die die Gesellschaft zusammenhalten. Sie schaffen und sichern Wohlstand.

- 1498
- Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Frauen werden in Deutschland im
1499 Durchschnitt 22 Prozent schlechter bezahlt (Gender Pay Gap). Dass Tätigkeiten, die
1500 gleichwertig sind, immer noch ungleich bezahlt werden, muss endlich abgestellt und
1501 auf den Müllhaufen der Geschichte gekippt werden.
 - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die Eingruppierungskriterien der Tarifverträge
1502 müssen nach geschlechtergerechten Kriterien überarbeitet werden.
1503

1504 Jede fünfte erwerbstätige Frau und jeder zehnte erwerbstätige Mann arbeitet ausschließlich in
1505 Minijobs. Das „Mini“ bezieht sich dabei nicht auf die eingesetzte Arbeitszeit, die oft ausufert.
1506 Mini sind die Bezahlung und die Rente im Alter. Wer seine Kinder betreut oder Angehörige
1507 pflegt und deshalb länger nicht erwerbstätig sein kann oder nur in Teilzeit, wird im Alter von
1508 Armut bedroht sein. Davon sind überwiegend Frauen betroffen.

1509 Minijobs als zentrale Stützpfeiler des Niedriglohnssektors sollen mit

1510 sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichgestellt werden. Da zwei von drei Minijobs von
1511 einer Frau ausgeübt werden, verfestigt sich die geschlechtsspezifische Spaltung des
1512 Arbeitsmarktes.

- 1513 • Keine staatliche Subventionierung des überholten Familienmodells mit dem Mann als
1514 Ernährer und der Frau als Zuverdienerin. Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht
1515 müssen reformiert werden. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen.
- 1516 • Es muss diskutiert werden, wie die Arbeit in Familie und Gesellschaft neu verteilt
1517 werden soll.
- 1518 • Sorge-Arbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
1519 müssen mit besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen aufgewertet
1520 werden.

1521 Frauen wie Männer brauchen gute Erwerbsarbeit, die so bezahlt wird, dass sie gut davon
1522 leben können. Frauen wie Männer sollen sich gleichermaßen um Kinder, Freunde, Familie,
1523 ihre eigene Entwicklung und das menschliche Miteinander kümmern können. Frauen wie
1524 Männer sollen in der Politik mitmischen und ihre Erfahrungen einbringen können.

1525 DIE LINKE will die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wirtschaft
1526 und Gesellschaft. Wir geben keine Ruhe, bevor nicht alle politischen Mandate und
1527 öffentlichen Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. DIE LINKE beschränkt sich
1528 nicht auf Frauenquoten in Vorstandsetagen – LINKE Gleichstellungspolitik richtet sich an alle
1529 Frauen, egal, ob an die alleinerziehende Mutter, an die Ärztin, Verkäuferin, Abteilungsleiterin
1530 oder Auszubildende.

1531 Alle Politikbereiche müssen überprüft werden, ob sie die Gleichstellung der Geschlechter
1532 befördern oder ihr schaden. Das bedeutet unter anderem: Die Frauenerwerbsquote in gut
1533 entlohten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen
1534 muss gesteigert und die partnerabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit beendet
1535 werden.

- 1536 • Die 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst kann vom Gesetzgeber umgehend
1537 und in allen Gehaltsgruppen eingeführt werden.
- 1538 • DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen,
1539 in denen Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligt
1540 sind, müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen. Migrantinnen und
1541 Frauen und Mädchen mit Behinderung müssen besonders vor
1542 Mehrfachdiskriminierungen geschützt werden.
- 1543 • Wir stehen für eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Niemand soll in
1544 Belastungssituationen alleine für seine oder ihre Rechte kämpfen müssen. Deshalb
1545 muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem Klagerecht für Verbände
1546 verbessert werden.

1547 *Bunt und verlässlich: für eine Familienpolitik, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen*

1548 Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, ob als
1549 Lebensgemeinschaft, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt
1550 oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist, wo Menschen, egal welcher sexuellen
1551 Orientierung, füreinander da sind.

- 1552 • Die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen, das Zusammenleben mit Kindern
1553 sollen steuerlich gefördert werden. Das Ehegattensplitting wird abgeschafft.
- 1554 • Die steuerliche Benachteiligung von Lesben und Schwulen ist zu beenden.

1555 DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik.
1556 Familienpolitik muss allen Menschen, insbesondere aus einkommensschwachen und
1557 mittleren Gesellschaftsschichten, ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst
1558 ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam
1559 ausgebaut werden. Private Dienstleistungen nützen nur besserverdienenden Familien – wer
1560 sie nicht bezahlen kann, hat Pech gehabt. Öffentliche Dienstleistungen dagegen stehen allen
1561 zur Verfügung und sichern, dass sich Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft
1562 begegnen; so werden Räume für gemeinsame Erfahrungen geschaffen.

1563 Der notwendige Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung stockt. Die öffentliche und soziale
1564 Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hat sich vielerorts massiv verschlechtert. Angebote
1565 wurden reduziert, Musikschulen verteuert oder Bibliotheken geschlossen. Familienleben kann
1566 aber nur innerhalb eines leistungsfähigen Sozialsystems funktionieren. Familien müssen von
1567 der Gesellschaft unterstützt werden und brauchen soziale Sicherheit. Die Politik der letzten
1568 Jahre hat das Gegenteil bewirkt. Wegen des ständigen Sozialabbaus stiegen die finanziellen
1569 Belastungen der Familien. Für Kinder blieb und bleibt kaum Zeit. Und für die Kindheit bleibt
1570 kaum Zeit: Immer früher beginnt in den Kindergärten und Schulen der Wettlauf, in dem die
1571 Kinder fit gemacht werden sollen für den „Ernst des Lebens“. Das bedeutet gleichzeitig, dass
1572 ungleiche Ausgangsbedingungen nicht ausgeglichen, sondern verstärkt werden.

- 1573 • DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige
1574 Ganztagesbetreuung für Kinder, die ihren unterschiedlichen und altersspezifischen
1575 Bedürfnissen gerecht wird. Alle Kinder von einem Jahr an haben einen Rechtsanspruch
1576 auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Bei der Bereitstellung von Plätzen in
1577 Kindertagesstätten gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte
1578 Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und
1579 bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen. Heute werden Eltern, die
1580 sich beide für Teilzeitarbeit während der Elternzeit entscheiden, finanziell
1581 benachteiligt. Das wollen wir ändern.
- 1582 • Kostenlose und hochwertige Essenversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien
1583 öffentlichen Kinderbetreuung.
- 1584 • Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit sie Beruf

1585 und Familienleben vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in diesen Einrichtungen
1586 die Standards guter Arbeit realisiert werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut,
1587 dann muss auch das Fachpersonal aufgestockt werden.

1588 DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf
1589 mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von
1590 Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die
1591 Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Die Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass alle die
1592 Möglichkeit haben, Beruf, Familie, Freizeit und Engagement in ihren Alltag zu integrieren. Um
1593 diesem Ziel im Rahmen einer kürzeren Vollzeit für alle näherzukommen, ist die Umverteilung
1594 der vorhandenen Erwerbsarbeit über den Weg der kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei
1595 vollem Lohnausgleich notwendig sowie eine Diskussion über die Verteilung der Arbeit
1596 zwischen den Geschlechtern.

- 1597 • Eltern brauchen als Beschäftigte mehr Rechte, um trotz Erwerbsarbeit genug Zeit für
1598 ihre Familie zu haben. Das individuelle Recht auf Teilzeitarbeit muss uneingeschränkt
1599 gelten und ein Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit eingeführt werden. Für Eltern wird ein
1600 besonderer Kündigungsschutz eingeführt, der bis zur Vollendung des sechsten
1601 Lebensjahres des Kindes gilt.
- 1602 • Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und
1603 erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote
1604 erleichtert werden.
- 1605 • DIE LINKE fordert einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil
1606 (bzw. von 24 Monaten für Alleinerziehende) anstatt Herdprämien wie das
1607 Betreuungsgeld. Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto
1608 weiterentwickelt werden. Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei
1609 Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes genommen werden
1610 können und gleichzeitig von beiden Elternteilen. So wird eine möglichst gleiche
1611 Aufteilung der Erwerbs- und auch der Erziehungsarbeit zwischen den Eltern
1612 begünstigt. Väter sind dabei zu unterstützen, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern.
- 1613 • Elterngeld steht allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz
1614 IV angerechnet werden.
- 1615 • Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren
1616 sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können. Die Förderung muss
1617 ausgebaut werden.

1618 Fast jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen – für eine so reiche Gesellschaft wie unsere
1619 eine Schande und für jedes betroffene Kind eine Katastrophe. DIE LINKE will Kindern und
1620 Jugendlichen ermöglichen, frei von Armut und Ausgrenzung aufzuwachsen. Es bedarf einer
1621 Politik, die Kinder und Jugendliche als eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen
1622 Rechten und eigenem Anspruch auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen
1623 behandelt. Die Rechte der Kinder sollen gesondert ins Grundgesetz aufgenommen werden.

- 1624 • Mit zahlreichen Wohlfahrtsverbänden setzt sich DIE LINKE für eine Grundsicherung für
1625 alle Kinder und Jugendlichen ein. Sie muss sich am tatsächlichen,
1626 verfassungsrechtlichen Existenzminimum der Kinder orientieren. Dieses liegt derzeit
1627 bei 536 Euro. Als Sofortmaßnahme muss das Kindergeld erhöht werden: für die ersten
1628 zwei Kinder auf 200 Euro, für alle weiteren Kinder entsprechend gestaffelt. Die Hartz-
1629 IV-Sätze müssen verfassungsgerecht berechnet und entsprechend erhöht, das
1630 Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft muss abgeschafft werden.
- 1631 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen
1632 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht
1633 werden. Jede Schülerin und jeder Schüler soll Zugang zu einem Computer mit
1634 Internetzugang bekommen. Kinder und Jugendliche benötigen eigene Räume, in denen
1635 sie sich abseits von Kosten- und Konsumzwängen treffen und betätigen, kulturelle
1636 Vorlieben entwickeln können sowie Unterstützung erfahren. Dabei sind die
1637 Partizipation und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sowie eine
1638 angemessene pädagogische und kulturelle hauptamtliche Begleitung sicherzustellen.
- 1639 • Wir wollen das Bildungsprogramm gegen Rassismus und für die Akzeptanz von
1640 unterschiedlichen Lebensentwürfen stärken.
- 1641 • Die seit Jahren anhaltenden Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen von
1642 Bund und Ländern rückgängig gemacht werden. Kinder- und Jugendhilfe muss
1643 bedarfsgerecht finanziert werden.
- 1644 • Zum Neuaufbau von Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe ist ein Sofortprogramm
1645 notwendig, damit die örtlichen Träger ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und
1646 einen wirklichen Schutz und eine Förderung der Kinder und Jugendlichen
1647 gewährleisten können. Die Kinder- und Jugendhilfe muss durch einen öffentlichen und
1648 fachlichen Diskurs gestärkt und weiterentwickelt werden. Standards für die
1649 Ausstattung und Qualität der Angebote müssen entwickelt und umgesetzt werden.
- 1650 • Wir wollen die regionalen Netzwerke zum Kinderschutz und die Familienhebammen
1651 dauerhaft fördern, um deren Angebote und Hilfen allen Familien zugänglich zu
1652 machen.

1653

1654 *Vielfalt stärken: unterschiedliche Lebensweisen respektieren*

1655 Soziale Rechte und Bürgerrechte gehören untrennbar zusammen. Bürgerrechte müssen für
1656 alle Menschen gelten – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft,
1657 Behinderung, Religion und den einzelnen sozialen Verhältnissen.

1658 Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen
1659 gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von homosexuellen eingetragenen
1660 Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den
1661 Pflichten (z. B. gegenseitige Unterhaltungspflichten) gleichgestellt, die eingetragenen

1662 Lebenspartnerinnen und Lebenspartner werden aber in vielen Bereichen, etwa im
1663 Steuerrecht, im Adoptionsrecht und in der Sozialversicherung weiter benachteiligt. Für DIE
1664 LINKE ist die Anerkennung der Vielfältigkeit aller Familienformen und Lebensweisen leitendes
1665 Prinzip: Einelternfamilien, Singles, zusammenlebende Freunde, Verwandte, Patchwork-
1666 Familien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und
1667 Lebenspartnerschaft entschieden haben.

- 1668 • DIE LINKE fordert, alle Lebensweisen rechtlich gleichzustellen. Menschen, die anders
1669 als die gesellschaftliche Norm aussehen, leben oder lieben, müssen vor
1670 Diskriminierung geschützt werden.
- 1671 • DIE LINKE fordert die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierungen auf Grund der
1672 Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz. Um dieses
1673 erweiterte Grundrecht zu garantieren, fordern wir die Einrichtung von
1674 Antidiskriminierungsstellen, ein Verbandsklagerecht, die Beweislastumkehr in
1675 Verfahren sowie Maßnahmen, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen
1676 Bewusstseins zielen.
- 1677 • DIE LINKE fordert die Rehabilitation von Männern, die als Homosexuelle nach § 175
1678 StGB verfolgt und verurteilt wurden.
- 1679 • DIE LINKE unterstützt Transsexuelle in ihrem Kampf um Anerkennung ihrer
1680 Lebensformen und Lebensweisen sowie für das Recht zum Geschlechtsübertritt und
1681 setzt sich für diejenigen ein, die die Norm der Zweigeschlechtlichkeit und
1682 Heteronormativität durchbrechen möchten. Deshalb streitet DIE LINKE für rechtliche
1683 Regelungen, die im Interesse der Betroffenen und im fachlichen Austausch mit ihnen
1684 entwickelt werden.
- 1685 • Das Transsexuellengesetz ist seit nahezu 30 Jahren unverändert. DIE LINKE fordert,
1686 dass es aufgehoben wird. Durch eine Veränderung des Vornamens- und
1687 Personenstandsrechts sollen Rechte für Transsexuelle, Intersexuelle und Transgender
1688 geschaffen werden: Die Veränderung des Vornamens und des Personenstandes wird
1689 auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt.
- 1690 • Operationen an Intersexuellen dürfen nicht schon im Kindesalter stattfinden, sondern
1691 erst, wenn sie selbst einwilligungsfähig sind und zustimmen.

1692 **II Die Krise überwinden. Demokratie und Sozialstaat verteidigen – hier**
1693 **und europaweit**

1694

1695 Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Das
1696 Modell des neoliberalen, finanzgetriebenen Kapitalismus ist gescheitert. Der
1697 Finanzkapitalismus setzt auf Verschärfung von sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf, Löhne
1698 und Gehälter zu drücken und die Reichen aus der Finanzierung des Gemeinwesens
1699 weitgehend zu entlassen. Die Suche nach kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist
1700 zum treibenden Moment der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Demokratie gerät zum
1701 Hindernis für Profitstreben und unter Druck.

1702 Maßgebliche Ursache dieser Krise sind Ungleichgewichte in der Außenwirtschaft in Europa.
1703 Die übermäßigen Exportüberschüsse der einen führen zur Verschuldung der anderen, die zu
1704 viel importieren müssen. Am Anfang jeder Krisenlösung steht: Abbau der Ungleichgewichte,
1705 steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern,
1706 Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.

1707 Die Politik der Regierung Merkel hat die Finanzmarktkrise zur Staatsschuldenkrise
1708 umgedeutet. Das verkehrt Ursache und Wirkung. Nicht überhöhte Ausgaben und Ansprüche
1709 haben die Krise in Europa verursacht. Vielmehr ist der Dreiklang von Umverteilung nach oben,
1710 Deregulierung und Privatisierung wesentlich für die Finanz- und Wirtschaftskrise
1711 verantwortlich. In Deutschland ist er mit der Agenda 2010 und der Liberalisierung der
1712 Finanzmärkte unter rot-grüner Regierung zum Durchbruch gekommen. Große Unternehmen,
1713 Banken und Vermögende zahlten immer weniger Steuern. Eine Krisenpolitik, die der
1714 Bankenrettung auf Kosten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner in
1715 Europa den Vorrang gegeben hat, hat diese Entwicklung befestigt.

1716 Deutschland hat – unter der Regierung Merkel und dem Finanzminister Steinbrück – eine
1717 zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa
1718 insgesamt destabilisiert. Durch Kürzungsdiktate („Austerität“), die Sozialstaatlichkeit und
1719 soziale Gerechtigkeit beschädigen, wird die Logik des neoliberalen Finanzkapitalismus weiter
1720 bedient.

1721 DIE LINKE will dagegen

1722 1 | einen Schutzschirm für Menschen statt für Banken und die Verursacher und die Profiteure
1723 der Krise zur Kasse bitten,

1724 2 | eine stabile, nachhaltige und sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung in Europa
1725 einleiten und somit

1726 3| eine langfristig tragfähige Perspektive für die europäische Einigung schaffen.

1727 Dafür ist es notwendig, die Talfahrt der Löhne, die durch den Niedriglohnbereich in
1728 Deutschland angefeuert wird, zu beenden und die Finanzierung der EU und ihrer
1729 Mitgliedsstaaten durch europaweite Besteuerung von Reichtum zu verbessern. Die
1730 Finanzmärkte und die Banken müssen demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Eine
1731 Umverteilung von oben nach unten würde ausreichend Mittel für einen Politikwechsel für
1732 mehr soziale Gerechtigkeit bereitstellen: in Deutschland und in ganz Europa.

1733 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Europäischen Linken, in allen EU-Staaten eine
1734 einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit sollen die
1735 durch Bankenrettungen und Finanzkrise entstandenen höheren Staatsschulden
1736 zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden,
1737 ohne Kürzung von öffentlichen und sozialen Leistungen. Für Betriebsvermögen wird
1738 ein gesonderter Freibetrag berücksichtigt.

1739 • Sehr hohe Einkommen sollen mit einer Reichensteuer von 75 Prozent auf jeden Euro
1740 Einkommen von über einer Million Euro im Jahr besteuert werden (nach Abzug der
1741 Sozialversicherungsbeiträge).

1742 • Wir setzen uns für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent ein.

1743 DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften und sozialen
1744 Bewegungen für soziale und steuerliche Mindeststandards ein. Eine Angleichung der
1745 Lebensstandards nach unten kann so vermieden werden.

1746

1747 **Für einen gerechten Weg aus der Krise: keine Bankenrettungen auf Kosten der**
1748 **Bevölkerung**

1749 Die Bundesregierung behauptet, die Krise sei von den Bevölkerungen der am höchsten
1750 verschuldeten Länder zu verantworten: durch ihren Unwillen, härter zu arbeiten und den
1751 „Gürtel enger zu schnallen“. Diese Behauptung lenkt von den tatsächlichen Ursachen der
1752 Krise ab. Verschwiegen wird, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die
1753 Höhe getrieben hat – es profitieren nicht zuletzt deutsche Banken.

1754 Wir wollen aus der Schuldenspirale aussteigen. Die wirklichen Verursacher und Profiteure der
1755 hohen Staatsschulden müssen zur Verantwortung gezogen werden. Bankenrettungen sind
1756 nicht mit Steuergeldern, sondern durch die Eigentümer und Gläubiger zu finanzieren. Die
1757 Einlagen der Kleinsparer sind dabei öffentlich abzusichern.

1758 • Um den Bankensektor gezielt an den Krisenkosten zu beteiligen, befürworten wir die
1759 Einführung einer Bankenabgabe.

- 1760 • Gleichzeitig muss der Kampf gegen Steuerflucht verschärft werden: durch
1761 automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben
1762 einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken und verbesserte
1763 Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen.
- 1764 • Kurzfristig muss die öffentliche Kreditaufnahme von der Diktatur der Finanzmärkte
1765 befreit werden. Es ist nicht einzusehen, dass sich Banken billig bei der Europäischen
1766 Zentralbank (EZB) Geld leihen können, um es anschließend teuer an die Staaten
1767 weiterzuverleihen.
- 1768 • Die Europäische Zentralbank soll die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten
1769 Rahmen direkt finanzieren. Als ersten Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer
1770 europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die zu ihrer Refinanzierung
1771 Zentralbankkredite aufnehmen kann.
- 1772 • Die Programme zu Sozialabbau und Kürzungen in der Europäischen Union werden
1773 umgehend gestoppt.

1774 Dass die Banken sich verselbständigt haben, hat die Finanzkrise verschärft; die Rettung der
1775 Banken durch die Staaten und ihre nachfolgende Zinspolitik hat die Staatsschuldenkrise in
1776 den europäischen Staaten beschleunigt. DIE LINKE steht dafür, dass die Banken in die
1777 Verantwortung genommen werden.

1778 Der Bankensektor ist umzubauen. Die Aufgaben und Funktionen müssen neu gefasst
1779 werden: Sie müssen zuallererst einen zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehr
1780 inklusive einer entsprechenden Bargeldversorgung sicherstellen. Zweitens müssen Banken
1781 auf die Rolle als Kapitalsammelstellen begrenzt werden, die für Sparerinnen und Sparer
1782 sichere, verständliche und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit deren und
1783 weiterem Geld riskante Geschäfte zu tätigen. Drittens müssen Banken ihre
1784 Finanzierungsfunktion erfüllen, indem sie die Investitionen der Unternehmen und des
1785 Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredite finanzieren. Das Ziel muss sein, den
1786 Finanzsektor in seinem Volumen erheblich zu schrumpfen und seine ökonomische wie
1787 politische Machtposition zurückzudrängen.

1788 Um das Bankensystem wieder funktionsfähig zu machen, müssen zunächst alle
1789 Verlustrisiken, die noch in den Bankbilanzen stecken, offengelegt werden. Dazu müssen die
1790 gefährdeten Vermögenswerte der einzelnen Banken zu Marktpreisen in separate Einheiten
1791 ausgelagert werden. Wo derzeit keine Marktpreise zu ermitteln sind, müssen die
1792 „Schrottpapiere“ zum Preis von Null bewertet werden. Für den Fall, dass dadurch das
1793 Eigenkapital aufgezehrt wird, wollen wir ein Verfahren für die Insolvenz und Neustrukturierung
1794 entwickeln. In diesem Verfahren müssen zunächst die Eigentümer und dann die Gläubiger für
1795 die Verluste der Bank herangezogen werden. Einlagen von privaten Sparerinnen und Sparern
1796 sind bis 100.000 Euro zu sichern, wie gesetzlich vorgesehen. Wenn weiteres Eigenkapital
1797 vonseiten des Bundes zur Verfügung gestellt wird, wird er damit Eigentümer der Bank und
1798 nutzt dies zum direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik.

1799 • Gegen das Monopol der privaten Rating-Agenturen wollen wir eine öffentliche,
1800 europäische Rating-Agentur schaffen. DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-
1801 TÜV, der die Geschäftspraktiken der Finanzbranche und sämtliche angebotenen
1802 Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung genehmigen muss.

1803 Die Banken müssen stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind
1804 auszuschließen. Das Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen
1805 zu erzielen – ist als Geschäftsfeld abzuwickeln. Das Finanzsystem braucht keine
1806 Spielbanken. Modell des neuen Finanzwesens sind Sparkassen und
1807 Genossenschaftsbanken; die so zu schaffenden Banken werden wie die Sparkassen aufs
1808 Gemeinwohl verpflichtet.

1809 • Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-
1810 Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden. Dies geschieht direkt, sofern sie
1811 ihren Geschäftssitz in Deutschland haben. Wenn sie ihren Geschäftssitz im Ausland
1812 haben, brauchen wir indirekte Formen der Regulierung, die sich gegen
1813 Schattenfinanzplätze und die Verknüpfungen mit dem deutschen Bankensektor
1814 richten.

1815 • Private Großbanken und Landesbanken wollen wir verkleinern und effektiver
1816 öffentlicher Kontrolle unterstellen.

1817 • Dispo-Zinsen sind auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes zu
1818 begrenzen.

1819 Banken zu regulieren, kann nicht durch die Banken selbst geschehen. Sie müssen
1820 demokratischen Kontrollinstanzen unterworfen werden.

1821 • In die Gremien gehören nicht nur „Expertinnen und Experten“ oder Politiker, sondern
1822 auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände
1823 und andere zivilgesellschaftliche Akteure. Solche Organe prüfen und kontrollieren
1824 nicht nur die Geschäftstätigkeit, sie haben auch eine Verantwortung, zur
1825 Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie beizutragen.

1826

1827 **Neuanfang der Europäischen Union: demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich**

1828 DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen ein Europa ohne
1829 Ausgrenzung, Armut und Krieg. Wir wollen eine EU, in der gut entlohnte und sozial
1830 abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert ist. DIE LINKE steht gegen die
1831 Pläne aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien, die EU-Kommission zu einem
1832 sanktionsbewehrten Kontrollinstrument der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu machen.
1833 Wir wehren uns gegen die Logik einer weiteren Entmachtung der Parlamente. Dies ist mit

1834 einem demokratischen Europa nicht vereinbar. DIE LINKE lehnt den Vertrag von Lissabon ab
1835 und fordert eine grundlegende Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU, um die
1836 Voraussetzungen für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zu schaffen.

1837 Die Krise in Europa ist auch Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der
1838 Europäischen Union. Der Schwerpunkt lag von Beginn an auf einer Wirtschafts- und
1839 Währungsunion, einer Freizügigkeit des Kapitals und der Wettbewerbsvorteile der
1840 wirtschaftlich starken Länder. In der Vergangenheit sind Versuche gescheitert, gemeinsame
1841 soziale Standards oder Korridore zu definieren. Gleichzeitig werden auf der europäischen
1842 Ebene vermehrt Entscheidungen getroffen, die die Handlungsspielräume für
1843 nationalstaatliche Politik verringern. Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder
1844 gegen das eine oder andere – wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland um gute
1845 soziale Standards ringen.

1846 Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE
1847 nicht für ein Ende des Euro ein. Ganz im Gegenteil, die Währungsunion muss vom Kopf auf die
1848 Füße gestellt und neu ausgerichtet werden, damit sie nicht die Spaltungen vertieft, sondern
1849 die Ungleichheiten überbrücken hilft und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in
1850 Europa befördert. Dazu müssen in Zukunft die Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und
1851 Arbeitsmarktpolitiken der Euro-Mitgliedsländer enger abgestimmt und der heute
1852 vorherrschende Wettbewerb durch Steuer-, Sozial- und Lohndumping unterbunden werden.
1853 Mittels einer Europäischen Ausgleichsunion müssen die Euro-Staaten auf das Ziel
1854 ausgeglichener Handelsströme verpflichtet werden, bei dem nicht primär Länder mit hohen
1855 Lohnzuwächsen bestraft, sondern Länder mit zu niedrigen Lohnzuwächsen und abgesenkten
1856 Sozialstandards (Stichwort Agenda 2010 und Rente mit 67) wie insbesondere Deutschland zu
1857 höheren Lohn- und Sozialstandards aufgefordert werden. In Deutschland ist ein
1858 Strukturwandel erforderlich, der von der Exportorientierung hin zu einer deutlichen Stärkung
1859 der Binnenwirtschaft mit gut abgesicherten und vergüteten Arbeitsplätzen umsteuert. Ein
1860 solcher Wandel, der der großen Mehrheit der Beschäftigten und Erwerbslosen in Deutschland
1861 deutlich zugutekommen würde, wäre zugleich der beste Beitrag für eine Entschärfung der
1862 Euro-Krise, denn höhere Löhne und Sozialleistungen in Deutschland reduzieren den Druck zu
1863 Sozial- und Lohnkürzungen in den anderen Euro-Ländern.

1864 DIE LINKE steht für einen Neuanfang in Europa und einen grundlegenden Politikwechsel der
1865 Europäischen Union. In der EU wird Wettbewerb kontrolliert – wir wollen, dass die Einhaltung
1866 von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden.

- 1867
- 1868 • Wir wollen, dass Lohndumping in der EU abgeschafft wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.
 - 1869 • Um mit dem finanzgetriebenen Kapitalismus zu brechen, bedarf es eines Neuanfangs in eine demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung.
 - 1870
 - 1871 • DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt.
 - 1872

- 1873 Der DGB hat dazu einen „Marshall-Plan für Europa“ vorgeschlagen.
- 1874 Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und
1875 friedlichen Union umgestaltet werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind
1876 dafür nicht geeignet.
- 1877 • Wir wollen erreichen, dass alle Mitgliedsstaaten der EU sich auf die Förderung von
1878 Wohlfahrt und Wohlstand für alle verpflichten. Die Europäische Sozialcharta soll als
1879 verbindlich in die Vertragsgrundlagen integriert werden. Der Grundsatz der
1880 Sozialstaatlichkeit ist neben den Grundsätzen der Demokratie und der
1881 Rechtsstaatlichkeit im EU-Vertrag zu verankern.
- 1882 • Die Rechte des Europäischen Parlaments wollen wir stärken und basisdemokratische
1883 Elemente in der EU schaffen und ausbauen.
- 1884 • Der Neuanfang Europas setzt eine grenzüberschreitende Verständigung von „unten“
1885 über die neue Struktur des europäischen Hauses voraus. Zur Demokratie gehört, dass
1886 die Beschäftigten, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen ihre Kämpfe in
1887 Europa koordinieren. Wir wollen auf ein EU-weit wirksames gemeinsames Streikrecht
1888 und Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem hinarbeiten.
1889 Dabei müssen die besonderen deutschen Restriktionen des Streikrechts beseitigt
1890 werden: Das Recht auf politischen Streik und Generalstreik muss in ganz Europa
1891 umgesetzt werden.
- 1892 • Eine demokratische Öffentlichkeit in Europa bedarf der Schaffung europaweiter
1893 öffentlich-rechtlicher Medien, Plattformen und eines gleichberechtigten Zugangs für
1894 politische und soziale Kräfte.
- 1895 Insbesondere die deutsche Regierung drängt, die Märkte in der EU über die Interessen der
1896 Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Dadurch werden die Standards für demokratische und
1897 soziale Grundrechte beschädigt:
- 1898 Europol hat weitreichende Befugnisse zur Datenerhebung und Speicherung. Neben Daten zu
1899 Verurteilten und Verdächtigen werden auch Informationen erhoben zu: Kontakt- und
1900 Begleitpersonen, darunter bei Ermittlungen zusammengetragenes Material wie Videos und
1901 Fotos, aber auch „Lebensweisen“ und „Gewohnheiten“, Datenspuren aller digitalen und
1902 analogen Kommunikationsmittel, Stimmenprofil, Blutgruppe oder Gebiss. Auch die
1903 Speicherkategorien „rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder
1904 weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit“ bestehen.
- 1905 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Grundrechte in Europa gestärkt werden: gegen
1906 Profiling und verdachtsunabhängige Datenspeicherung, für eine demokratische
1907 Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte. Im europäischen Haftbefehl und der
1908 europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf Anwalt und Übersetzer
1909 gesichert werden. Die Reisefreiheit muss innerhalb von Europa für alle gelten.

1910 Die EU ist der größte Rüstungsexporteur der Welt mit einem Weltmarktanteil von 34 Prozent.
1911 Trotz der Krise wuchs der Gesamtumsatz der internationalen Rüstungsgeschäfte in den
1912 letzten fünf Jahren um ein Viertel. Wir wollen Europa abrüsten. Das betrifft die Produktion und
1913 den Export von Waffen – und die Militarisierung der Außengrenzen:

- 1914 • Die EU-Rüstungsagentur fördert Rüstungsproduktion und -export. DIE LINKE will die
1915 EU-Rüstungsagentur abschaffen und Rüstungsexporte EU-weit verbieten.
- 1916 • Frontex, die Agentur zur „Sicherung“ der Außengrenzen, ist und bleibt Symbol der
1917 unmenschlichen Abschottungspolitik der EU gegenüber Menschen in Not. DIE LINKE
1918 will Frontex auflösen und kämpft für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik.
- 1919 • Die Dublin-II-Verordnung legt fest, in welchem Mitgliedsstaat ein Asylantrag gestellt
1920 werden kann, und ist faktisch eine Drittstaatenregelung. Ein Asylantrag kann meist
1921 nur in dem Land gestellt werden, in das die Außengrenzen der EU überschritten
1922 wurden. Die Verordnung ist Grundlage für die unmenschliche Asyl- und
1923 Abschottungspolitik. Wir wollen ein gerechtes und solidarisches System der
1924 Verantwortlichkeit für Flüchtlinge in der Europäischen Union schaffen. Dafür muss das
1925 Zuständigkeitsprinzip der „illegalen Einreise“ durch das Prinzip der „freien Wahl des
1926 Mitgliedsstaates“ ersetzt werden.
- 1927 • DIE LINKE setzt sich für die bedingungslose Aufhebung des „Gemeinsamen
1928 Standpunktes“ der EU gegenüber Kuba sowie für die Beendigung der US-
1929 amerikanischen Blockadepolitik gegen Kuba ein.

1930

1931 **III Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg**

1932

1933 Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit sowie die Konkurrenz um knappe
1934 Ressourcen führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut
1935 und Hunger, Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu
1936 sauberem Trinkwasser.

1937 Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Durch Kriege werden Menschen getötet, aber auch ihre
1938 Umwelt und Lebensräume zerstört. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein
1939 gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden
1940 werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet
1941 und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.
1942 Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen und ein
1943 Verbot von Rüstungsexporten – das wären wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Wir wollen
1944 die Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umbauen, so dass die Arbeit der Beschäftigten
1945 nicht im Dienste von Krieg und Zerstörung steht.

1946

1947 **Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden**

1948 Wenn die Bundesregierung von „deutschen Interessen“ spricht, sind fast immer
1949 wirtschaftliche Interessen wie Rohstoffsicherung oder der Zugang zu Absatzmärkten gemeint.
1950 Um diese zu sichern, wird offen der Einsatz militärischer Mittel erwogen. DIE LINKE stellt sich
1951 gegen jede imperialistische Politik und steht für eine konsequente Friedenspolitik.
1952 Deutschland und die EU sollen sich weder an bewaffneten Konflikten und Kriegen beteiligen
1953 noch diese direkt oder indirekt unterstützen. Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die
1954 Kriege dieser Welt! DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der Außenpolitik ab.

- 1955
- Wir fordern den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die Beendigung aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- 1956
- Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt in Kriegshandlungen involviert sind.
- 1957
- Wir wenden uns gegen einen zivil-militärischen Europäischen Auswärtigen Dienst, die Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der GASP und EGSVP und lehnen eine Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab.
- 1958
- 1959
- 1960
- 1961
- 1962
- 1963
- 1964
- 1965
- 1966

- 1967 • Wir fordern die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizei an
1968 internationalen Polizeieinsätzen, die zur Unterstützung von Kriegen und
1969 autoritären Regimen dienen.
- 1970 • Der Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee muss gestoppt und die
1971 Abrüstung der Bundeswehr mit dem Ziel der Schaffung einer strukturell nicht
1972 angriffs- und interventionsfähigen Armee begonnen werden. Die Bundeswehr muss
1973 in den kommenden vier Jahren drastisch reduziert werden.
- 1974 • Wir setzen uns für ein Ende aller Militärberatungsmissionen ein, da diese weltweit
1975 zu einer Verschärfung von Konflikten führen.
- 1976 Militärinterventionen werden oftmals mit Verweis auf „Sicherheit“ gerechtfertigt:
1977 „Sicherheit vor Terrorismus“ oder „Sicherheit vor regionaler Destabilisierung“, die
1978 militärisch hergestellt werden soll. Gegen dieses Verständnis von Sicherheit stellen wir
1979 den Ansatz der Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Das Erstarken von
1980 gewalttätigen Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche Destabilisierung haben
1981 ihre Ursachen fast immer in Ungerechtigkeit und Unterdrückung.
- 1982 Auch die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik trägt daran Mitverantwortung. Wir
1983 wollen uns dem entgegenstellen und die Lösung der Konfliktursachen in den Mittelpunkt
1984 der deutschen Politik stellen. Gewaltvorbeugung ist die politische Alternative zur
1985 militärischen Konfliktaustragung.
- 1986 DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Mit „zivil-
1987 militärischer Kooperation“ und „vernetzter Sicherheit“ wird die Militarisierung der
1988 Außenpolitik nur verschleiert. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und
1989 humanitärer Hilfe in Aufstandsbekämpfungsstrategien – wie etwa in Afghanistan –
1990 verhindert Entwicklung, widerspricht dem Gebot der Neutralität und gefährdet sowohl die
1991 Bevölkerung als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von
1992 Entwicklungsorganisationen.
- 1993 • Wir wollen eine Neuausrichtung staatlicher Politik auf gewaltlose und sozial
1994 gerechte Friedensförderung. Die Beteiligung der lokalen Bevölkerung ist dabei
1995 besonders wichtig. Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung in den
1996 Ländern des Südens sollen umfassend gefördert werden. Wir wollen die Mittel für
1997 den Zivilen Friedensdienst, der speziell ausgebildete Fachleute in Konfliktgebiete
1998 entsendet, aufstocken. Die Zahl der derzeit 300 Friedensfachkräfte im Einsatz
1999 wollen wir bis 2017 auf mindestens 600 erhöhen. Finanziert werden kann das mit
2000 einem Teil der Gelder, die durch den Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr
2001 eingespart werden.
- 2002 Wir machen uns stark für den Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes.

2003 **Soziale Gerechtigkeit weltweit**

2004 Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur in Deutschland immer weiter auseinander.
2005 Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger
2006 als zwei Dollar am Tag. Dagegen werden die wenigen Reichen immer reicher.

2007 Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist deshalb eine
2008 direkte Vorbeugung vor Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen die ungerechten weltweiten
2009 Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass reale Entwicklungschancen für die
2010 Menschen entstehen. Die deutsche und europäische „Entwicklungshilfe“ ist oftmals an
2011 erpresserische Strukturereformen geknüpft und untergräbt somit eigenständige Entwicklung.
2012 Deshalb setzen wir uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf
2013 die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen in den Ländern des Südens ausgerichtet ist.

2014 Ein sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen und die Umstellung auf erneuerbare
2015 Alternativen hier in Deutschland ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit – und trägt dazu
2016 bei, Ressourcenkonflikte zu vermeiden. Die Herausforderungen, die der Klimawandel für
2017 Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssen solidarisch und global
2018 gelöst werden. Die, die am stärksten unter den Folgen leiden, benötigen besondere
2019 Unterstützung. Die Klimafinanztransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden
2020 Euro jährlich ansteigen und zusätzlich zur bestehenden Entwicklungszusammenarbeit
2021 bereitgestellt werden.

2022 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder
2023 gefährden, müssen beendet werden. Dasselbe gilt für Freihandelsabkommen. Es dürfen nicht
2024 länger neoliberale Strukturanpassungen erzwungen werden. Die internationalen Finanzmärkte
2025 müssen reguliert und insbesondere Spekulationen mit Nahrungsmitteln unterbunden werden.

- 2026
- Land- und forstwirtschaftliche Produkte dürfen nur eingeführt werden, wenn sie nachweislich fair, nachhaltig sowie unter Berücksichtigung der europäischen Vorgaben des Verbraucherschutzes produziert wurden. Dazu sind Zertifizierungs- und Kontrollkriterien zu entwickeln. Der Import von Agro-Sprit muss verboten werden, weil er die Ernährung der Menschen und die biologische Vielfalt im globalen Süden gefährdet. Aus diesem Grunde ist auch die Aneignung von großen Landflächen in ärmeren Ländern zu unterbinden. Eine hohe Eigenversorgung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf nationaler und europäischer Ebene durch optimale Nutzung der natürlichen, ökonomischen und personellen Ressourcen sehen wir als unseren solidarischen Beitrag zur Lösung der Welternährungsprobleme.
 - Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden.
- 2037

2038 Wir setzen uns gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften für Abkommen der
2039 EU ein, die tatsächlich eine Entwicklung ermöglichen und fördern; die gerechten,

2040 solidarischen Handel, kulturellen Austausch und technologische und wissenschaftliche
2041 Zusammenarbeit umfassen. Die Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungs- und
2042 Schwellenländern dienen dagegen einseitig den Interessen transnationaler Konzerne.

2043 Wir unterstützen die gleichberechtigte und solidarische Zusammenarbeit von Ländern, wie
2044 etwa das ALBA-Bündnis in Lateinamerika, und wenden uns gegen die anhaltende Blockade
2045 westlicher Staaten gegenüber Kuba.

2046 Rohstoffe müssen angemessen bezahlt werden, um die Einnahmen der rohstoffreichen
2047 Länder des Südens zu erhöhen. Gleichzeitig soll durch eine Verteuerung der Rohstoffe auch
2048 eine ressourcensparende Produktion forciert werden. Die Verarbeitung von Rohstoffen in den
2049 Herkunftsländern muss gezielt gefördert werden, um einen Teil der Wertschöpfung in den
2050 Herkunftsländern zu belassen.

- 2051
- Deutsche Konzerne müssen verpflichtet werden, die sozialen und demokratischen
2052 Rechte weltweit zu wahren. Durch gesetzliche Regelungen, deren Einhaltung
2053 unabhängig überprüft wird, durch Transparenz und Rechenschaftspflicht kann
2054 verhindert werden, dass in Deutschland Waren verkauft werden, die unter
2055 unmenschlichen Bedingungen in armen Ländern geerntet, abgebaut oder produziert
2056 wurden. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit soll unterbunden werden.
 - DIE LINKE fordert hierfür z. B. eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller
2057 Zulieferer für deutsche Firmen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst,
2058 für die Baumwolle in T-Shirts wie für die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und
2059 Näher.
2060

2061

2062 **Das internationale Recht stärken und Menschenrechte für alle**

2063 DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale
2064 Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Das
2065 Gewaltverbot, wie es die UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden.

2066 Auch die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte ist dem Gewaltverbot der
2067 UNO-Charta untergeordnet. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte gegen das
2068 Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegegründung zu missbrauchen, wie es alle
2069 Bundesregierungen der letzten 15 Jahre getan haben.

2070 Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der
2071 sozialen und kulturellen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.
2072 Menschenrechte dürfen nicht als taktische Manövriermasse genutzt werden, um den Einsatz
2073 von Militär zu rechtfertigen – so wie es alle anderen Parteien tun. Die Bundesregierung
2074 verweigert bis heute die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über

2075 wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Einzelpersonen bei Verletzung dieser
2076 Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.

2077 Wir wollen die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen erreichen. Die zivilen
2078 UN-Gremien müssen effizienter gestaltet, finanziell besser gestellt und politisch gestärkt
2079 werden. So sollten Fragen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung in den Gremien der
2080 Vereinten Nationen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und der Konferenz für
2081 Handel und Entwicklung (UNCTAD) verhandelt werden und nicht in selbst mandatierten
2082 Zirkeln wie den G8 oder den G20.

2083 Die Legitimität des Sicherheitsrates soll erhöht werden. Wir setzen uns deshalb für eine
2084 stärkere Repräsentanz afrikanischer, lateinamerikanischer und südasiatischer Staaten ein
2085 und für die Gleichberechtigung der Sicherheitsratsmitglieder. Ein ständiger deutscher Sitz im
2086 UN-Sicherheitsrat wird von uns abgelehnt.

2087 Die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss
2088 mehr entscheiden können.

2089

2090 **Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben**

Leopard-Kampfpanzer für Saudi-Arabien, deutsche Sturmgewehre bei Gaddafi, atomwaffenfähige U-Boote in Israel: Das sind nur drei der deutschen Rüstungsexportskandale der vergangenen Jahre. Sie zeigen, wie skrupellos und unkontrolliert Deutschland Kriegsgüter exportiert. Nur die USA und Russland sind im „Geschäft mit dem Tod“ noch hemmungsloser als Deutschland. Deutschland gehört weltweit zu den größten Herstellern von Kleinwaffen, von Sturmgewehren, Pistolen und Revolvern. Weltweit sind etwa 875 Millionen Kleinwaffen im Umlauf, jeden Tag werden über 1 300 Menschen durch Kleinwaffen getötet.

2091

2092 Unsere internationale Politik zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist
2093 Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland
2094 exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes, fördert Unterdrückung und macht
2095 es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt
2096 werden. DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen.

- 2097
- 2098 • Als ersten Schritt fordern wir das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und
2099 Waffenfabriken. Es sind gerade diese so genannten Kleinwaffen – Sturmgewehre und
2100 Maschinenpistolen – mit denen die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt
getötet werden, sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts.
 - 2101 • Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden, weder
2102 durch die staatliche Absicherung mit Hermesbürgschaften noch durch
2103 Ausbildungsunterstützung oder über andere Wege.

2104 • Für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen durch Konversionsprogramme
2105 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Forschung zur Rüstungskonversion, also
2106 zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, sollte mit öffentlichen Geldern
2107 gefördert werden.

2108 Zur Vision einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung
2109 im eigenen Land.

2110 • Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort
2111 abgezogen und vernichtet werden.

2112 • Bundeswehr oder Polizei dürfen keine Kampfdrohnen anschaffen! DIE LINKE setzt sich
2113 dafür ein, alle unbemannten Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen
2114 und Kampfroboter) international zu ächten.

2115 Wir fordern die Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherheitssystem unter
2116 Beteiligung Russlands ersetzt werden, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig
2117 von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE dafür
2118 eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt.

2119 DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze
2120 der Bundeswehr im Ausland zulässt.

2121 **IV Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft**
2122 **demokratisieren**

2123

2124 Soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und ein gutes Leben sind miteinander
2125 verbunden: Alternative Produktion und Konsumtion werden sich nur dann in der ganzen
2126 Gesellschaft durchsetzen, wenn sie gleichzeitig zu mehr sozialer Gleichheit führen.

2127 In Deutschland herrscht weiterhin Massenerwerbslosigkeit und es fehlen etwa fünf Millionen
2128 existenzsichernde Arbeitsplätze. Wir finden uns nicht damit ab, dass die verfestigte
2129 Erwerbslosigkeit Millionen Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt. Wir
2130 brauchen einen Richtungswechsel in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, die
2131 Massenerwerbslosigkeit überwindet, Löhne und Einkommen der breiten Bevölkerung erhöht
2132 und die öffentlichen Finanzen stärkt. Wir wollen klein- und mittelständische Unternehmen und
2133 das Handwerk stützen und mit stärkerer Orientierung auf den Binnenmarkt und regionale
2134 Wirtschaftskreisläufe ein Gegengewicht zur expansiven Exportpolitik schaffen. Die
2135 wachsenden Exportüberschüsse sind eine Ursache für die wirtschaftlichen Krisen in Europa
2136 und die wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

2137 Die Wirtschaftspolitik der Regierung setzt auf Deregulierung und Flexibilisierung. Wenn die
2138 globale Nachfrage einbricht oder transnationale Konzerne Standorte verlagern, wirkt das wie
2139 ein Schicksal, das über die Beschäftigten hereinbricht. Tatsächlich steht dahinter eine
2140 verfehlte Wirtschaftspolitik. Wenn die Investitionen nicht nach anderen Kriterien gesteuert
2141 werden, verkommt die öffentliche Infrastruktur, und Massenarbeitslosigkeit wird zementiert.
2142 Wir wollen den sozial-ökologischen Umbau mit einer Stärkung der öffentlichen
2143 Daseinsvorsorge und der Ausweitung von personennahen Dienstleistungen verbinden.

2144 Dafür muss Wirtschaft demokratisch gestaltet werden: im Betrieb durch mehr direkte
2145 Mitbestimmung von unten, in der Gesellschaft insgesamt durch eine Politik der stärkeren
2146 sozialen, finanziellen und ökologischen Regulierung. Nur unter den richtigen
2147 Rahmenbedingungen können sich gute Arbeit, soziale und ökologische Ideen in den Betrieben
2148 durchsetzen. Wir wollen Weichen für die Zukunft stellen: Was wir wie produzieren, muss
2149 demokratisch ausgehandelt werden und tragfähig für Natur und Menschen sein. Wir müssen
2150 die Energieversorgung umbauen und umweltverträgliche, für alle zugängliche Formen von
2151 Mobilität entwickeln. Wir wollen Alternativen zur Rüstungsproduktion und zu
2152 umweltschädlichen Produktionszweigen schaffen. Dabei sollen auch die Arbeitsplätze
2153 umgewandelt und gesichert werden. Dieser Umbau gehört mit der Ausweitung der
2154 Demokratie auf verschiedenen Ebenen zusammen.

2155 **Profitlogik in die Schranken weisen**

2156 Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht auf Maximierung von Profiten oder Finanzmarkt-Renditen
2157 ausgerichtet ist, sondern auf die Bedürfnisse der Menschen. Auf mittlere Sicht müssen

2158 deshalb die Strukturen in Industrie und der gesamten Wirtschaft umgebaut werden. Wir
2159 wollen gute Arbeitsplätze schaffen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse überwinden.
2160 Dafür wollen wir soziale, ökologische und öffentliche Dienstleistungen fördern und die
2161 öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen.

2162 Die öffentliche Infrastruktur – Brücken, Schienen, Straßen, Krankenhäuser, Schulen – wird
2163 immer schlechter. Das Vorhandene wird nicht repariert und saniert, in Neues wird nicht
2164 investiert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beispielsweise beziffert den
2165 jährlichen Finanzbedarf für den Bildungsbereich auf über 50 Milliarden Euro und den
2166 momentanen Investitionsstau auf zusätzliche 45 Milliarden Euro, im Bereich der
2167 Gesundheitsversorgung liegt er noch weit darüber.

2168 Wir wollen ein Programm für öffentliche Investitionen, mit dem die Infrastruktur modernisiert
2169 und auf ein leistungsfähiges Niveau gehoben wird. Das schafft bessere Lebensbedingungen
2170 für die Zukunft, Arbeit, Einkommen und soziale Sicherheit. Insgesamt belaufen sich unsere
2171 geplanten Investitionen im Bereich des (barrierefreien) Verkehrs, des sozial-ökologischen
2172 Umbaus, der Bildung, für Arbeitsplätze und sozialen Wohnungsbau auf 100 Milliarden Euro
2173 jährlich. Die Ausgaben sind durch unsere erweiterten Einnahmen gedeckt.

2174 Grundsätzlich sind staatliche Fördermaßnahmen von zinsverbilligten Krediten bis zur
2175 Forschungsförderung an Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit zu
2176 binden. An diesen Kriterien hat sich auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen
2177 auszurichten. Staatliche Krisenhilfen dürfen nur im Tausch gegen entsprechende
2178 Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte für die öffentliche Hand und die Belegschaften
2179 vergeben werden.

2180 In keinem anderen Industrieland ist die Dienstleistungsarbeit im Verhältnis zur Industriearbeit
2181 so schlecht bezahlt wie in Deutschland. Wir wollen das ändern! Besonders personennahe
2182 Dienstleistungen müssen aufgewertet werden.

- 2183
- 2184 • Dafür sind deutlich höhere Investitionsmittel für den Ausbau der öffentlichen
2185 Daseinsvorsorge erforderlich. Im Vergleich haben die skandinavischen Länder etwa
2186 doppelt so viele Beschäftigte im Bereich von Kindererziehung, Bildung und
2187 Gesundheitsversorgung. Auch bei uns müssen in diesen Bereichen mehr tariflich
2188 gesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden.
 - 2189 • Wir setzen uns dafür ein, dass Solarzellen und Solarthermie auf Behördendächern in
2190 Bund, Ländern und Kommunen deutlich stärker zum Einsatz kommen.
 - 2191 • Den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) als hocheffiziente Brückentechnologie
2192 und Kapazitätsreserve in der Energiewende wollen wir über das Gesetz zur Förderung
2193 der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) deutlich stärker fördern, als es derzeit geschieht.
2194 Gerade Schulen, Behörden und andere öffentliche Gebäude, aber auch
2195 Mehrfamilienhäuser können so ihre Energieerzeugung modernisieren.
 - Umweltfreundliche und attraktive Verkehrsträger und -konzepte sollen Vorrang vor

2196 dem Ausbau von Straßen, Flughäfen und Schnellbahnverbindungen haben. Dies
2197 erfordert eine dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene und eine
2198 Erhöhung der Regionalisierungsmittel.

2199 Bereiche innerhalb der Wirtschaft, die der Daseinsvorsorge dienen – wie große
2200 Energieerzeugungsanlagen, Netze bei Energie sowie Wasser und Abwasser sowie strategische
2201 Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Bildung, Banken, Verkehr oder
2202 Wohnungswirtschaft – gehören in öffentliche oder genossenschaftliche Hand. Wir wollen sie
2203 dort bewahren oder dahin überführen. In einem ersten Schritt müssen alle Verträge über die
2204 Privatisierung von öffentlichen und kommunalen Unternehmen offengelegt werden.

2205

2206 **Industriepolitik für die Zukunft: ändern, was wir wie produzieren**

2207 Die Orientierung auf Shareholder-Interessen hat sich auch in den Unternehmensstrategien
2208 der Industrie durchgesetzt. Produkt- und Marktstrategien fragen kaum nach gesellschaftlicher
2209 Nützlichkeit und ökologischer Verträglichkeit. So reduzieren Wirtschaftskonzerne selbst im
2210 Aufschwung nachhaltige Investitionen und Forschungsausgaben. Sie greifen ihre
2211 Eigenkapitalbasis an, nur um den Anteilseignern möglichst hohe Gewinne auszuschütten.
2212 Produkte und Dienstleistungen, die dringend benötigt werden, aber kurzfristig nicht rentabel
2213 sind, werden nicht entwickelt. Wir wollen deshalb eine aktive staatliche Industriepolitik, die
2214 nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt,
2215 sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

2216 Es reicht nicht, auf regenerative Energien umzusteigen: Der Ausstoß von Schadstoffen und
2217 Treibhausgasen muss insgesamt sinken, auch der Verbrauch von Ressourcen und Energie
2218 muss global bis Mitte des Jahrhunderts mehr als halbiert werden. Wir wollen eine alternative
2219 Produktion voranbringen. Eine neue Industriepolitik muss sich folgende Ziele setzen: eine
2220 stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt, gute Arbeitsplätze anbieten, Voraussetzungen
2221 für ein gutes Leben schaffen. DIE LINKE kämpft für eine sozial-ökologische Transformation
2222 unserer Gesellschaft. Ohne die Verbesserung der öffentlichen Finanzen, ein sozial-
2223 ökologisches Investitionsprogramm und die Organisation von gerechten Übergängen wird der
2224 Umbau nicht gelingen.

- 2225 • Für diesen Umbau der Industrie brauchen wir verbindliche ökologische Zielvorgaben
2226 und mehrjährige Stufenpläne. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten, Verboten
2227 und Transparenz soll die Schonung von Ressourcen belohnen und deren
2228 Verschwendung bestrafen bzw. unterbinden. Zur Abfallvermeidung und für mehr
2229 Verbraucherschutz sind Garantie- und Gewährleistungspflichten zu verlängern und
2230 Sollbruchstellen gesetzlich zu verbieten. So können Produkte länger halten bzw.
2231 repariert statt weggeworfen werden.
- 2232 • Unternehmen sollten künftig für mehr Produktgruppen als bislang die sogenannte
2233 Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus ihres Produktes übernehmen
2234 müssen. Firmen müssen dann Produkte nach ihrer Lebensdauer zurücknehmen und
2235 einer Verwertung zuführen.
- 2236 • Unternehmen müssen verpflichtet werden, sinnvolle Energie- und
2237 Rohstoffmanagementsysteme zu unterhalten und deren Ergebnisse öffentlich
2238 zugänglich zu bilanzieren.
- 2239 • Wir wollen Unternehmen verpflichten, Umweltdaten und Sozialstandards offenzulegen,
2240 und sie externen Kontrollen unterwerfen. Auch Aktivitäten von Tochterfirmen,
2241 Zulieferer oder Auftragsfertiger müssen einbezogen werden. Für die Kontrolle, ob
2242 Vorschriften und Vorgaben eingehalten werden, brauchen wir mehr Mitspracherechte
2243 der Bürgerinnen und Bürger sowie personell und fachlich gut ausgestattete
2244 Umweltbehörden.

- 2245 • Unternehmen werden verpflichtet, ihre Produkte innerhalb von drei Jahren am
2246 Standard des jeweils effizientesten Geräts zu orientieren, um sie kontinuierlich zu
2247 verbessern (Top-Runner-Modell).
- 2248 • Wir wollen ein System in die Diskussion bringen, das beim Import und bei der
2249 Förderung ausgewählter Rohstoffe auf EU-Ebene eine Mengenregulierung etabliert.
2250 Damit soll vor allem der Verbrauch von Ressourcen gesenkt werden, die selten sind
2251 und deren Förderung und Nutzung mit unverträglich hohen ökologischen oder sozialen
2252 Belastungen einhergehen.
- 2253 • Auch im industriellen Sektor sollen künftig Stoffströme im Kreislauf gefahren und
2254 Abfallstoffe aus Produktion und Konsumtion wieder Ausgangsstoffe für Produktion
2255 und Wiederverwendung werden. Abschätzungen zu Risiken und Folgen sind integraler
2256 Bestandteil der Entwicklung von Verfahren, Technologien, Materialien und Produkten.

2257

2258 **Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung**

2259 Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus
2260 enden. Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der Demokratie auf
2261 Wirtschaft ausgedehnt wird, statt sie den Anforderungen von Märkten und Konkurrenz
2262 unterzuordnen. Dazu gehören – wie beschrieben – der Finanzsektor unter demokratischer
2263 Kontrolle und eine Regulierung der Finanzmärkte. Auch auf betrieblicher Ebene muss die
2264 Sozialbindung des Eigentums gesichert werden.

2265 Die Ausgestaltung einer sozialen Wirtschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen muss
2266 klaren Maßstäben folgen, die Verteilungsmaßnahmen, demokratische Kontrolle, Teilhabe und
2267 Mitspracherechte für alle beteiligten Gruppen umfasst. Hierbei spielen für uns
2268 Genossenschaften eine wichtige Rolle, die vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und
2269 Wirtschaftskrise eine klare Alternative für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften
2270 darstellen. Wir wollen das Genossenschaftsprinzip ausbauen und das Genossenschaftsrecht
2271 stärken. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist möglich über erweiterte
2272 Mitbestimmungsrechte, Belegschaftsanteile und überbetriebliche Beiräte. Und sie ist eine
2273 Frage des Eigentums: Unternehmen der Daseinsvorsorge, Finanzinstitute und
2274 strukturbestimmende Unternehmen der Energiewirtschaft gehören schon längst in öffentliche
2275 Hand. Langfristig wollen wir strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche
2276 Eigentumsformen überführen.

2277 Dieser Umbau wird auf allen Ebenen von Branchendialogen fachlich begleitet und von
2278 Branchenbeiräten koordiniert. In ihnen sitzen Unternehmen, Wissenschaft, Umwelt- und
2279 Konsumentenverbände sowie Gewerkschaften. Die Beiräte haben je Ebene besondere
2280 Aufgaben. Sie haben auf ihrer jeweiligen politischen Ebene ein Initiativrecht.

- 2281 • Die Mitbestimmung der Beschäftigten, die Rechte von Gewerkschaften und

2282 Betriebsräten müssen ausgebaut werden.

2283 • Die Antistreikparagrafen müssen abgeschafft werden.

2284 • Wir wollen das Mitbestimmungs- und das Streikrecht auf Veräußerungen, Übernahmen
2285 und die Verlagerung von Unternehmen oder Unternehmensteilen ausweiten und mit
2286 den Gewerkschaften gemeinsam das Recht auf politischen Streik durchsetzen.

2287 Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte im Rahmen von Genehmigungsverfahren können
2288 ein scharfes Schwert zum Schutz von Umwelt und den Interessen der Bevölkerung sein, wenn
2289 sie vernünftig ausgestaltet sind: so im Kampf gegen neue Kohlekraftwerke, unzulängliche
2290 Industrieanlagen, überflüssige Straßenbau- oder Infrastrukturprojekte oder zum Erhalt von
2291 Natur- und Erholungsflächen.

2292 • Wir wollen dafür sorgen, dass die Aarhus-Konvention – mehr Transparenz,
2293 Bürgerbeteiligung und Rechtswege bei Vorhabengenehmigungen – in Deutschland
2294 endlich umgesetzt wird.

2295

2296 **Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung**

2297 Die Energiewende in Deutschland kann in eine Zukunft ohne Atomkraft, Kohle und Öl führen,
2298 hin zu einer vollständigen Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität aus regenerativen
2299 Quellen. Die Energiepolitik der Regierung orientiert sich im Kern jedoch weiterhin an den
2300 Profitinteressen der fossilen Energie- und Industriezweige. Darum wird eine sozial gerechte
2301 Weiterentwicklung von umweltpolitischen Instrumenten und eine wirksame Politik zur
2302 Einsparung von Energie und Ressourcen behindert.

2303 Zwar wird die regenerative Energieerzeugung rasant ausgebaut, dabei werden aber
2304 zentralistische und undemokratische Konzernstrukturen festgeschrieben. Im Ergebnis werden
2305 die Lasten der Energiewende einseitig auf die Schultern privater Verbraucherinnen und
2306 Verbraucher sowie des Klein- und Mittelstandes abgeladen. Sie zahlen für die Profite der
2307 Konzerne.

2308 DIE LINKE streitet für Energiedemokratie: demokratisch gesteuert, im Ziel 100 Prozent
2309 regenerativ, vorrangig regional und dezentral erzeugt durch mitbestimmte Unternehmen vor
2310 Ort, und die Preise sozial gestaltet. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der
2311 Stromversorgung soll bis 2020 auf 50 Prozent, der an der Wärmeversorgung auf 20 Prozent
2312 erhöht werden. Strom- und Wärmenetze gehören in öffentliche Hand, die Rolle kommunaler
2313 Stadtwerke und genossenschaftlicher Versorger bei der Strom- und Wärmeerzeugung muss
2314 gestärkt werden. Auch Stadtwerke müssen neue Formen transparenter Betriebsführung und
2315 demokratischer Beteiligung etablieren. Viele kommunale und regionale Beispiele zeigen
2316 schon jetzt, wie eine Dezentralisierung der Energieproduktion mit einer Demokratisierung von

2317 Macht- und Eigentumsverhältnissen verbunden werden kann. Gerade lokale Energieverbände
2318 eignen sich dazu, selbstbestimmt, ökologisch nachhaltig und jenseits der Profitlogik ihren
2319 Energiebedarf in gemeinwirtschaftlichen („commons-basierten“) Strukturen zu produzieren.

2320 Um dies voranzutreiben, wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen
2321 zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garantierte, kostenorientierte
2322 Vergütungsätze – erhalten. Gleichzeitig wollen wir im EEG Anreize dafür schaffen, dass
2323 regenerative Erzeugungsanlagen stärker der Funktionsfähigkeit des gesamten
2324 Energiesystems dienen.

2325 Ein zukunftsfähiges Energiesystem aufzubauen, heißt zudem:

- 2326 • Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss unumkehrbar sein und soll im Grundgesetz
2327 festgeschrieben werden. Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden. Die
2328 Fertigung von atomaren Brennelementen in Gronau muss beendet werden.
- 2329 • Den Im- und Export von Atommüll wollen wir verbieten. Das Atommülllager Gorleben
2330 akzeptieren wir nicht als Entsorgungsnachweis für atomaren Müll.
- 2331 • Wir wollen den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Emissionshandel kann
2332 dies nicht zuverlässig garantieren, seine Bilanz der vergangenen acht Jahre ist
2333 verheerend. Wir wollen stattdessen ein Kohleausstiegsgesetz durchsetzen, das ein
2334 Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und für den Neuaufschluss von
2335 Braunkohletagebauen vorsieht. Feste Restlaufzeiten sollen zudem für ein
2336 schrittweises Abschalten der bestehenden Kohlekraftwerke sorgen, das letzte
2337 Kohlekraftwerk soll bis spätestens 2040 vom Netz gehen. Um bis dahin die
2338 gravierenden Folgen des Abbaus von Braunkohle zu begrenzen, erneuern wir unsere
2339 Forderung nach Änderung des Bundesberggesetzes: Die Rohstoffsicherungsklausel
2340 des Bundesberggesetzes muss endlich durch soziale und ökologische Kriterien
2341 ergänzt werden. So wollen wir einen Klimaschutzpfad im Stromsektor vorgeben und
2342 Planungssicherheit herstellen.
- 2343 • Der Übergang zu einem erneuerbaren Energiesystem erfordert die flexible Steuerung
2344 von Stromerzeugung und -verbrauch sowie die Zwischenspeicherung von Elektrizität.
2345 Dafür brauchen wir eine Speicher-Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung.
- 2346 • Wir wollen ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und
2347 Mineralölkonzerne schaffen.
- 2348 • Unberechtigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder
2349 im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte wollen wir zügig
2350 abschaffen. Um die dezentrale Energiewende voranzubringen, wollen wir
2351 Förderprogramme für Kommunen ausbauen, die ihre Energieversorgung in die eigene
2352 Hand nehmen wollen.

2353 Zentral ist für uns: Um Energiearmut zu vermeiden, muss der Basisverbrauch für alle
2354 bezahlbar bleiben. Vielverbraucher sollen mehr bezahlen, um diese Maßnahme

2355 mitzufinanzieren.

- 2356 • Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen,
2357 durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes
2358 Grundkontingent an Strom erhält, das einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs
2359 abdeckt. Der über einen durchschnittlichen Verbrauch hinausgehende
2360 Stromverbrauch würde teurer als heute.
- 2361 • Die Gestaltung der Strompreise muss effektiv überwacht werden. Der zuständigen
2362 staatlichen Behörde soll dafür ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem
2363 Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind.
- 2364 • Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen
2365 oder frieren müssen. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden!

2366 Unternehmen müssen verbindliche gesetzliche Vorgaben erhalten, damit sie den
2367 Energieverbrauch minimieren. Neben der verbesserten Förderung der energetischen
2368 Gebäudesanierung und von Blockheizkraftwerken wollen wir den verpflichtenden Anteil
2369 erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten schrittweise steigern und bei
2370 grundlegenden Sanierungen auch auf den Gebäudebestand ausweiten. Wir setzen uns dafür
2371 ein, dass sowohl die unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS) als auch die Erdgasförderung
2372 mittels Fracking verboten wird. Fracking bedeutet nicht nur große Gefahren für das
2373 Grundwasser, sondern auch enorme Schäden an Natur und Landschaft. Die demokratischen
2374 Mitentscheidungsrechte müssen bei der Erdgasförderung und in anderen Bereichen des
2375 Rohstoffabbaus gesichert werden.

2376

2377 **Mobilität für alle: flexibel, ökologisch, bezahlbar**

„Einen großen Teil meines Lebens verbringe ich im Stau: zwischen Zuhause, Kinder in die Schule fahren, dann zur Arbeit, nach der Arbeit Erledigungen, mit dem Auto zum Supermarkt. Da wir etwas außerhalb wohnen müssen, gibt's kaum Alternativen zum Auto, nicht flexibel genug und zu teuer.“ Heike, 51, Kreuzbruch, Brandenburg

2378

2379 Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Mobilität ist nicht gleich Verkehr. Verkehrslärm belastet viele
2380 Menschen, besonders in Wohnungen und Wohnlagen, die für Menschen mit geringem
2381 Einkommen erschwinglich sind. In der Erwerbsarbeit und vom Jobcenter wird Mobilität als
2382 Anforderung formuliert: Die Einzelnen sollen bereit sein, weite Strecken zu pendeln. Mobilität
2383 wird immer teurer. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Die
2384 Mobilitätspauschale in den Hartz-IV-Sätzen deckt in vielen Fällen nicht einmal die Kosten für
2385 ein Sozialticket ab. Ein richtiges Sozialticket gibt es zudem nur in wenigen Kommunen.

2386 Um den Pendlerverkehr zu reduzieren, ist ein neues Leitbild der Regionalplanung und

2387 Strukturpolitik nötig, das die verschiedenen Lebensbereiche wieder zusammenführt. Wir
2388 wollen im Güterverkehr eine intelligente Verknüpfung von Transport- und Logistikleitsystemen
2389 mit Vorrang von Schiene und umweltfreundlicher Schifffahrt fördern.

2390 • Die Pendlerpauschale wollen wir zunächst sozial gerecht in eine Zulage umwandeln
2391 und einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten.

2392 Die Investitionen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr sind zurückgegangen, die Qualität der
2393 öffentlichen Verkehrsangebote nimmt ab. Auf dem Land ist man fast zwangsläufig auf ein
2394 Auto angewiesen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie auch in ländlichen Regionen.

2395 Der öffentliche Verkehr soll barrierefrei ausgebaut werden und die Nutzer erheblich weniger
2396 kosten. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende
2397 Verkehrsmittel. Statt erzwungener, ungewollter Mobilität wollen wir eine Wiederaneignung
2398 des Öffentlichen und der Stadt als Lebensraum.

2399 • Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die öffentliche Hand
2400 muss garantiert und verbessert werden.

2401 • Perspektivisch soll der Schienenverkehrssektor ausschließlich unter öffentlichem
2402 Einfluss sein. Der Bund muss den Erhalt und den erforderlichen Ausbau der
2403 Schienenwege in vollem Umfang sichern und den Ländern dauerhaft ausreichende
2404 Mittel für die Verkehrsleistungen und den Infrastrukturausbau im öffentlichen
2405 Personennahverkehr zur Verfügung stellen.

2406 Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr sollte unter Einbeziehung von
2407 Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen
2408 Betroffenen kooperativ demokratisch reguliert und betrieben werden. Die intelligente
2409 Vernetzung der Mobilität zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn sowie mit Leihautos/CarSharing
2410 ist eine gute Voraussetzung für neue sozial-ökologische Lebensweisen in den Städten und auf
2411 dem Land. Die gute Anbindung auf dem Land nimmt den Druck vom Zuzug in die Städte und
2412 stabilisiert regionale Wertschöpfungsketten.

2413 • Wir wollen den Nah- und Fernverkehr ausbauen und dabei gute, tarifgebundene Arbeit
2414 in öffentlicher Trägerschaft schaffen, um der neuen Nachfrage nach ökologischen
2415 Formen der Mobilität zu entsprechen.

2416 Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr. Erfahrungen zeigen,
2417 dass er von immer mehr Menschen genutzt wird, wenn er entgeltfrei und steuerfinanziert ist.

2418 • Zusammen mit sozialen Initiativen streiten wir für die flächendeckende Einführung von
2419 Sozialtarifen und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte.

2420 • Im ländlichen Raum wollen wir ein flexibles Angebot wie Bürgerbusse oder
2421 kostengünstige Anruf-Sammeltaxis, um das Leben dort attraktiver zu machen.

2422 • Gemeinsam mit sozialen Initiativen wie „Bahn für alle“ setzen wir uns gegen die
2423 Privatisierung der Deutschen Bahn und für eine breite demokratische Kontrolle ein,
2424 die sich an Wirtschaftlichkeit und den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an
2425 Renditen orientiert. Den Ausbau eines konkurrierenden Busfernnetzes lehnen wir ab.

2426 Der Anteil des Verkehrs an den schädlichen CO₂-Emissionen ist auf etwa 20 Prozent
2427 gestiegen, Tendenz steigend. Elektroautos sind keine nachhaltige Alternative: Ihre Produktion
2428 belastet die Umwelt über die Maßen. Auch Biokraftstoffe haben eine negative Ökobilanz, weil
2429 sie weltweit Nutzflächen brauchen, die dann für den Anbau von Nahrungsmitteln fehlen.
2430 Zunehmend werden Flächen versiegelt und Landschaften durch Straßenbau zerstört. Am
2431 stärksten steigen CO₂-Ausstoß, Verkehrslärm und Luftschadstoffe aufgrund des Lkw-Verkehrs
2432 und der Luftfahrt.

- 2433 • Die Kfz-Steuer für neu angeschaffte Fahrzeuge wollen wir auf ökologische Kriterien
2434 umstellen und die Einhaltung von Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerten konsequent
2435 durchsetzen. Das steuerliche Dienstwagenprivileg muss schrittweise abgebaut
2436 werden.
- 2437 • DIE LINKE will den Import von Agrotreibstoff verbieten, weil er die
2438 Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt, so den Hunger
2439 befördert und wertvolle Wälder und andere Biotope zerstört. Regionale, reine
2440 Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim öffentlichen
2441 Personennahverkehr eingesetzt werden.
- 2442 • Es muss endlich die Steuer auf Flugbenzin eingeführt werden.
- 2443 • Im Güterverkehr sollten sich dessen hohe soziale und ökologische Kosten in einer
2444 steigenden Energiesteuer und einer verbindlichen Lkw-Maut niederschlagen. Wir
2445 wollen längere Ruhezeiten für Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer durchsetzen. Gute Arbeit
2446 gilt auch für sie!
- 2447 • Die Einführung von Monster-Lkws, so genannten Gigalinern, wollen wir untersagen.
- 2448 • An bestehenden Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge
2449 Grenzwerte und aktiven Lärmschutz deutlich verringert werden. Zukunftsorientierte
2450 Verkehrspolitik muss in erster Linie für den Gesundheitsschutz der Betroffenen sorgen
2451 und auf nachhaltigen Umweltschutz gerichtet sein.
- 2452 • Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für
2453 stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz
2454 verankert werden.
- 2455 • Eine Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist für die Einführung eines
2456 Tempolimits von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen – setzen wir es um!

2457 Mit Bürgerinitiativen und Bewegungen auch in anderen Ländern Europas arbeiten wir gegen
2458 große unnütze Projekte, bei denen Milliarden verbaut werden, wenige profitieren und die
2459 Versorgung in der Fläche auf der Strecke bleibt. Das Symbol für diese Auseinandersetzung ist
2460 Stuttgart 21.

- 2461 • Wir fordern den Ausstieg aus Stuttgart 21 und die Ertüchtigung des bestehenden
2462 Kopfbahnhofes.
- 2463 • Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Planungsbehörden die Bürgerinnen
2464 und Bürger sowie Interessenvertretungen von Anfang an stärker einbeziehen und
2465 Volksentscheide in einem frühen Stadium möglich werden.

2466 Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur
2467 umweltgerechten Mobilitätsplanung. Die Verkehrswegeplanung ist in den vergangenen Jahren
2468 beschleunigt und damit der Einfluss von Anwohnerinnen und Anwohnern eingeschränkt
2469 worden. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um
2470 die Entscheidungen zu demokratisieren. Diese Beiräte setzen sich zusammen aus
2471 Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbänden, Bürgerinnen und
2472 Bürgern, die gemeinsam mit Parlamenten über Anforderungen, langfristige Investitionen und
2473 die Ausgestaltung der vernetzten Mobilitätsdienstleistungen entscheiden.

2474 Auch Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und
2475 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.

2476

2477 **Schutz von Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt**

2478 Wir wollen, dass der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesbehörden ihre Kompetenzen
2479 nutzen, um die Rahmenbedingungen für den besseren Schutz von Boden, Wasser, Luft und
2480 biologischer Vielfalt zu verbessern.

2481 Wir brauchen eine stärkere Gewichtung des Bodenschutzes in der Bauleitplanung und eine
2482 Vorbildrolle bei der Begrenzung des Flächenverbrauches für eigene Bauvorhaben als Beitrag
2483 zur bundesweiten Erreichung der 30-ha-Grenze für den täglichen Flächenverbrauch.
2484 Notwendig sind ebenso rechtliche und finanzielle Regelungen zur Beseitigung und
2485 Revitalisierung von gefährlichen Brachen.

2486 Da die Erreichung der Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (guter ökologischer
2487 Zustand der Gewässer bis 2018) gefährdet ist, muss der Bund ein nationales
2488 Umsetzungsprogramm, z. B. zur Renaturierung von Bundeswasserstraßen, auflegen. Die
2489 nationale Meeresschutzstrategie muss durch konkrete finanziell ausgestattete Aktionspläne
2490 und Maßnahmen untersetzt werden. Die Einleitung von kaliumhaltigen Abwässern in die
2491 Werra und andere Vorfluter ist zu verbieten.

2492 Der Schutz der Luft vor der Verunreinigung mit Feinstaub kann nicht allein den Kommunen (z.
2493 B. durch die Ausweisung von Umweltzonen) überlassen bleiben, sondern muss u. a. durch die
2494 Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene unterstützt werden. Die Belastung der Luft mit
2495 Emissionen von Feinstaub, Mikroorganismen und Geruchsstoffen aus Tierhaltungen ist durch

2496 schärfere verbindliche Vorschriften zur Luftfiltration und die Begrenzung der Größenordnung
2497 der Anlagen sowie strengere Abstandsregelungen zu senken.

2498 Die Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt und der Verpflichtungen für
2499 die europäischen Natura-2000-Schutzgebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) durch Bund,
2500 Länder, Kommunen, Unternehmen und Verbände muss einer kritischen Bewertung und
2501 Erfolgskontrolle unterzogen werden. Insbesondere die Verwaltungen der Bundesstraßen und
2502 Bundeswasserstraßen müssen der Umweltverträglichkeit ihrer Baumaßnahmen Priorität
2503 einräumen. Landschaftszerschneidung durch Bundesautobahnen ist durch Wildbrücken zu
2504 minimieren. Die Bundeswasserstraßen sind für wandernde Fische durchgängig zu gestalten.
2505 Die Flussauen müssen wieder als Hochwasserrückhalteflächen dienen und der Artenvielfalt
2506 Raum geben.

2507 Wir wollen den Naturschutz stärken und vor der Privatisierung der Flächen schützen. Mit
2508 Ausnahme von Umwelt- und Naturschutzverbänden als Eigentümer sollen geschützte Flächen
2509 in öffentlicher Hand bleiben. Das Nationale Naturerbe ist zu sichern und auf bundeseigenen
2510 Flächen zu mehren. Für die Finanzierung der Maßnahmen sollte ein „Natur-Erbe-Fonds“
2511 geschaffen werden. Die Bundesländer müssen bei der Umsetzung der Managementpläne in
2512 Natura-2000-Gebieten finanziell unterstützt werden. Das Bundesprogramm Biologische
2513 Vielfalt muss finanziell auf 100 Millionen Euro aufgestockt werden, auch um die
2514 Kofinanzierung von EU-LIFE-Projekten, z. B. für den Moorschutz, zu sichern. Auch in
2515 Kulturlandschaften kann und muss die Vielfalt von Arten des Lebens geschützt werden. Der
2516 Schutz von Biotopen und deren Verbundlinien soll durch bundesrechtliche Vorgaben gestärkt
2517 werden.

2518 Der konsequente Schutz wildlebender Tiere gebietet, deren Haltung und Dressur in Zirkussen,
2519 Delfinarien und Haushalten zu untersagen. Wir setzen uns für die vollständige Ablösung von
2520 Tierversuchen zur Erprobung von Arzneimitteln und Kosmetika ein.

2521

2522 **Die ländlichen Räume zukunftsfähig machen. Natur und Tiere schützen**

2523 Abseits der Zentren ist Deutschland agrarwirtschaftlich und durch vielfältige Landschaften
2524 geprägt. Ländliche Räume versorgen mit Rohstoffen, Nahrung, sind Gewerbe-, Wohn- und
2525 Erholungsräume. In ihnen werden unsere Lebensgrundlagen Luft, Wasser, Boden und
2526 biologische Vielfalt reproduziert.

2527 DIE LINKE will nachhaltige ländliche Entwicklung voranbringen. Viele ländliche Regionen sind
2528 strukturell benachteiligt und stecken in einer Krise. Schwache wirtschaftliche Grundlagen,
2529 fehlende Aktivitäten und Alternativen führen zu Arbeitslosigkeit, dramatischem
2530 Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Besonders junge Leute wandern auf der Suche
2531 nach Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven in andere Regionen ab. Der

2532 demografische Wandel verschärft die finanzielle Lage der Kommunen. Vom Anspruch
2533 gleichwertiger Lebensverhältnisse wird Abschied genommen und die Förderung zunehmend
2534 auf Wachstumszentren konzentriert. Einzelne Dörfer und ganze Regionen werden einfach
2535 abgehängt.

- 2536 • Die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden bilden die Grundlage für ländliche
2537 Entwicklung. Wir wollen die breite soziale Streuung des Grundeigentums in
2538 Deutschland erhalten, das private Kleineigentum, das genossenschaftliche und das
2539 öffentliche Eigentum vor Ausverkauf schützen. DIE LINKE will das durch den Abbau
2540 des gesetzgeberischen Reformstaus im Boden-, Genossenschafts-, Landwirtschafts-
2541 und Steuerrecht erreichen.
- 2542 • Wir wollen eine flächendeckende nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung. Auch
2543 Gartenbau und Fischereiwirtschaft müssen nachhaltig sein. Betriebe sollen in die Lage
2544 versetzt werden, den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie den
2545 Anforderungen des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes gerecht werden zu können.
- 2546 • In einer hohen Eigenversorgung sehen wir unseren solidarischen Beitrag zur Lösung
2547 des Welternährungsproblems. Deshalb setzen wir uns besonders für eine
2548 Eiweißstrategie zur Verminderung und Ablösung von Sojaimporten ein.
- 2549 • DIE LINKE tritt dafür ein, dass nur noch Ökolandbau und andere umweltgerechte
2550 Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft und Fischerei gefördert werden. Wichtig
2551 sind uns die Erhaltung der biologischen Vielfalt in der Natur sowie die Arten-, Rassen-
2552 und Sortenvielfalt in der Agrarwirtschaft. Der Einsatz von Mineraldüngern und
2553 Pestiziden soll verringert werden. Zugleich setzen wir uns für eine naturnahe
2554 Waldwirtschaft in Bund, Ländern und Gemeinden ein. Deshalb wollen wir auf Ebene
2555 des Bundes dafür sorgen, dass die Bundesforsten auf Grundlage des FSC (Forest
2556 Stewardship Council) ökologisch bewirtschaftet werden.
- 2557 • Agro-Gentechnik, Biopatente und Biopiraterie wollen wir verbieten. Sofort müssen das
2558 Gentechnikgesetz und die Kennzeichnungsvorschriften verschärft werden.
- 2559 • Wir wollen das Recht auf freien Nachbau von Saatgut sichern und treten der
2560 Marktmacht von Saatgut- und Gentech-Konzernen entgegen.
- 2561 • DIE LINKE fordert eine bodengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung.
2562 Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden. Quälereien Praktiken in der
2563 Tierhaltung wollen wir unterbinden und Transporte lebender Tiere auf maximal vier
2564 Stunden begrenzen. Der Einsatz von Antibiotika muss deutlich reduziert werden. Bei
2565 neuen oder unbekanntem Tierkrankheiten wollen wir einen Notfonds für betroffene
2566 Betriebe. Zur Durchsetzung des Tierschutzrechtes sind die Behörden finanziell und
2567 personell besser auszustatten.
- 2568 • Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt-, Tierschutz- und Naturschutzverbände sollen
2569 umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

- 2570 • Staatliche Qualitätskontrollen bei der Erzeugung, Verarbeitung und im Handel sollen
2571 ausgebaut werden, damit nur qualitativ hochwertige und gesundheitlich
2572 unbedenkliche Rohstoffe, Futter- und Nahrungsmittel in den Verkehr geraten.
- 2573 • Wir wollen Hemmnisse beseitigen, die einer noch erfolgreicherer Entwicklung der
2574 Agrargenossenschaften entgegenstehen, zumal diese Rechtsform den Vorrang der
2575 Menschen vor dem Kapital präferiert und namentlich die Genossenschaften in den
2576 neuen Bundesländern einen beträchtlichen Teil der Fläche bewirtschaften,
2577 Wertschöpfung, Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern.
- 2578 • Die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel der EU (GAP), des Bundes und der
2579 Länder (GAK) und des jeweiligen Landes sollen zielgerichteter für Umwelt- und
2580 Sozialleistungen und nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ vergeben werden.
- 2581 • Besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen wollen wir die Mittel aus den
2582 Strukturfonds unter Federführung der ELER-Verwaltung in Regionalbudgets
2583 zusammenführen.
- 2584 • Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Regionen, der Erzeuger und aller Aktiven
2585 vor Ort sollen durch Bündelung der Instrumente und Weiterentwicklung der LEADER-
2586 Prinzipien und -Programme unterstützt werden.
- 2587 • Reformieren wollen wir die landwirtschaftliche Sozialversicherung durch Überführung
2588 der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung in die allgemeinen gesetzlichen
2589 Systeme und durch die Abschaffung der „Hofabgabeklausel“ in der
2590 landwirtschaftlichen Alterssicherung.
- 2591 • Die Agrarforschung, insbesondere im öffentlichen Sektor, wollen wir deutlich stärken.
2592 Wichtig sind uns eine bessere Koordination von Agrarforschung und Lehre sowie
2593 deren verbesserte Anbindung an die Praxis.

2594

2595 **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

2596 Transparenz ist nicht genug. Selbstregulierungen der Wirtschaft sind oft Selbstbetrug. Wir
2597 wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen
2598 stärken. Dabei geht es nicht nur um Informationsrechte, sondern auch darum, klare
2599 gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und eine öffentliche
2600 Kontrolle der Märkte durchzusetzen: angefangen bei sicheren Lebensmitteln über
2601 Telekommunikation und Internet, Finanzdienstleistungen, bezahlbare Wohnungen, die
2602 Versorgung mit Wasser und Energie bis zu einem kundenfreundlichen öffentlichen Nah- und
2603 Fernverkehr.

2604 DIE LINKE setzt sich insbesondere für Verbraucherinnen und Verbraucher mit geringem
2605 Einkommen ein. Ökologische und soziale Politik gehören zusammen.

- 2606 • Stärkung der Lebensmittelkontrollen unter Verantwortung des Bundes, damit sich

- 2607 Lebensmittelskandale nicht wiederholen.
- 2608 • Eine klare Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln (Ampel).
- 2609 • Die Ergebnisse der Hygienekontrollen von Gaststätten müssen transparent gemacht
2610 werden.
- 2611 • Einen besseren Anlegerschutz durch eine funktionierende Bankenaufsicht und einen
2612 Finanz-TÜV, damit „Schrottpapiere“ nicht länger auf den Markt kommen.
- 2613 • Überziehungs- und Dispo-Zinsen sind gesetzlich zu begrenzen.
- 2614 • Wir treten für die Beendigung unseriöser und überzogener Inkassopraktiken ein.
- 2615 • Unlautere Geschäftspraktiken und aggressive Werbepaxen müssen wirksam
2616 unterbunden werden.

2617 Verbraucherschutz ist nur dann wirksam, wenn es handlungsfähige öffentliche Institutionen
2618 sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucherorganisationen gibt, die ihn
2619 durchsetzen. Dazu müssen die Verbraucherzentralen finanziell abgesichert und zum Beispiel
2620 durch die Einführung eines Verbandsklagerechtes rechtlich gestärkt werden.

2621 Wir brauchen endlich ein starkes Verbraucherministerium und eine
2622 Verbraucherschutzbehörde. Die kollektiven Interessenvertretungen der Verbraucherinnen und
2623 Verbraucher müssen auf allen Ebenen gestärkt werden.

- 2624 • Wir wollen ein Verbraucherinformationsgesetz, das Auskünfte kostenfrei gewährt und
2625 nicht auf den Lebensmittelbereich beschränkt ist, sondern alle Dienstleistungen
2626 umfasst.
- 2627 • Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, sich direkt beim
2628 Unternehmen über seine Produkte, ihre sozialen und ökologischen
2629 Herstellungsbedingungen zu informieren.

2630

2631 **Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse**

2632 Die Lebensverhältnisse in verschiedenen (Welt-)Regionen sind im Kapitalismus immer von
2633 Ungleichheit geprägt. Der finanzgetriebene Kapitalismus hat diese Entwicklung dynamisiert.
2634 Zwar gilt in der Bundesrepublik, dass gleiche Lebensverhältnisse hergestellt werden müssen,
2635 doch die soziale Ungleichheit nimmt zu: nicht nur zwischen den Menschen, sondern auch
2636 zwischen ganzen Regionen. Aufstieg und Wachstum bei den einen geht damit einher, dass die
2637 anderen abgehängt werden. Das gilt für das ganze Land. Auch Ostdeutschland ist nicht mehr
2638 eine geschlossene Krisenregion, sondern ein Flickenteppich von prekären Regionen und
2639 Gebieten mit relativer Stabilität und Zukunftschancen geworden. Vergleichbar prekäre
2640 Regionen entstehen auch im Westen, unter anderem das Ruhrgebiet, Bremen und
2641 Bremerhaven sind davon bedroht.

2642 Gerade die soziale Situation im Ruhrgebiet spitzt sich dramatisch zu. Die geplanten

2643 Standortschließungen von Opel Bochum und ThyssenKrupp verbunden mit weiteren
2644 Massenentlassungen drohen diese rasante Zunahme von Armut noch zu beschleunigen. DIE
2645 LINKE fordert deshalb auch speziell für das Ruhrgebiet ein Sofortprogramm zur
2646 Armutsbekämpfung. Massenentlassungen sind gesetzlich zu verbieten.

2647 Wir wollen dem Auftrag, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu schaffen, mit verstärkten
2648 Investitionen im Dienstleistungssektor, in kleine und mittelständische Unternehmen und
2649 Handwerksbetriebe, mit Ausbau und Förderung personennaher Dienstleistungen und mit
2650 umweltverträglicher und ziviler Industrieproduktion nachkommen. Unsere Konzepte zum
2651 sozial-ökologischen Umbau und zum Umbau der Rüstungsindustrie sind auch ein Beitrag zur
2652 Regionalpolitik.

2653 Kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind für Beschäftigung und
2654 Wertschöpfung in den Regionen wichtig. Und sie können Pfeiler des regionalen sozial-
2655 ökologischen Umbaus sein. Vielfach fehlt ihnen aber das Geld für Investitionen, und bei
2656 schwachem Eigenkapital qualifizieren sie sich schwer für Fördermittel. Wir brauchen
2657 öffentliche Programme, um ihre Mittel für Investitionen zu stärken.

2658 Gegen die Verflechtungen des globalen finanzgetriebenen Kapitalismus setzen wir auf eine
2659 Strukturpolitik, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördert. Nur so können „gleichwertige
2660 Lebensverhältnisse“ mit einer erweiterten demokratischen Mitbestimmung und Teilhabe
2661 verbunden werden.

- 2662
- 2663 • Wir wollen die Regionalplanung demokratisieren, die Rolle von Gewerkschaften,
2664 Verbänden, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren beim Umbau
2665 stärken, regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern, um
2666 Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus zu schaffen.
 - 2667 • Netzwerke zwischen regionalen Hochschulen, Gewerkschaften, kleinen und mittleren
2668 Unternehmen sowie Genossenschaften wollen wir fördern. Ein Modell könnten
2669 regionale Struktur- und Wirtschaftsräte sein, wie sie in gewerkschaftlichen
2670 Diskussionen entwickelt worden sind.
 - 2671 • Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärker fördern. Öffentliche Infrastruktur und
2672 Daseinsvorsorge müssen ebenso verbessert werden wie die medizinische Versorgung,
2673 die kulturellen Angebote und die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Ein schneller
2674 Zugang zum Internet muss durch Ausbau der entsprechenden Infrastruktur gesichert
2675 werden.
 - 2676 • Der Ausbau von Breitbandinternetanschlüssen auf dem flachen Land ist nach den
2677 Spielregeln des freien Markts nicht zu leisten, da sich die Investitionen nicht
2678 entsprechend den Markterwartungen refinanzieren lassen. Gemeinnützige
2679 Zusammenschlüsse in Landkreisen und Kommunen könnten den Netzausbau leisten
2680 und die Anschlüsse entsprechend frei nachnutzbar gestalten. Um dies zu erleichtern,
2681 setzt sich DIE LINKE für eine Streichung des Privatisierungsgebots im
Telekommunikationssektor im Grundgesetz und in den EU-Richtlinien ein.

- 2682 • Regionale Energiekreisläufe und Bio-Energiedörfer wollen wir stärken, regionale Märkte
2683 für Nahrungs- und Futtermittel fördern.

2684

2685 **Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Löhne und Renten angleichen**

2686 Ziel linker Politik ist es, die soziale und ökonomische Spaltung Deutschlands in Ost und West
2687 zu überwinden. Wir wollen den Auftrag des Grundgesetzes und des Einigungsvertrages
2688 endlich Wirklichkeit werden lassen. 23 Jahre nach der deutschen Einheit leben die Menschen
2689 in den ostdeutschen Bundesländern mit einer annähernd doppelt so hohen
2690 Erwerbslosenquote. Die Einkommenshöhe erreicht lediglich 80 Prozent des Westniveaus. Der
2691 Niedriglohnssektor ist doppelt so groß, so dass am Ende des Erwerbslebens die
2692 Alterseinkünfte um 18 Prozent niedriger liegen als im Westen. Kinderarmut ist weit verbreitet,
2693 und die Lebenserwartung von Männern, die im Niedriglohnssektor arbeiten, sinkt.

- 2694 • Die Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau soll bis Ende 2017 erreicht
2695 werden. Die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter muss erhalten
2696 bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt. Es muss
2697 Schluss sein mit den rund 20 Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die für
2698 verschiedene Berufs- und Betroffenenengruppen im Zuge der Rentenüberleitung
2699 geschaffen wurden. Die Lebensleistung Ost muss anerkannt werden.
- 2700 • Die fortschreitende Spaltung insbesondere am ostdeutschen Arbeitsmarkt muss
2701 beendet, der Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestoppt werden.
2702 Kürzungen stellen insbesondere finanzschwache Kommunen vor unlösbare Aufgaben.
2703 DIE LINKE fordert deshalb eine Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik, in der „gute Arbeit“
2704 das Leitmotiv auch am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist. Die Tarifsysteme müssen
2705 funktionieren, Niedriglöhne ausgeschlossen und die Tarifbindungen der Unternehmen
2706 erhöht werden.
- 2707 • Der Solidarpakt II ist ein Eckpfeiler für die Entwicklung der ostdeutschen
2708 Bundesländer und darf nicht angetastet werden. Bereits jetzt muss über mögliche
2709 Mechanismen und Instrumente einer Anschlussförderung auch nach 2019 für
2710 strukturschwache Regionen in Ost und West intensiv nachgedacht werden. Für die
2711 Krisenregionen in Ost und West setzen wir uns für einen Solidarpakt III ein.
- 2712 • Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus ist die „Gemeinschaftsaufgabe
2713 Verbesserung der regionale Wirtschaftsstruktur“ als wichtiges
2714 Wirtschaftsförderinstrument langfristig zu sichern. Vorrangig soll in Zukunftsbranchen
2715 und Zukunftstechnologien investiert werden. Dies gilt ebenso für die
2716 Innovationsprogramme für den ostdeutschen Mittelstand.

2717 Insgesamt muss umfangreicher in Wissenschaft und Forschung investiert werden, um so die
2718 Innovationsleistungen in Ostdeutschland weiter zu erhöhen.

- 2719 • Das für die ostdeutsche Forschungsförderung wichtige Programm „Zwanzig20“, das

2720 mit einem Gesamtbudget von 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 ausgestattet sein
2721 soll, muss finanziell auf sichere Beine gestellt werden.

2722 • Städtebauförderung, Stadtumbauprogramme und das Programm „soziale Stadt“ sind
2723 bedarfsgerecht mit entsprechenden Bundesmitteln auszustatten und programmatisch
2724 so fortzuentwickeln, dass Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, die
2725 Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Stadtumbaus und der
2726 Konversion, des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie des Klimawandels
2727 und des energetischen Umbaus zu bewältigen.

2728 • Dazu gehört, dass die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen von den sogenannten
2729 Altschulden (etwa sieben bis acht Milliarden Euro) befreit, diese im Interesse der
2730 Mieterinnen und Mieter einerseits und der öffentlichen Unternehmen andererseits
2731 gestrichen werden und durch die bislang profitierenden Banken zu tragen sind. Die
2732 freigesetzten finanziellen Ressourcen sind für eine echte Aufstockung der
2733 Städtebauförderung, zur beschleunigten energetischen Sanierung der
2734 Wohnungsbestände sowie für deren barrierefreien Umbau zu verwenden.

2735

2736 **Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht**

2737 Die soziale Spaltung der Gesellschaft schließt viele Menschen vom Tourismus und damit von
2738 der Teilhabe an Möglichkeiten der Erholung, Bildung, Kultur und des Naturerlebens aus. Wir
2739 wollen, dass daran alle Menschen teilhaben können. Die Bundesregierung soll mehr Mittel für
2740 sozialen, barrierefreien Tourismus bereitstellen, besonders für Reisen von Kindern und
2741 Jugendlichen, Familien und Alleinerziehenden mit Kindern. Der Landtourismus soll ausgebaut
2742 werden, weil er als Säule regionaler Wirtschaftsentwicklung zugleich einen ökologisch
2743 nachhaltigen Sozialtourismus fördert. Gute Ausbildung und gute Arbeit müssen auch in der
2744 Tourismus-Branche gesichert sein. Wir wollen verhindern, dass die Immobilienpreise in
2745 touristischen Schwerpunkten weiter explodieren. Der Bau von Zweitwohnungen in diesen
2746 Regionen muss begrenzt werden.

2747 **V Demokratische Teilhabe: für eine Demokratie, in der es was zu**
2748 **entscheiden gibt**

2749

2750 Alle Menschen müssen an der Gesellschaft, an Kultur und Bildung teilhaben, frei von
2751 staatlicher Überwachung ihre Meinung bilden und am demokratischen Prozess teilnehmen
2752 können. Wer das Gefühl hat, dass es nichts zu entscheiden gibt, dass alle wichtigen Fragen
2753 schon vorentschieden sind, zieht sich aus der Demokratie zurück. Wirtschaftliche Macht zieht
2754 demokratische Ohnmacht nach sich. Deshalb muss Demokratie in wirtschaftliche Macht
2755 eingreifen. Wir erleben gegenwärtig das Gegenteil. Die europäischen Parlamente werden im
2756 Zuge der Krisenbearbeitung ihres Einflusses beraubt. Kanzlerin Merkel fordert eine
2757 „marktkonforme Demokratie“. Soziale Ungleichheit und die Einschränkung der Bürgerrechte
2758 schadet der Demokratie. Wir wollen einen neuen Weg einschlagen.

2759 Demokratie bedeutet mehr, als alle vier Jahre Wahlen abzuhalten oder im Parlament
2760 abzustimmen. Demokratie ist die Grundlage des Gemeinwesens. Dies bedeutet, dass alle
2761 möglichst wirksam an den Entscheidungen beteiligt werden, die für alle bindend sind. Die
2762 dafür geeigneten und notwendigen sozialen Bedingungen wollen wir stärken, die Bürgerrechte
2763 schützen und für neue Formen der demokratischen Beteiligung eintreten.

2764 Unser Ziel ist, eine nachhaltige Demokratisierung der Demokratie, von Staat, Gesellschaft und
2765 Wirtschaft zu befördern. Fehlentwicklungen innerhalb und außerhalb des Parlaments müssen
2766 korrigiert, neue Impulse gegeben werden. Politische, soziale und kulturelle Teilhabe und die
2767 dazu notwendigen Rechte sind universell zu sichern. Soziale und demokratische Rechte sind
2768 unteilbar. Grundrechte müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise gelten, sie
2769 dürfen für Erwerbslose, Hartz-IV-Betroffene, Migrantinnen und Migranten oder für
2770 außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen nicht eingeschränkt werden.

2771 Die Beteiligung an Wahlen und Entscheidungen muss auf allen Ebenen auf Hindernisse hin
2772 überprüft und verbessert werden.

- 2773
- 2774 • DIE LINKE fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel
2775 gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres
2776 und für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Wir lehnen ab, dass Menschen,
2777 die unter Vollbetreuung stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden. Die Wahl
2778 mittels Wahlcomputer lehnen wir ab.
 - 2779 • Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen ist längst überfällig und muss
2780 gewährleistet werden. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist – unabhängig vom
2781 Gesundheitsstatus – für Menschen mit und ohne Behinderungen zu wahren.
 - 2782 • Wir wollen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und
2783 Volksentscheide mit niedrigen Zugangshürden sowie bürgerfreundlichen
Abstimmungsbedingungen (Straßensammlung, Briefwahl u. a.) stattfinden können.

- 2784 Umfassende Informations- und Auskunftsrechte sollen eingeführt werden.
2785 Gesetzgebung und Regierungshandeln sollen durch Open Data für Bürgerinnen und
2786 Bürger transparent gemacht werden.
- 2787 • Die Oppositionsrechte in Plenen und Ausschüssen in allen Parlamenten wollen wir
2788 stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- 2789 Infrastruktur- und Großprojekte wie Stuttgart 21 oder das Endlager in Gorleben haben Kritik
2790 und Protest auf sich gezogen. Entscheidungen der etablierten Politik waren fragwürdig und
2791 zeigten große Defizite in der Demokratie. Es geht nicht allein um Vorabinformation und
2792 Transparenz, sondern um realen Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf ihre
2793 Angelegenheiten vor Ort, in den Ländern und auf bundespolitischer und europäischer Ebene.
- 2794 • Wir wollen verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten.
2795 Planfeststellungsverfahren sind so anzulegen, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich
2796 zu informieren, ihre Betroffenheit zu überprüfen und sich zu beteiligen. Eine
2797 Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zulasten von
2798 Bürgerbeteiligungsverfahren lehnen wir ab.
 - 2799 • Ökonomische, ökologische und technische Großprojekte müssen in Bund, Ländern
2800 und Kommunen mit allen Informationen Gegenstand von parlamentarischen
2801 Beratungen sein.
 - 2802 • Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss zurückgedrängt werden. Korruption
2803 und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und
2804 Parteiensponsoring dürfen nicht Mittel der Einflussnahme sein. Gesetze dürfen nicht
2805 von denen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Wir wollen
2806 Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen. Wir wollen ein verbindliches und
2807 transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von
2808 Lobbyisten in Bundesministerien und – bei Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten
2809 bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.
 - 2810 • Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zu veröffentlichen.
2811 Unternehmensspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie
2812 Unternehmensstände auf Parteitagen, wollen wir verbieten und Spenden von
2813 Privatpersonen auf 25.000 Euro begrenzen.
 - 2814 • Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft: In Unternehmen herrschen alles
2815 andere als demokratische Zustände. Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und
2816 Unternehmensebene müssen ausgeweitet, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die
2817 Gesellschaft am Produktivkapital beteiligt werden. Wir brauchen neue Strukturen –
2818 beispielsweise in Form von Branchenräten –, die den demokratischen Einfluss der
2819 Gesellschaft auf das Wirtschaftsgeschehen garantieren und so eine wirkliche
2820 Vergesellschaftung bestimmter Bereiche möglich machen (vgl. Kapitel IV).
- 2821 DIE LINKE wirbt für die Idee einer „neuen Solidarität von unten“. Die Demokratisierung der
2822 Demokratie darf nicht dazu führen, den Einfluss sozialer Schichten zu stärken, die durch

2823 Bildung, Einkommen oder Zugang zur Öffentlichkeit ohnehin privilegiert sind. Ressourcen
2824 müssen öffentlich bereitgestellt werden, die es breiten Bevölkerungsschichten ermöglichen,
2825 demokratische Teilhabemöglichkeiten auch in Anspruch zu nehmen: Das betrifft technische
2826 und räumliche Infrastrukturen, Rechtsberatung und finanzielle Mittel.

2827 Wir wollen die konsequente Umsetzung der Gewaltenteilung: Selbstverwaltung der Justiz
2828 einführen und Unabhängigkeit der Gerichte stärken.

2829 Im europäischen Maßstab ist Deutschland Schlusslicht und wurde von der Parlamentarischen
2830 Versammlung des Europarates aufgefordert, dem Vorbild der überwiegenden Mehrheit der
2831 europäischen Staaten zu folgen und zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz
2832 die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwälte durch Justizräte einzuführen.

- 2833 • DIE LINKE setzt sich darum auf Bundes- und Landesebene für eine konsequente
2834 Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz ein.
2835 Die zu bildenden Justizräte sind parteipolitisch unabhängig und ausschließlich der
2836 Umsetzung des grundgesetzlichen Justizgewährungsanspruchs verpflichtet.
- 2837 • Die Bestellung der Richter/innen und Staatsanwälte/innen soll ausschließlich durch
2838 Richterwahlausschüsse erfolgen statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der
2839 Justizminister/innen. Dabei ist sicherzustellen, dass die ausgewählten
2840 Kandidaten/innen alle gesellschaftlichen Schichten angemessen repräsentieren. Nur
2841 eine repräsentative Zusammensetzung der Justiz bietet dafür Gewähr, dass tatsächlich
2842 im Namen des Volkes Recht gesprochen wird. Die Stärkung des Rechtsstaates
2843 erfordert außerdem eine den Richter/innen gleiche Unabhängigkeit der
2844 Staatsanwälte/innen.

2845

2846 **Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen**

2847 Die Grund- und Bürgerrechte geraten auch in parlamentarischen Demokratien immer wieder
2848 unter Druck. Sie werden aus ökonomischen Gründen relativiert oder mit der Begründung, die
2849 Freiheit zu schützen, der Sicherheit geopfert. Die Versammlungsfreiheit und das Recht auf
2850 öffentliche Meinungsäußerung der Bürgerinnen und Bürger werden immer wieder massiv
2851 eingeschränkt. Der öffentliche Raum wird im Namen der Sicherheit einer permanenten
2852 Überwachung unterworfen, ebenso werden Beschäftigte in den Betrieben oftmals durch
2853 Kontrolle und Beobachtung ihrer Persönlichkeitsrechte beraubt. Um die Computer von
2854 Privatpersonen vor Durchsuchungen des Staates zu schützen, musste das
2855 Bundesverfassungsgericht eigens ein neues Grundrecht definieren.

2856 DIE LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.

- 2857 • Das Petitionsrecht ist als Bürgerrecht und Möglichkeit der politischen Teilhabe weiter

- 2858 auszubauen.
- 2859 • Das politische Sonderstrafrecht (§§ 129a und 129b StGB) muss abgeschafft werden,
2860 die allgemeinen Strafgesetze reichen zur Verbrechensbekämpfung aus.
- 2861 • Wir wollen die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs
2862 verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche
2863 Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.
- 2864 • Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen
2865 Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen, nichtindividualisierte
2866 Funkzellenabfrage, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Mit Blick auf
2867 die sozialen Medien müssen die Bürgerrechte erneuert und gesichert werden. Dies
2868 schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf eine vollständige
2869 Löschung aller gespeicherten Daten.
- 2870 • Geheimdienste, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützen die Demokratie nicht,
2871 sondern gefährden sie. Wir verteidigen die Demokratie und wollen deswegen die
2872 Geheimdienste einschließlich des Verfassungsschutzes abschaffen zugunsten einer
2873 unabhängigen Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“. Das dient
2874 auch dem Schutz der Verfassung.
- 2875 • Staatliche und nichtstaatliche zivile Organisationen dürfen nicht weiter militarisiert
2876 werden. Wir wollen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) beenden zugunsten
2877 einer Stärkung des Katastrophenschutzes.
- 2878 • DIE LINKE setzt sich für den Schutz von Personen und Strukturen ein, die kritische
2879 Öffentlichkeit möglich machen: sogenannte Whistleblower – Informanten über
2880 Missstände in Unternehmen und Behörden – und Plattformen im Internet, auf denen
2881 kritische Informationen veröffentlicht werden können (Leakingplattformen).

2882 In öffentlichen Räumen wollen wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch mehr
2883 Personal schützen.

2884

2885 **Wirksamer Schutz von Frauen gegen Gewalt**

2886 Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist eine bundespolitische Pflichtaufgabe und muss
2887 rechtlich verbindlich verankert werden. Sicherer, schneller, unbürokratischer und
2888 bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen
2889 sowie Frauenberatungsstellen müssen Betroffenen unabhängig von ihrem körperlichen
2890 Zustand, ihrem Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation zugänglich sein.

2891 Wir wollen dafür eine bundeseinheitliche Finanzierung gewährleisten.

- 2892 • Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich
2893 finanziert werden. Die bisher bestehende weit verbreitete Praxis der Finanzierung über
2894 Tagessätze aus der Sozialgesetzgebung oder dem Asylbewerberleistungsgesetz muss

- 2895 endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer
2896 Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese
2897 Forderungen sind zudem Bestandteil internationaler Abkommen, die die
2898 Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat.
- 2899 • Die Bundespolitik ist verantwortlich dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei,
2900 Gerichte und Ämter für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das
2901 Gewaltschutzgesetz einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem
2902 Umgangs- und Sorgerecht, wenn Kinder als Zeugen geladen oder selbst von Gewalt
2903 betroffen sind.
 - 2904 • Wir wollen die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene
2905 Reproduktion einschließlich der „Pille danach“ garantieren. Wir wollen die §§ 218, 219
2906 StGB streichen.
 - 2907 • Die vielfältigen Formen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung müssen aktiv
2908 bekämpft werden. Opferschutz und Entschädigungen müssen unabhängig davon
2909 gewährt werden, ob die Opfer bereit sind, als Zeugin oder Zeuge in einem
2910 Strafverfahren auszusagen. Therapiemittel und Integrationsmaßnahmen sowie ein
2911 sicheres und gebundenes Aufenthaltsrecht für Betroffene müssen gewährt werden.

2912

2913 **Keinen Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie**

2914 Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und eine allgemeine Ideologie der Ungleichheit der
2915 Menschen sind das Kennzeichen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen.
2916 Rassismus und Antisemitismus wurzeln tief in der Mitte der Gesellschaft. Es sind immer
2917 wieder Repräsentanten der „Mitte“, die rassistische Ausfälle und Ressentiments
2918 gesellschaftsfähig machen. Waren es in den 90er Jahren die Innenminister Schäuble und
2919 Kanther, die mit ihrer „Das-Boot-ist-voll“-Rhetorik neofaschistische Gewalt begünstigten, sind
2920 es heute Bundesinnenminister Friedrich und etliche Länderminister, die gegen Roma und
2921 andere Flüchtlinge hetzen. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA
2922 stehen Menschen muslimischen Glaubens oftmals unter dem Generalverdacht terroristischer
2923 Umtriebe, was zu struktureller Islamfeindlichkeit führt.

2924 Soziale Ausgrenzung und die Entsicherung der Lebensverhältnisse sind auch der Nährboden,
2925 auf dem faschistische Politik wachsen kann. Eine wirksame Politik dagegen muss bei diesen
2926 Grundlagen ansetzen: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft
2927 vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

2928 Gerade in Zeiten der Krise versuchen rechte Gruppierungen, aus dieser Entwicklung Kapital
2929 zu schlagen. Eine starke LINKE, das zeigt der Blick auf die Verhältnisse in anderen Ländern
2930 Europas, kann eine Barriere gegen das Anwachsen von antidemokratischen, nationalistischen
2931 und rassistischen Tendenzen sein. Als Teil der demokratischen Gesellschaft steht auch DIE
2932 LINKE gegen Ungleichheitsideologien, jede Form von Rassismus, Antisemitismus,
2933 Islamfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und Neofaschismus ein.

2934 Die Mord- und Terrorserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ hat die tödliche Gefahr
2935 von rechts und das Scheitern der Geheimdienste in aller Deutlichkeit gezeigt. Sie zeigt sich
2936 auch an knapp 1 000 rechten Gewalttaten im Jahr und an mehr als 160 Todesopfern rechter
2937 und rassistischer Gewalt seit 1990, von denen staatliche Statistiken nur ein knappes Drittel
2938 überhaupt anerkennen.

2939 Ohne ein breites gesellschaftliches Engagement gegen rechts kann der Kampf gegen die
2940 Nazis und gegen alle Ideologien der Ungleichheit nicht gewonnen werden. Deshalb setzt sich
2941 DIE LINKE dafür ein, dass dieses antifaschistische Engagement anerkannt und gefördert wird.

- 2942 • Die Bundesprogramme gegen rechts müssen dauerhaft und umfassend gefördert und
2943 alle Hindernisse für die Programme (z. B. die Extremismusklausel) beseitigt werden.
2944 DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein.
- 2945 • Gruppierungen und Individuen, die sich gegen rechtsradikale und rassistische
2946 Bestrebungen wenden, dürfen von Seiten staatlicher Stellen nicht diskriminiert und
2947 unter Vorwänden rechtlich und polizeilich verfolgt werden. Angesichts der Vielzahl von
2948 Fällen, in denen diejenigen polizeilich verfolgt wurden, die rechte Politik beobachten,
2949 skandalisieren und gegen sie protestieren, wollen wir eine bundesweite Ombudsstelle
2950 einrichten, die administrativen und polizeilichen Übergriffen nachgeht.
- 2951 • DIE LINKE fordert ein Verbot der NPD und aller weiteren Organisationen der Extremen
2952 Rechten. Es wird das Problem von Rechtsextremismus und Rassismus allein nicht
2953 lösen, steht aber für eine gesellschaftliche Ächtung und verhindert staatliche
2954 Unterstützung für die Strukturen der Extremen Rechten.
- 2955 • DIE LINKE blockiert gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche auf Straßen
2956 und Plätzen.

2957

2958 **Demokratie für alle, die hier leben. Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

2959 DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches
2960 Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen. Das erfordert gleiche
2961 Rechte auf soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen.

2962 Rassistische Diskriminierung und die Politik der sozialen Ausgrenzung sowie ein sozial und
2963 ethnisch selektives Bildungssystem haben dazu geführt, dass Armut besonders unter
2964 Migrantinnen und Migranten zugenommen und sich verfestigt hat. 15,9 Millionen Menschen
2965 in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, mehrheitlich sind sie deutsche
2966 Staatsangehörige. Sie sind fast doppelt so häufig von Erwerbslosigkeit betroffen, ihr
2967 Armutsrisiko ist dreimal höher als das der übrigen Bevölkerung. Diese Diskriminierung liegt
2968 an der unsozialen und ausgrenzenden Politik der bisherigen Bundesregierungen.

2969 DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob
2970 Menschen als „nützlich“ fürs Kapital gelten: Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind

2971 Instrumente einer neokolonialen, selektiven Einwanderungspolitik. Wir brauchen keine
2972 Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und rassistische Debatten über angebliche
2973 Integrationsverweigerer. 450 000 hier geborene und aufgewachsene Kinder nichtdeutscher
2974 Eltern wird das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft verweigert. DIE LINKE fordert: Alle hier
2975 geborenen Kinder und Jugendlichen sollen ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft
2976 haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablehnen zu müssen.

2977 Nötig sind dagegen gezielte Förderangebote und eine konsequente Anti-
2978 Diskriminierungspolitik. Wir wollen die strukturellen Nachteile und Barrieren beim Zugang zu
2979 Bildung und Ausbildung, zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen.

- 2980 • Darüber hinaus fordert DIE LINKE leichtere Einbürgerungsmöglichkeiten für in
2981 Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Wir wollen
2982 Mehrfachstaatsbürgerschaften ermöglichen.
- 2983 • Wir wollen Wahlrecht für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf
2984 Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft
2985 mitgestalten können.
- 2986 • Die Angebote freiwilliger Sprachkurse und Beratungsangebote wollen wir verbessern.
2987 Die diskriminierenden Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht
2988 wollen wir abschaffen.
- 2989 • Der Familiennachzug von Kindern, Ehegatten und (gleichgeschlechtlichen)
2990 Lebenspartnerinnen und -partnern darf nicht behindert werden.
- 2991 • Qualifikationen, die im Ausland erworbenen wurden, müssen anerkannt werden.

2992

2993 **Politik für die Minderheiten an europäischen Maßstäben ausrichten**

2994 Für die Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie die Sorben/Wenden, die seit Jahrhunderten in
2995 Deutschland beheimatet sind, müssen die Maßstäbe der europäischen
2996 Minderheitenabkommen umfassend zur Geltung gebracht werden. Die Bundesrepublik muss
2997 endlich die notwendigen Schlussfolgerungen aus der wiederholten Kritik des Europarats
2998 ziehen. Notwendig sind strukturelle Veränderungen. Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur
2999 Pflege und zur Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen sind durch
3000 den Bund und die Länder mit den Mitteln auszustatten, die den gewachsenen Aufgaben in
3001 den Bereichen Bildung, Wissenschaft sowie Basis- und Hochkultur entsprechen. Medien in
3002 den Minderheitensprachen müssen weiterhin ihren Beitrag zum Erhalt und zur
3003 Weiterentwicklung der Sprachen leisten können. Die unwürdigen öffentlichen Diskussionen
3004 über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Minderheitenpolitik müssen der Vergangenheit
3005 angehören. Es muss Schluss damit sein, dass die Minderheiten ihre verbrieften Ansprüche
3006 immer wieder aus einer „Bittsteller-Rolle“ heraus einfordern müssen; die Rechte ihrer
3007 demokratisch legitimierten Gremien gegenüber staatlichen und kommunalen Stellen, auch im
3008 Deutschen Bundestag, sind zu erweitern.

3009 **Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten**

3010 Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche
3011 Mitte reichen die Vorwürfe, Flüchtlinge würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den
3012 vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Roma aus den
3013 Nachfolgestaaten Jugoslawiens und aus Rumänien, die in Deutschland Schutz vor massiver
3014 Diskriminierung suchten. In einer Logik der Abschreckung werden Schutzsuchende in
3015 Deutschland einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen
3016 unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich
3017 errichtet die EU an ihren Außengrenzen ein militärisches Abschottungsregime.

- 3018 • Wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik auf deutscher und europäischer Ebene
3019 sowie eine andere Wirtschafts-, Ressourcen- und Handelspolitik zur Bekämpfung von
3020 Armut und Hunger, um die Ursachen von Konflikten und damit von Flucht und
3021 Vertreibung zu beheben.
- 3022 • Schluss mit den Schikanen gegen Flüchtlinge! Das Asylbewerberleistungsgesetz, die
3023 Residenzpflicht und die Unterbringung in Sammellagern müssen sofort abgeschafft
3024 werden. Asylsuchenden steht das gleiche Recht auf Arbeit und die gleiche
3025 Grundsicherung zu. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen müssen als Asylgrund
3026 umfassend anerkannt werden. Traumatisierte Flüchtlinge müssen muttersprachliche
3027 psychotherapeutische Versorgung erhalten.
- 3028 • Wir wollen ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die
3029 länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16a
3030 Grundgesetz) muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden (vgl. Kapitel II)
- 3031 • Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss abgeschafft werden. Wir setzen uns für ein
3032 faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme in der EU ein.

3033

3034 **Selbstbestimmt und mittendrin: eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse**

3035 In der Bundesrepublik leben fast zehn Millionen Menschen mit Behinderungen. Immer mehr
3036 Menschen „erwerben“ zudem eine Behinderung: durch schlechte Arbeitsbedingungen, Stress
3037 und sozialen Druck. Fehlende Investitionen in den Kommunen, Leistungskürzungen und die
3038 Aussonderung von Menschen aufgrund ihrer Behinderung schränken die
3039 Gestaltungsmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben ein. Statt voller gesellschaftlicher
3040 Teilhabe und Selbstbestimmung erleben Menschen mit Behinderungen oftmals die
3041 Unzugänglichkeit von öffentlichen Räumen, Schulen, Praxen und Verkehrsmitteln, die
3042 Ausgrenzung in Sonderschulen und Heimen und die Diskriminierung in vielfältigen
3043 Lebenslagen.

3044 Alle Menschen müssen mit ihren Möglichkeiten als vollwertige Bürgerinnen und Bürger
3045 gewürdigt und gefördert, dürfen nicht auf Menschen mit Mängeln reduziert und bevormundet

3046 werden – so geben es die Leitlinien der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit
3047 Behinderungen vor, und das ist Grundlage LINKER Politik. Das erfordert ein neues Denken
3048 und Handeln bei politisch Verantwortlichen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen
3049 selbst. Dieses wollen wir gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden weiter voranbringen:
3050 von einem wirkungsvolleren Antidiskriminierungsgesetz über barrierefreies Wohnen und
3051 Wählen, gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen, selbstbestimmte Wohnformen bis hin
3052 zu einer gewaltfreien Psychiatrie.

3053 Alle Gesetze und Verordnungen sind deshalb auf der Grundlage der UN-
3054 Behindertenrechtskonvention zu überprüfen.

- 3055 • Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention soll unter
3056 tatsächlicher Beteiligung der Betroffenen und ihrer Interessenvertretungen
3057 fortgeschrieben und konkretisiert werden. Nachprüfbare Zielvorgaben,
3058 Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich –
3059 Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden.

3060 Wir setzen uns für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren
3061 Interessenvertretungen ein. Das beinhaltet z. B. die Förderung unabhängiger Beratung, die
3062 Unterstützung von Betroffenenverbänden und die Stärkung der Rechte von Betriebs- und
3063 Personalräten, Schwerbehindertenvertretungen sowie Werkstattträten und
3064 Frauenbeauftragten in Behinderteneinrichtungen.

- 3065 • Bestehende bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden. Hierfür
3066 wollen wir ein Sonderinvestitionsprogramm von einer Milliarde Euro in einem Zeitraum
3067 von fünf Jahren auflegen. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig
3068 auch an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.
- 3069 • Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein
3070 ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich.
- 3071 • Die erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mittel müssen bereitgestellt
3072 werden, um das Recht auf inklusive Bildung bei allen Bildungswegen und -
3073 einrichtungen für das gesamte Leben zu sichern.
- 3074 • Um behinderungsbedingte Nachteile durch z. B. spezielle Hilfsmittel, persönliche
3075 Assistenz oder bauliche Maßnahmen auszugleichen, braucht es ein
3076 bundeseinheitliches Teilhabesicherungsgesetz. Die Leistungen sollen ohne
3077 Einkommens- und Vermögensprüfung bedarfsdeckend zur Verfügung gestellt werden
3078 und gute, tarifliche Arbeitsbedingungen für die Assistenzkräfte garantieren.
- 3079 • Um das Recht auf gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen,
3080 wollen wir die Mindestbeschäftigungsquote auf sechs Prozent anheben und die
3081 Ausgleichsabgabe bei Verstoß mindestens verdreifachen. Der Sonderstatus von
3082 Werkstattbeschäftigten muss abgeschafft, ihr Arbeitnehmerrecht gestärkt sowie
3083 gleicher Lohn bei gleicher Arbeit durchgesetzt werden.

- 3084 • Rechtliche Diskriminierung, insbesondere über psychiatrische Sondergesetze und
3085 ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse, ist aufzuheben.

3086

3087 **Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken**

3088 In der Drogenpolitik ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich. Die bisherige
3089 Kriminalisierung von Konsumierenden schränkt die Verfügbarkeit und den Konsum von
3090 Drogen nicht wirksam ein, sondern zwingt Konsumierende in den illegalen Markt. Damit wird
3091 die organisierte Kriminalität gefördert mit verheerenden Folgen in Deutschland, aber auch in
3092 den Anbau- und Transitländern.

3093 Ziel linker Drogenpolitik ist es, drogenbedingte Probleme zu reduzieren und
3094 Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rauschmitteln herzustellen.
3095 DIE LINKE setzt sich für eine Gesellschaft ein, die nicht auf Strafe und Repression gegen
3096 Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern mit Prävention und Aufklärung
3097 dem Drogenmissbrauch vorbeugt und Abhängigen hilft. Problematischer Drogenkonsum
3098 hängt oft mit den konkreten Lebensumständen der Menschen zusammen. Wirksame
3099 Drogenprävention ist daher Teil einer Politik, die für gesunde und gerechte
3100 Lebensbedingungen sorgt, die Ressourcen der Menschen stärkt und ihnen ermöglicht,
3101 selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten.

- 3102 • Bedarfsorientierte Angebote der psychosozialen Begleitung und Betreuung von
3103 Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger Grundlage müssen flächendeckend zur
3104 Verfügung stehen.
- 3105 • Wir wollen die Möglichkeiten zur Substitutionstherapie verbessern, indem für die Ärzte
3106 Rechtssicherheit geschaffen und die Aushändigung von Ersatzmitteln erleichtert wird.
3107 Die Behandlung mit Diamorphin, einem synthetischen Heroin, muss flächendeckend
3108 ermöglicht werden.
- 3109 • Um die Gesundheitsgefahren für Konsumentinnen und Konsumenten zu verringern,
3110 wollen wir Drug-Checking-Angebote zur Prüfung der Verunreinigung von Drogen
3111 ausbauen und für Risikogruppen kostenlos sauberes Spritzbesteck zur Verfügung
3112 stellen.
- 3113 • DIE LINKE steht dafür, das international vereinbarte Werbeverbot für Tabakprodukte
3114 endlich auch in der Plakat- und Kinowerbung umzusetzen und ebenso im Sponsoring
3115 anzuwenden.
- 3116 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf zu
3117 genehmigen sowie Cannabis-Clubs auf nichtkommerzieller Basis zu erlauben. Dabei
3118 müssen der Jugendschutz sowie ein entsprechendes Werbeverbot gesichert sein. Wir
3119 wollen die Möglichkeiten erleichtern, Cannabis als Arzneimittel medizinisch
3120 einzusetzen und zu erforschen.

- 3121 • Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass
3122 Spielautomaten weniger suchtauslösende Eigenschaften aufweisen und in
3123 Spielotheken ein konsequenter Spieler- und Jugendschutz durchgesetzt wird.
- 3124 • In gastronomischen Einrichtungen plädieren wir für ein Automatenverbot.
- 3125 • Wir setzen uns für eine unvoreingenommene wissenschaftliche Bewertung der
3126 bisherigen Drogenpolitik ein. Dabei sind neben Expertinnen und Experten auch
3127 Betroffenen-Vertreterinnen und -Vertreter einzubeziehen und internationale
3128 Erfahrungen zu berücksichtigen.
- 3129 • Den Drogenmarkt wollen wir regulieren, um ihn so der organisierten Kriminalität zu
3130 entziehen und die katastrophalen Folgen des Drogenkrieges in Anbau- und
3131 Transitländern zu verringern.

3132 Um auch international ein Umdenken in der Drogenpolitik zu erreichen, fordern wir die
3133 Bundesregierung auf, das Suchtstoffabkommen der Vereinten Nationen sowie die
3134 Drogenstrategie der Europäischen Union hin zu einer menschlichen und aufgeklärten
3135 Drogenpolitik zu beeinflussen.

3136

3137 **Recht auf Feierabend: freie Zeit genießen**

3138 Freie Zeit ist ungleich verteilt, zwischen den Geschlechtern, Klassen, Berufsgruppen. Für viele
3139 Menschen dehnt sich Erwerbsarbeit immer mehr aus, oder die Belastungen nehmen so zu,
3140 dass freie Zeit vor allem mit der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit belegt ist. Frauen
3141 bringen nach wie vor mehr Zeit für Haushalt, Kochen, Putzen und Kinderversorgung auf. Für
3142 Menschen mit geringem Einkommen sind viele Möglichkeiten, freie Zeit zu genießen, durch
3143 Hürden verstellt: Eintrittspreise, teure Ausstattung und Zubehör, die für Sport und Hobbys
3144 benötigt würden.

3145 Wir wollen, dass alle Menschen gleichermaßen freie Zeit genießen können und den Zugang zu
3146 unterschiedlichen Freizeit- und Kulturangeboten öffnen – eine Frage der Demokratie.

3147 Zeit haben, um auszuspannen, sich zu erholen, Fragen und Interessen nachzugehen – von der
3148 politischen Gestaltung hängt ab, wie zugänglich diese Möglichkeiten sind, wie demokratisch
3149 freie Zeit ist. Lesen, ins Rockkonzert gehen, im Internet surfen, Laufen gehen oder ins
3150 Fitnessstudio, Fernsehen, Kino, Schwimmen, Bibliothek oder Radio hören. DIE LINKE setzt
3151 sich dafür ein, dass jeder und jede diese Vielfalt selbstbestimmt nutzen kann.

3152 Vielfalt braucht auch Räume zum Ausprobieren und Entdecken, damit alle herausfinden
3153 können, was sie wollen und können. Damit Talente wie kulturelle Traditionen entdeckt und
3154 gefördert werden, braucht es Musikunterricht, Theaterabonnements, Materialien für
3155 Bildhauerei, Mal- oder Probenräume, 400-Meter-Laufbahnen sowie Radwege. Das ist keine
3156 Frage des Geschmacks, sondern linker Politik.

- 3157 • Mit öffentlich geförderter Beschäftigung wollen wir insbesondere in den Bereichen
3158 Soziales, Kultur und Ökologie sinnvolle und zusätzliche tariflich abgesicherte
3159 Arbeitsplätze schaffen, die nicht unter dem Mindestlohn liegen dürfen.
- 3160 • Öffentliche Jugendklubs, Kultureinrichtungen, Bibliotheken und vieles mehr sind für
3161 uns Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge, die wir öffentlich organisieren
3162 und ausreichend ausstatten wollen. Dafür ist die Finanzausstattung der Kommunen
3163 deutlich zu verbessern.

3164 Wir wollen die Zugangsbedingungen zum **Sport für alle** verbessern.

3165 Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Wir
3166 fördern behindertengerechten, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

- 3167 • Das Sportstättenförderprogramm für die Sanierung und den Bau von Sportstätten für
3168 den Breitensport wollen wir neu auflegen. Fans und Aktive in den Vereinen sollen
3169 stärker an der Gestaltung der Sportstätten beteiligt werden.
- 3170 • Wir wollen öffentlich finanzierte Beschäftigung im Bereich des Breitensports schaffen.
- 3171 • Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus,
3172 Diskriminierung und Gewalt sollen erhöht und nachhaltig festgeschrieben werden.
- 3173 • Wir wenden uns gegen pauschale Verdächtigungen und Überwachungen von Fans
3174 bestimmter Vereine oder Sportarten. Wir wollen die Beteiligung von Fans an
3175 Vereinsentscheidungen verbessern.
- 3176 • Allen Menschen mit Behinderungen muss die umfassende Teilhabe am Sport möglich
3177 sein.

3178

3179 **Kultur für alle – statt prekär kreativ**

3180 Kultur ist, wie wir leben und leben wollen, was in unserer Gesellschaft als gerecht und
3181 ungerecht gilt, was wir für wertvoll halten, was wir für uns selbst in Anspruch nehmen und für
3182 andere gelten lassen. In den Künsten, den Medien, in kulturellen Einrichtungen und
3183 soziokulturellen Treffs kommen diese Fragen zur Sprache. Kulturelle Angebote in ihrer ganzen
3184 Breite sind für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar, von den großen Instituten der
3185 sogenannten Hochkultur bis zu den kleinen Einrichtungen vor Ort. Sie sollen den Menschen in
3186 allen sozialen und kulturellen Milieus verfügbar sein. Damit Kultur ein Ausdruck
3187 unterschiedlicher Lebensrealitäten und Interessen sein kann, bedarf es einer breiten
3188 Förderung. Aber viele Kommunen stehen aufgrund der Schuldenbremse vor dem finanziellen
3189 Aus. Kürzungen setzen oft bei den freiwilligen Leistungen wie der Kultur an. Privatisierung und
3190 Deregulierung gefährden Orchester, Theater und Bildende Künste, Bibliotheken,
3191 Programmkinos und soziokulturelle Einrichtungen. Die Deregulierung und Flexibilisierung der
3192 Arbeitsverhältnisse machen es Kreativen immer schwerer, von ihrer künstlerischen Arbeit
3193 leben, geschweige denn gut leben zu können.

3194 DIE LINKE setzt sich für einen Zugang zu Kultur ein, der unabhängig von Geldbeutel und
3195 Bildungsstatus ist. Ein so verstandenes Gemeingut Kultur kann und soll mit Blick auf die
3196 Produktionsbedingungen sozusagen als dritter Weg neben „SonyMusic“ und „Staatsoper“
3197 auch solidarisch, gemeinnützig und selbstbestimmt geschaffen und rezipiert werden. Hierfür
3198 wollen wir die Rahmenbedingungen für kulturelle Selbsttätigkeit insbesondere im Steuer-,
3199 Gemeinnützigkeits- und Urheberrecht verbessern.

3200 Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich.

- 3201 • Wir wollen Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen und ein Urhebervertragsrecht
3202 einführen, das die Verhandlungsmacht der Kreativen stärkt.
- 3203 • Die Verwertungsgesellschaften müssen transparent und demokratisch strukturiert
3204 werden. Für bildende Künstlerinnen und Künstler soll eine Ausstellungsvergütung
3205 eingeführt werden.
- 3206 • Die Künstlersozialversicherung muss erhalten und ausgebaut werden. Kreative, die
3207 freiberuflich und selbständig tätig sind, müssen besser in die sozialen
3208 Sicherungssysteme einbezogen werden.

3209 Die öffentliche Kulturförderung wollen wir stärken, indem wir den Kulturföderalismus
3210 ausbauen.

- 3211 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Verantwortung des Staates für den Schutz und
3212 die Förderung der Kultur. Wir wollen, dass Kultur als Staatsziel und als
3213 Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufgenommen wird.
- 3214 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss wegfallen, so dass die
3215 gemeinsame Kulturfinanzierung auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden kann.

3216 Wir wollen, dass die UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt umgesetzt wird.

3217 Die Vielfalt von Kulturen im Einwanderungsland Deutschland muss gefördert werden.

- 3218 • Wir wollen die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene stärken: Die
3219 Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten
3220 Minderheitensprachen und -kulturen müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden.

3221

3222 **Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung**

3223 Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und die
3224 Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur
3225 Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität hergestellt und gesichert ist. Dass
3226 Medien kommerzialisiert und von Machtverhältnissen geprägt sind, schwächt die Demokratie.
3227 Öffentlich-rechtliche Medien sollten dazu ein Gegengewicht bilden, doch orientieren sie oft

3228 selbst auf Quoten oder geraten unter Druck von parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat.
3229 Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus – damit die Information der
3230 Bevölkerung – werden so erschwert. Für Journalistinnen und Journalisten in den privaten
3231 Printmedien wird der Meinungskorridor eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und
3232 Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die
3233 Gefahr, dass die Medien selbst zur Gefährdung der Demokratie beitragen.

3234 Wir wollen hochwertige Rundfunk- und Fernsehsendungen verteidigen gegen den Druck durch
3235 Kommerzialisierung. Wir treten dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und
3236 Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen.

- 3237 • Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Medien- und Filmemacher schaffen: „Fair
3238 Work“ in der Medienproduktion.
- 3239 • Wir treten ein für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit: Dafür
3240 wollen wir in traditionellen und digitalen Medien eine demokratische Medienordnung
3241 gestalten. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir reformieren und die
3242 Rundfunkräte demokratisieren und quotieren. Die Redaktionsstatute sollen eine hohe
3243 Mitbestimmung der Beschäftigten verankern.
- 3244 • Die Kartellgesetze müssen verschärft werden, um die Medienkonzentration
3245 einzudämmen.
- 3246 • Die öffentliche Ausrichtung des Journalismus ist neu zu organisieren – über alternative
3247 Finanzierungsmodelle, Mitbestimmung von Nutzerinnen und Nutzern bei
3248 Programminhalten und am Gemeinwohl orientierte Vergütungsansätze.
- 3249 • Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung umfassend stärken: in der
3250 vorschulischen Bildung, in Schule und Unterricht, in zivilgesellschaftlichen Projekten
3251 und in der Arbeitswelt.
- 3252 • Wir setzen uns für eine Reform des zum 1. Januar 2013 eingeführten
3253 Rundfunkbeitrages ein. Soziale Ungerechtigkeiten und ungesetzliche Eingriffe in das
3254 Recht der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung müssen
3255 beseitigt werden. Wir wollen nicht, dass Bewohnerinnen und Bewohner von
3256 Pflegeheimen und Datschen, Blinde und Hörgeschädigte zahlen, während die
3257 Hotellobby sich Vergünstigungen gesichert hat.
- 3258 • Barrierefreiheit in den Medien und die Vertretung von Behindertenverbänden in den
3259 Rundfunkräten sind für uns auch zukünftig ein wichtiges Thema.

3260

3261 **Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen**

3262 Mit dem Internet hat sich verändert, wie Menschen produzieren, kommunizieren und mit
3263 Informationen umgehen. Das Netz kann solidarisches Handeln und neue soziale Ökonomien
3264 ermöglichen; diese Tendenzen wollen wir fördern und die Möglichkeiten der politischen

3265 Partizipation erweitern. Aber es gibt auch vielfältige Gefahren: Kommerzielle Soziale Medien
3266 sind demokratischer Kontrolle entzogen, ihre Datensammlungen gefährden die
3267 informationelle Selbstbestimmung. Geschäftsinteressen bedrohen die Neutralität und
3268 Gleichbehandlung aller Nutzerinnen und Nutzer. Die staatliche Überwachung nimmt zu.

3269 Für DIE LINKE ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik. Wir wollen, dass das Internet als Raum der
3270 sozialen Innovation offen bleibt. Wissen soll produktiv weiter verwendet werden dürfen. Das
3271 muss mit dem Recht der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke auf angemessene
3272 Bezahlung in Einklang gebracht werden. Wir wollen diese Fragen in einem modernen Patent-
3273 und Urheberrecht regeln. Die privatwirtschaftliche Aneignung von Wissen in Form von
3274 Urheber- und Patentrechten darf nicht zur ökonomischen oder kulturellen
3275 Entwicklungsschranke werden.

3276 • Wir fordern eine Reform des Urhebervertragsrechts, damit Kreative ihre Ansprüche auf
3277 angemessene Vergütung wirksam durchsetzen können. Wir setzen uns für neue
3278 Lizenz- und Vergütungsmodelle (Creative Commons, Kulturwertmark, Crowdfunding)
3279 sowie für eine umfassende Reform der Verwertungsgesellschaften ein.

3280 • Die Verlängerung urheberrechtlicher Schutzfristen wollen wir umkehren und
3281 Grundlagen für faire, nichtkommerzielle Nutzungsmöglichkeiten schaffen. Die
3282 Kriminalisierung ganzer Nutzergruppen lehnen wir ab. Den überzogenen und massiven
3283 Einsatz von Abmahnungen gegen Bürgerinnen und Bürger wegen vermeintlicher
3284 Urheberrechtsverletzungen wollen wir stoppen, indem wir Abmahnungen auf
3285 kommerziellen Missbrauch und tatsächliche Rechtsverletzungen eingrenzen und die
3286 Anwaltsgebühren deckeln. Nichtkommerzielle Nutzungshandlungen in Tauschbörsen
3287 sollen erlaubt sein. Wir fordern ein Recht auf Weiterverkauf von digitalen Kulturgütern.
3288 Wir lehnen ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab.

3289 Wir verstehen den Zugang zum Internet als Bestandteil des soziokulturellen
3290 Existenzminimums und der Daseinsvorsorge. Kurzfristig wollen wir den egalitären Zugang zum
3291 Netz technisch sichern und gesetzlich verankern:

3292 • Die Sicherung der Netzneutralität ist – wie die Versorgung mit Wasser und Strom –
3293 eine wichtige infrastrukturelle Aufgabe, die nicht der Steuerung durch den Markt
3294 überlassen bleiben darf.

3295 • Zensur und Netzsperrungen wollen wir verhindern. Wir wollen die Privatisierung der
3296 Rechtsdurchsetzung im Netz stoppen und die Deep Packet Inspection, d. h. den Blick
3297 in die Datenpakete durch Netzbetreiber und Provider oder staatliche Stellen,
3298 unterbinden.

3299 Wir wollen die demokratischen und sozialen Potenziale, die die digitale Revolution ermöglicht,
3300 freisetzen:

3301 • Wir setzen uns ein für eine umfassende Nutzung von „Open Data“, in der die
3302 Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben. Datenbestände von Verwaltungen, Behörden
3303 und öffentlichen Unternehmen sollen im Internet unter freien Lizenzen und in
3304 maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden.

3305 Wir wollen den Datenschutz stärken und das Recht auf Anonymität im Netz erhalten:

- 3306 • Die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten und Anwendungen darf nicht von einer
3307 Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe abhängen. Wir setzen uns für
3308 datenschutzfreundliche Technik („Privacy by Design“), für datensparsame
3309 Grundeinstellungen („Privacy by Default“) bei Webdiensten, Smartphones, Tablet-
3310 Computern und Apps sowie für das Recht ein, die eigenen Daten „mitzunehmen“
3311 (Datenportabilität) oder zu löschen.
- 3312 • Digitale Rasterfahndungen und Vorratsdatenspeicherung wollen wir verbieten.
- 3313 • Software und Geräte, mit denen Internetnutzerinnen und -nutzer verfolgt und
3314 Internetsperren errichtet werden können, dürfen nicht exportiert werden. Zwischen
3315 Polizei und Nachrichtendiensten muss eine klare Trennung sichergestellt werden.

3316 Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen zum Netz. Dafür ist eine
3317 flächendeckende Breitbandversorgung gerade in strukturschwachen Regionen und für alle
3318 sozial wie gesellschaftlich Benachteiligten vonnöten.

- 3319 • Wir wollen Breitband-Internetanschlüsse in den gesetzlichen Universaldienst
3320 aufnehmen und dabei eine Mindestbandbreite von zunächst 10 Mbit/s gesetzlich
3321 festschreiben und diese Mindestbandbreite den technischen Standards in
3322 regelmäßigen Abständen anpassen. Weiter wollen wir Kommunen und
3323 Freifunkinitiativen fördern, damit diese kostenfreie und autonome Funknetze
3324 einrichten. Die sogenannte Störerhaftung ist dahingehend zu ändern, dass es erlaubt
3325 wird, Internetanschlüsse mit anderen jederzeit zu teilen.
- 3326 • Den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation wollen wir
3327 beenden, internetfähige Endgeräte als Teil des soziokulturellen Existenzminimums
3328 anerkennen, Informations- und Partizipationsangebote barrierefrei gestalten.

3329 Langfristig wollen wir neue Modelle der Finanzierung kreativer Werke etablieren. Freie
3330 Software und offene Technologien wollen wir fördern und unabhängige Bloggerinnen und
3331 Blogger sowie innovative Online-Plattformen unterstützen. Wenn digitale Medieninhalte und
3332 neue Formate gemeinwirtschaftlich gefördert werden, müssen sie dauerhaft frei zur
3333 Verfügung stehen.

3334 Schlechte Arbeitsbedingungen, unfaire Löhne, ökologisch und gesundheitlich untragbare
3335 Zustände in den IT-Zuliefer- und Produktionsbetrieben, in der Gewinnung und Verarbeitung
3336 von unentbehrlichen Metallen und seltenen Erden müssen ein Ende haben. Deshalb setzen
3337 wir uns international für Fair-Work in der IT-Industrie ein.

3338 **Bekenntnisfreiheit verwirklichen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln, Staat**
3339 **und Kirche institutionell trennen**

3340 DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung
3341 oder Religion. Sie tritt ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten und
3342 für eine institutionelle Trennung von Staat und Kirche.

- 3343 • Grundrechte und Arbeitnehmer/innen-Rechte müssen auch in den Kirchen und
3344 Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben, auch das
3345 Streikrecht und das Betriebsverfassungsgesetz.
- 3346 • Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige Toleranz der
3347 Glaubensgemeinschaften fördern. Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrages
3348 des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von
3349 kirchlicher oder religionspolitischer Einflussnahme.
- 3350 • Wir wollen den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der
3351 Staatsleistungen an die Kirchen endlich umsetzen.
- 3352 • Die Militärseelsorge gehört abgeschafft.

3353

3354 **VI Gemeinsam das Land verändern**

3355

3356 Unser Programm für die Wahl und die Politik der nächsten Legislaturperiode besteht aus einer
3357 Vielzahl von Vorschlägen und Projekten. Sie hängen zusammen mit unserer Vorstellung von
3358 einer solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus. Wir streiten für eine
3359 Gesellschaft, in der Selbstverständliches wieder gelten soll: dass niemand in Armut leben
3360 muss, alle von Arbeit gut leben können, der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass
3361 Reichtum nicht in den Händen weniger bleiben soll, sondern dass zum Wohle aller in die
3362 Gesellschaft investiert wird, dass in der Außenpolitik gilt: Nie wieder Krieg. Heute müssen
3363 diese einfachen Dinge neu erkämpft werden. Dass diese Forderungen zusammengehören,
3364 macht den Kern der LINKEN Politik aus. Altersarmut kann nicht bekämpfen, wer nicht das
3365 Rentenniveau erhöht und mit den Billiglöhnen aufräumt. Die Billiglöhne lassen sich nicht
3366 bekämpfen, wenn nicht die Sanktionen bei Hartz IV fallen und alle Anspruch auf einen
3367 Mindestlohn haben, der wirklich vor Armut schützt. Wer Reichtum nicht umverteilen und die
3368 Reichen schonen will, der kann den Politikwechsel nicht bezahlen – und bereitet sich schon
3369 darauf vor, leider die Versprechen aus dem Wahlkampf nicht einlösen zu können.

3370 DIE LINKE legt den Finger in die Wunden. Wir geben denen eine Stimme, die in der großen
3371 Politik keine Lobby finden. Wir machen Druck und lassen nicht locker: Wir zeigen, wie es
3372 gehen könnte.

3373 Oft sieht es aus, als würde Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen
3374 gemacht. Doch soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger
3375 Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im
3376 Parlament erreicht – und gegen Widerstände. DIE LINKE und die Linken sind dabei. Wir
3377 knüpfen Verbindungen. Uns ist wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen,
3378 wir können ihn gemeinsam gestalten. Gerecht für alle.

DIE LINKE.

www.die-linke.de